
100 Bausteine für eine integrierte Sozialplanung

Zwischenbericht aus dem Forschungsvorhaben „Integrierte Sozialplanung als Innovation für die Versorgung im Alter“
(ISPIInoVA)

Herbert Schubert

Stephanie Bremstahler

Annika Hensel

Julia Zinn



Forschungsschwerpunkt
Sozial • Raum • Management

Technology
Arts Sciences
TH Köln



Das diesem Bericht zugrundeliegende Vorhaben wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Rahmen der Förderlinie SILQUA-FH („Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter“) unter dem Förderkennzeichen 03FH003SX4 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.

Praxispartner sind die Städte Bielefeld und Viersen sowie der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge und der Verein für Sozialplanung.

Wissenschaftlicher Kooperationspartner ist die Hochschule Luzern Soziale Arbeit in der Schweiz.

Projektleitung:

Prof. Dr. phil. Dr. rer. hort. habil. Herbert Schubert

Projektbearbeitung:

Stephanie Bremstahler, M.A.

Annika Hensel, M.A.

Karin Papenfuß, M.A.

Julia Zinn, B.A.

SRM-Arbeitspapier 64

Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management (SRM)
Technische Hochschule Köln
Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften
Ubierring 48
50678 Köln
<http://www.th-koeln.de>
<http://www.sozial-raum-management.de>

Köln, im Juni 2016

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	4
1.1	Integrierte Sozialplanung.....	4
1.2	Fachtagung „Neue Planungsmodelle für das Soziale!“	5
2	Module einer integrierten Sozialplanung	6
2.1	Dimension „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“	7
2.2	Dimension „Orientierung am Sozialraum“	10
2.3	Dimension „Beteiligung und Partizipation“	13
2.4	Dimension „Innovation in Strukturen und Prozessen“	16
3	Bausteine einer integrierten Sozialplanung	17
4	Ausblick	53
5	Verzeichnisse	55
5.1	Literaturverzeichnis	55
5.2	Tabellenverzeichnis.....	64
5.3	Anhang.....	65

Im nachfolgenden Text wird eine geschlechtsneutrale Sprache verwendet. Bei der konkreten Ansprache von Personen werden sowohl die weiblichen als auch männlichen Personen benannt.

1 Einführung

1.1 Integrierte Sozialplanung

In der sozialen Daseinsvorsorge der Kommunen gibt die „Altenhilfeplanung“ (als operative Fachplanung) im Rahmen der örtlichen Sozialplanung (als übergeordnete strategische Planung sozialer Belange in der Kommune) für die Seniorenarbeit und die Altenhilfe traditionell Impulse und eröffnet neue Aktivierungs-, Unterstützungs- und Versorgungsperspektiven. Die kommunale Altenhilfeplanung erkundet die Lebenslagen der älteren Generationen im Ort und im Landkreis – zum Beispiel im Rahmen der Sozialberichterstattung – und leitet im Planungsprozess aus den empirisch ermittelten Bedarfen konkrete, umsetzbare Maßnahmen ab, die den älteren Einwohnern eine lange eigenständige Lebensführung ermöglichen sollen. Da sich die Bedürfnisse in der Generationenabfolge von Kohorte zu Kohorte sukzessiv verändern, besteht die Aufgabe der Altenhilfeplanung darin, die soziale Unterstützungsinfrastruktur weiterzuentwickeln und generationenspezifisch anzupassen.

In Folge des generationenbedingten Wandels der Bedarfsstrukturen sind auch die Konzepte, Modelle und Methoden der Sozialplanung selbst fortzuschreiben und die Chancen neuer Ansätze zu überprüfen. So wird vermehrt Kritik daran geäußert, dass die traditionelle Sozialplanung für ältere Menschen nicht ihre gesamte Lebenssituation berücksichtigt, sondern auf das sozialpolitische Feld der Altenhilfe enggeführt wird. Durch diesen eingeschränkten Blickwinkel der sozialen Fachplanungen werden die örtlichen Lebensräume und die Lebenswelten älterer Menschen institutionell zergliedert. Die Gesamtaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge wurde mit dem Ausbau der Kommunalverwaltung im Sozialstaat seit etwa der Mitte des 20. Jahrhunderts in funktionale Teilaufgaben zerlegt. Beispielsweise beschränkt sich die Altenhilfeplanung auf Angebote der Seniorenarbeit und Altenhilfe; relativ unabhängig davon konzentrieren sich die Gesundheitsplanung, die Planungen der Behindertenhilfe und auch die Bildungsplanung auf ihre jeweilige Feldzuständigkeit und auch die Wohn- und Stadtquartiersplanung entwickeln ein Eigenleben, obwohl die genannten Planungsfacetten aus Sicht vieler älterer Menschen zusammengenommen den Gesamtrahmen ihrer alltäglichen Lebensqualität abbilden.

Das Spektrum der Dienstleistungen vor Ort wird in eine Reihe unverbundener planerischer Zuständigkeiten zergliedert. Die Barrieren des Ressortdenkens und die fehlende Transparenz der – aus der Sicht der Adressaten – zergliederten Abläufe führen zu „operativen Inseln“, auf denen die Fachplanungen der verschiedenen Ressorts relativ isoliert voneinander Konzepte entwickeln, ohne deren Schnittstellen zu beachten. Wenn es darum geht, welches „Gesamtpaket“ an Hilfen und Förderungen ältere Menschen aus ihrer alltäglichen Sicht brauchen, findet zwischen den Funktionsbarrieren der Ressorts und Fachbereiche kaum eine vermittelnde Integration statt, wobei die Hierarchiebarrieren zwischen Ratsgremien, Kommunalverwaltung und operativen Stadtteileinrichtungen der freien Träger weitere Grenzen setzen. Es kann somit konstatiert werden, dass zwischen den Fachplanungen des Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Stadtentwicklungsbereichs Vermittlungswege zu einer integrierten sowohl generationenübergreifenden als auch zugleich generationendifferenzierenden Sozialplanung fehlen.

Vor dem Hintergrund, dass sich die Bedarfsstrukturen älterer Menschen verändern und die Barrieren zwischen Ressorts und Fachbereichen eine integrierte, generationsübergreifende und passgenaue Konzeptentwicklung und Sozialplanung erschweren, empfiehlt sich die Restrukturierung der Sozialplanung für ältere Menschen nach einem innovativen Ansatz. Im Rahmen des Projekts ISPlnoVA („Integrierte Sozialplanung als Innovation in der Versorgung im Alter“), welches über die Förderlinie SILQUA-FH („Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter“) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Zeitraum von 2014-2017 an der Technischen Hochschule durchgeführt wird, wird ein integriertes Modell entwickelt, das operationalisiert, erprobt und abschließend verbreitet werden soll. Ziel ist es, mithilfe des integrierten Modells die Grenzen des traditionellen Ansatzes der Altenhilfeplanung zu überwinden und unter *Versorgung* das *Aufrechterhalten aller Lebensgrundlagen im Alter* zu verstehen.

1.2 Fachtagung „Neue Planungsmodelle für das Soziale!“

Um den fachlichen Austausch der an der Sozialplanung beteiligten Praxisakteure zu fördern und an der Entwicklung eines integrierten Modells zu arbeiten, wurde am 28. und 29. Januar 2016 von dem Forscherteam der TH Köln eine Fachtagung mit dem Titel „Neue Planungsmodelle für das Soziale! Erfahrungsaustausch und Prototyping unter deutschen und Schweizer Expertinnen und Experten“ veranstaltet. Aus der Analyse der Beteiligungspraxis in Schweizer Städten (mit einer basisdemokratischen Tradition) sollten während der zweitägigen Tagung Prototypen einer integrierten Sozialplanung entwickelt werden, die im weiteren Projektverlauf in einem Modell zusammengefügt und in bestehenden Vorhaben der örtlichen Altenhilfeplanung erprobt, bewertet und evaluiert werden sollen.

Zu der Fachtagung wurden unter anderem Vertreter von deutschen Gebietskörperschaften eingeladen, deren Planungsansätze im Rahmen der Onlinerecherche von Sozialplanungsbeispielen als gut identifiziert wurden (s. SRM-Arbeitspaper Nr. 62). Dazu zählten Akteure aus verschiedenen Landkreisen und Städten Deutschlands. Außerdem nahmen die strategischen Partner des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. sowie des Vereins für Sozialplanung e.V. an der Tagung teil. Aus der Schweiz waren Vertreter der Städte Schaffhausen und Chur anwesend. Ferner die Geschäftsführerin des „Schweizer Netzwerk altersfreundlicher Städte“.

Im Verlauf der Tagung diskutierten die Teilnehmer nicht nur, inwiefern eine Orientierung am Sozialraum und an den Bedürfnissen der Adressaten gelingen kann, sondern erörterten auch, welches Steuerungsverständnis in ihrer Sozialplanungspraxis vorherrscht und wie mit Innovationen umgegangen wird. Zudem widmete sich eine Arbeitsgruppe dem Thema „Partizipation und Beteiligung“.

Mittels der Methode „Design Thinking“¹ wurden die Teilnehmenden außerdem dazu eingeladen, im Rahmen verschiedener Workshops an der gemeinsamen Entwicklung von Prototypen einer integrierten Sozialplanung zu arbeiten.

¹ Die Methode „Design Thinking“ beschreibt eine systematische Herangehensweise zur Entwicklung neuer Ideen und Lösung komplexer Problemstellungen aus allen Fach- und Lebensbereichen. Begrifflich geprägt wurde das *Design Thinking* durch David Kelley, dem Gründer der international bekannten Design-Agentur „IDEO“ in Silicon Valley. In Zusammenarbeit mit weiteren Professoren wurde der Ansatz durch die Errichtung der „d.school“ an der Stanford University weiterentwickelt. Der Ansatz beruht auf der Annahme, dass kreative Problemlösungen und Innovationen nur dann er-

Die Ergebnisse der Fachtagung wurden im Anschluss in einem Tagungsbericht dokumentiert und ausgewertet. Aufbauend auf den Tagungsergebnissen und Diskussionspunkten wurde ein integriertes Modell konzipiert, das die verschiedenen Prototypen und somit die Visionen der Tagungsteilnehmer zusammenführt (s. SRM-Arbeitspapier 63).

Dieses Modell einer integrierten Sozialplanung, das sich insbesondere auf die Organisationsebene bezieht, wurde in einem weiteren Schritt auf die Programmebene übertragen, um konkrete Handlungsmöglichkeiten für die Sozialplanung zu identifizieren. Zu diesem Zweck wurden die Ergebnisse und Diskussionspunkte der Fachtagung gesammelt, tabellarisch aufgelistet und anschließend mittels der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring verschiedenen Themen und Handlungsfeldern zugeordnet. Auf diesem Weg entstanden Module, die in ihrer Gesamtheit das Modell einer integrierten Sozialplanung widerspiegeln. Diese werden im folgenden Kapitel differenziert dargestellt.

2 Module einer integrierten Sozialplanung

Die Hochschule Luzern Soziale Arbeit hat im Rahmen eines Unterauftrags des Forschungsvorhabens ISPlnoVA Vergleichsdimensionen erarbeitet, anhand derer die soziale Planung in Schweizer Städten untersucht wurde. Die Synthese der Schweizer und der deutschen Forschungsergebnisse führte zur Identifizierung von fünf Dimensionen der Sozialplanung, die den Workshops am ersten Tag der Fachtagung „Neue Planungsmodelle für das Soziale!“ zugrunde lagen:

- Orientierung am Sozialraum,
- Orientierung an den Bedürfnissen der Adressatinnen und Adressaten,
- Steuerungsverständnis in der sozialen Planung,
- Innovation in Strukturen und Prozessen der sozialen Planung,
- Beteiligung und Partizipation.

Da sich nicht nur die Workshop-Ergebnisse des ersten Tages, sondern ebenso die Elemente der Prototypen in diesen Dimensionen wiederfinden, empfahl sich ihre fortwährende Nutzung. Aufgrund der inhaltlichen Nähe wurde dabei die Dimension „Orientierung an den Bedürfnissen der Adressatinnen und Adressaten“ der Dimension „Orientierung am Sozialraum“ zugeordnet.

Die Tagungsergebnisse ließen sich in einem nächsten Schritt innerhalb der Dimensionen zu Modulen einer integrierten Sozialplanung zusammenfassen. Diese stellen die Themenbereiche dar, die während der Fachtagung verstärkt diskutiert wurden und in den entwickelten Prototypen Berücksichtigung fanden.

Den Modulen wurden des Weiteren Bausteine einer integrierten Sozialplanung zugeordnet. Sie stellen konkrete Handlungsmöglichkeiten dar, die auf eine Umsetzung der Dimensionen in der Planungspraxis abzielen.

folgreich sein können, wenn sich multidisziplinäre Teams zusammenschließen, eine gemeinsame Denk- und Arbeitskultur bilden und die Schnittstellen der verschiedenen Perspektiven erforschen (vgl. Plattner; Meinel; Weinberg 2011: 42f). *Design Thinking* erfolgt in einem sechsstufigen iterativen Innovationsprozess. Die Abfolge ist flexibel und orientiert sich an den Handlungen Verstehen, Beobachten, Sichtweisen definieren, Ideen finden, Prototypen entwickeln und Testen.

2.1 Dimension „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“

Spätestens seit Einführung des Neuen Steuerungsmodells (NSM), das als die deutsche Ausprägung des New Public Management gilt und neuerdings durch Aspekte des New Public Governance erweitert wurde, spielt in der Dimension „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“ das Zusammenwirken und die Anpassung verschiedener Steuerungsmechanismen eine zentrale Rolle (vgl. Springer Gabler Verlag, Gabler Wirtschaftslexikon 2016a).

Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung gemäß Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz tragen Kommunen und Landkreise in Nordrhein Westfalen Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge (GemO NRW). Die Sozialplanung verfügt jedoch nicht über eine eigenständige gesetzliche Grundlage. Ihre Ausgestaltung liegt somit in Händen der Kommunen und Landkreise. Die damit einhergehende Diversität kommunaler Sozialplanung manifestiert sich unter anderem in der unterschiedlichen *strukturellen Verortung der Planung*, deren Abstimmung auf die Ziele und Aufgaben der Sozialplanung jedoch eine wichtige Grundlage für ein autonomes, effektives und effizientes Handeln darstellt.

Des Weiteren ist der *politische Auftrag als Grundlage für Planung und Steuerung* wesentlich. Vor allem aufgrund der bislang fehlenden gesetzlichen Grundlage ist die Sozialplanung auf den normativen Rückhalt und die Legitimation durch Politik und Verwaltung angewiesen. Ein solcher politischer Auftrag kann sich bspw. in Form von Rahmenbedingungen, an denen sich Planungsprozesse orientieren, manifestieren.

Um Steuerung nachhaltig und langfristig zu gestalten, empfiehlt sich die *Entwicklung von Strategien und Konzepten*. So sind bspw. vor dem Hintergrund sich verändernder Bedarfsstrukturen neue, integrierte, generationsübergreifende und passgenaue Planungskonzepte zu entwickeln, die Zielsetzungen, Restrukturierungen und Vorgehensweisen beinhalten.

Sowohl bei der Entwicklung solcher Konzepte und Strategien, als auch bei ihrer Umsetzung soll eine integrierte Sozialplanung ein *ressort- und fachbereichsübergreifendes Vorgehen* anstreben. Somit ist die häufig vorherrschende Isolation der einzelnen (sozialen) Fachplanungen und Ressorts zugunsten eines übergreifenden Netzwerkes zu überwinden. Auf diesem Weg können unter anderem Parallelstrukturen vermieden und Synergien innerhalb der Verwaltung genutzt werden.

Um die Prozesse, die mit einer integrierten Sozialplanung einhergehen, zu koordinieren und zu gestalten, sehen sich Sozialplaner mit einem *umfangreichen Anforderungsprofil* konfrontiert. Der Erwerb neuer und der Ausbau bestehender Kompetenzen gehören somit zu den kontinuierlichen Aufgaben in der Sozialplanung.

Kompetente Planer reichen jedoch nicht aus, um integriert zu planen und zu steuern. Von wesentlicher Bedeutung sind auch die zur Verfügung stehenden *personellen und finanziellen Ressourcen*. Diese sind in der Regel nicht ausreichend, sodass bspw. sowohl differenzierte Beteiligungsprozesse als auch die bestmögliche Wahrnehmung des Steuerungsauftrages der Sozialplanung erschwert werden.

Eine integrierte Sozialplanung ist zu der bestmöglichen Wahrnehmung ihres Steuerungsauftrages aufgefordert: Sie soll ihre Maßnahmen und Angebote sowohl effektiv als auch effizient gestalten. Um dies zu gewährleisten, soll ein *Qualitätsmanagement* implementiert werden, das sich der kontinuierlichen Optimierung von Planungsprozessen widmet. Zudem soll ein *wirkungsorientierter Steuerungsansatz* verfolgt werden, der sich unter anderem in der regelmäßigen *Evaluation* der planerischen Tätigkeiten widerspiegelt.

Des Weiteren soll der Planung ein klares *Selbstverständnis* zugrunde liegen. So sind die Rollen, die mit einer Planung und Steuerung des Sozialen einhergehen, zu diskutieren und klar zu kommunizieren, um entsprechende Haltungen, Aufgaben und Pflichten aufzudecken.

Eine Übersicht über die Module der Dimension „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“ wird in der folgenden Tabelle gegeben. Des Weiteren werden die Bausteine, aus denen sich die Module zusammensetzen, aufgeführt. Diese werden in Kapitel 3 ausführlich definiert und beschrieben.

Tabelle 1: Steuerungsverständnis in der sozialen Planung

Modul	Bausteine	Zuordnungsmöglichkeiten zu weiteren Dimensionen
Strukturelle Verortung der Sozialplanung	1. Baustein: Mehrebenenstruktur der Sozialplanung	
	2. Baustein: Dezentrale Verankerung der Sozialplanung im Sozialraum	„Orientierung am Sozialraum“
	3. Baustein: Einrichtung von Stabstellen	
	4. Baustein: Bewusste Einbindung der Sozialplanung in die Verwaltungsstrukturen	
	5. Baustein: Implementierung einer Steuerungsgruppe	
Politischer Auftrag als Grundlage für Planung und Steuerung	6. Baustein: Implementierung einer gesetzlichen Grundlage der Sozialplanung	
	7. Baustein: Einbezug der Politik in die Planungsprozesse	
Strategie- und Konzeptentwicklung	8. Baustein: Entwicklung und Veröffentlichung themenspezifischer Konzepte	
	9. Baustein: Erarbeitung von Planungsstrategien	
(Ressort- und fachbereichsübergreifende) Netzwerkarbeit	10. Baustein: Verfolgung eines ressortübergreifenden Vorgehens	

Module einer integrierten Sozialplanung

	11. Baustein: Vernetzung der (sozialen) Fachplanungen	
	12. Baustein: Zusammenwirken der strategischen und operativen Sozialplanung	
	13. Baustein: Ganzheitliche Koordination von Aktivitäten	
	14. Baustein: Implementierung eines (Demografie-)Koordinators	
	15. Baustein: Aufbau regionaler/landes-/bundesweiter Austauschplattformen für Sozialplaner	
	16. Baustein: Zusammenarbeit mit den Planungsinstitutionen der Landesministerien	
	17. Baustein: Zusammenarbeit mit den Ämtern für Statistik	
	18. Baustein: Kooperation mit Vertretern anderer Branchen	
	19. Baustein: Gründung von Vereinen	
Anforderungsprofil des Sozialplaners	20. Baustein: Weiterbildungsangebote für Sozialplaner	
Personelle Ressourcen	21. Baustein: Ausbau der Stelleninfrastruktur	
	22. Baustein: Heterogenität der Planer	
Finanzielle Ressourcen	23. Baustein: Finanzierung durch EU-Gelder oder Förderprogramme	„Innovation in Strukturen und Prozessen“, Modul „Analyse und passgenauer Einsatz finanzieller und personeller Ressourcen im Sozialraum“
Qualitätsmanagement	24. Baustein: Klare Zielsetzungen und Zuständigkeiten	
	25. Baustein: Erarbeitung von Handlungsrichtlinien, Rahmenvereinbarungen und Leitsätzen	
	26. Baustein: Gründung von Qualitätszirkeln	

Module einer integrierten Sozialplanung

	zur Qualitätssicherung	
	27. Baustein: Qualitätssiegel für die Sozialplanung	
Wirkungsorientierte Steuerung und Evaluation	28. Baustein: Evaluation eingesetzter Maßnahmen und Methoden	
	29. Baustein: Durchführung von Supervision und kollegialer Beratung	
Selbstverständnis der Sozialplanung	30. Baustein: Sozialplanung als Prozessbegleitung	
	31. Baustein: Sozialplanung als Planvermittler	
	32. Baustein: Sozialplanung als „Sortiments“-Management	
	33. Baustein: Sozialplanung als „kommunizierende Röhre“	
	34. Baustein: Außendarstellung der Sozialplanung	„Orientierung am Sozialraum“; „Beteiligung und Partizipation“
	35. Baustein: Schaffung eines Werterahmens	
	36. Baustein: Haltung des Sozialplaners	

2.2 Dimension „Orientierung am Sozialraum“

Eine integrierte Sozialplanung ist nicht nur zentral, also auf kommunaler oder Landkreisebene aktiv. Ihre besondere Aufmerksamkeit gilt den kleinräumigeren Einheiten und somit den Gemeinden und Sozialräumen. Die nutzerorientierte Definition und genaue Analyse dieser Räume stellt ebenso wie ein bedarfsgerechter Ressourceneinsatz und eine partizipative Gestaltung der Planungsprozesse im Sozialraum eine wichtige Aufgabe der integrierten Planung dar.

Grundlegend für eine sozialraumorientierte Planung ist es dabei, *Sozialräume als eigenständige Gebietskörper* zu verstehen. Die Förderung der Entscheidungs- und Handlungskraft eines Sozialraums soll folglich stets als Kernaufgabe der Sozialplanung betrachtet werden.

Um eine solche Eigenständigkeit voranzubringen, ist zunächst eine genaue Analyse natürlicher, künstlicher, administrativer und persönlicher Nutzungsräume notwendig. Anhand dieser Daten kann eine bewusste Auswahl der Räume getroffen werden, in denen Planung ansetzt. Ihre *Definition* soll dabei über Fach- und Ressortgrenzen hinausgehen. Auch die Überprüfung und ggf. Anpassung bestehender Sozialraumgrenzen ist hier von Bedeutung. Ein ausreichender Bestand an *Indika-*

toren, die bspw. die Messung von Belastungen im Sozialraum ermöglichen, dient der *Identifikation von Planungsbedarfen*.

Neben diesen Indikatoren sind weitere Instrumente von Bedeutung, mit deren Hilfe *gesellschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklungen* im Sozialraum beobachtet, in der Planung berücksichtigt und gegenüber den Bewohnern transparent gemacht werden können. Aktuell zählen zu diesen Entwicklungen vor allem demografische Entwicklungen, die Fluktuation, bspw. im Zuge der Bildungswanderung sowie Migrationswellen. Sie können in Form von Berichterstattung, ausführlichen Beschreibungen, Analysen und Plänen sichtbar gemacht und für eine bewusste Gestaltung verarbeitet werden.

Des Weiteren soll einer sozialraumorientierten Planung eine ausführliche Identifikation und Analyse der Bedürfnisse der Stakeholder vorausgehen. Nur bei genauer Kenntnis der Potenziale und Ressourcen eines Sozialraumes und seiner Bewohner sowie ihrer Bedürfnisse und Vorstellungen können *finanzielle und personelle Ressourcen* im Sozialraum passgenau eingesetzt und eine bedarfsgerechte Gestaltung des Raumes in Angriff genommen werden.

Von besonderer Bedeutung ist bei einer sozialraumorientierten, integrierten Sozialplanung außerdem die Wahl der *Methoden*. Sowohl für Erhebungen anlässlich der Gewinnung von Sozialraumdaten, als auch für partizipative Prozesse und die Durchführung konkreter Maßnahmen sind passende Methoden zu wählen, die mögliche (Zugangs-)Barrieren thematisieren und die Teilhabe aller Bewohner des Sozialraums ermöglichen. Die Entwicklung innovativer Methoden und Vorgehensweisen nimmt dabei einen besonderen Stellenwert ein.

Eine Auflistung der Bausteine, aus denen sich diese Module zusammensetzen, folgt in Tabelle 2.

Tabelle 2: Orientierung am Sozialraum

Modul	Bausteine	Zuordnungsmöglichkeiten zu weiteren Dimensionen
Definition von Sozialräumen	37. Baustein: Allgemeingültigkeit der Sozialraumgrenzen	
	38. Baustein: Ganzheitliche Festlegung von Sozialräumen	
	39. Baustein: Sozialräume als dynamische Einheiten	
	40. Baustein: Sozialräume als „lebende Räume“	„Beteiligung und Partizipation“
	41. Baustein: Regelmäßige Überprüfung von Sozialraumgrenzen	
Berücksichtigung gesellschaftlicher, sozialer und kultureller	42. Baustein: Implementierung einer Sozialberichterstattung	

Module einer integrierten Sozialplanung

Entwicklungen	43. Baustein: Implementierung eines Sozialmonitorings	
	44. Baustein: Erarbeitung von Sozialraumberichten und -beschreibungen	
	45. Baustein: Erarbeitung eines Sozialatlas	
	46. Baustein: Durchführung von Sozialraumanalysen	
	47. Baustein: Durchführung von Bedarfsanalysen und Erstellung von Bedarfsplänen	
	48. Baustein: Verfolgung des Capability-Approach	
Indikatoren zur Identifikation von Planungsbedarfen	49. Baustein: Indikatoren zur Bestimmung der sozialen Bedarfslage der Stadtteile	
	50. Baustein: Themen- bzw. zielgruppenspezifische Indikatoren zur Bewertung von Sozialräumen	
Sozialraum als eigenständiger Gebietskörper	51. Baustein: Sozialraum als ein eigenständiges System	
	52. Baustein: Einrichtung von Stadtteiffonds und Sozialraumbudgets	
Analyse und passgenauer Einsatz finanzieller und personeller Ressourcen im Sozialraum	53. Baustein: Identifizierung und Nutzung lokaler Ressourcen im Sozialraum (z.B. durch Erstellung von Ressourcenkarten)	
	54. Baustein: Nutzung von Ressourcenüberschüssen	
	55. Baustein: Durchführung von (Modell-) Projekten	„Innovation in Strukturen und Prozessen“
	56. Baustein: Einführung eines Quartiersmanagements	„Beteiligung und Partizipation“
Methodeneinsatz	57. Baustein: Nutzung qualitativer Erhebungsmethoden	
	58. Baustein: Durchführung von Methodenworkshops	

	59. Baustein: Sozialplanung auf „Streife“	
	60. Baustein: Durchführung von Sozialraumbegehungen	
	61. Baustein: Nutzung eines Sozialraumgenerators	
	62. Baustein: Wissenschaftliche Begleitung von Planungsprozessen	„Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“, Modul „Qualitätsmanagement“

2.3 Dimension „Beteiligung und Partizipation“

Mit der Dimension „Beteiligung und Partizipation“ ist unter anderem die Einbindung von Personen in Prozesse der (politischen) Entscheidungsfindung gemeint, weswegen sie ein zentrales Kriterium der Integration beinhaltet (vgl. Hummrich 2007: 455). Partizipation kann unterschiedliche Beteiligungsformen beinhalten, wie z.B. die Bürgerbeteiligung oder Mitwirkung in einem Interessensverband. Zusammengefasst geht es um Teilhabe, Teilnahme, Mitwirkung, Mitbestimmung und Mitnutzung und somit auch um die Förderung sozialen Kapitals in der Gesellschaft.

Hinsichtlich einer integrierten Planung ist das *(Selbst-)Verständnis der Bürger* von großer Bedeutung. Im Sinne einer partizipativen Sozialplanung ist es daher zielführend, dass die Bürger sich als *Planungsbeteiligte und Inhaber des Sozialraums* verstehen. Erst wenn ein Bewusstsein dafür vorherrscht, dass eine aktive Mitgestaltung und Mitbestimmung möglich ist, können partizipative Prozesse wirkungsvoll arrangiert werden. Ebenso wichtig sind die Rollen, die Sozialplanung den Bürgern zuschreibt. Die *Anerkennung der Bürger als Planungsbeteiligte und Inhaber des Sozialraums seitens der Sozialplanung* sowie ihre aktive Gestaltung können den Erfolg einer integrierten Sozialplanung maßgeblich beeinflussen. Daher steht die Aktivierung und Stärkung der Nutzerperspektive bei diesem Modul im Vordergrund.

Im Rahmen einer partizipativen Sozialplanung spielt der Umgang mit Bürgern somit eine wichtige Rolle. Damit dieser gelingt, gilt es einige Faktoren zu berücksichtigen, zu denen beispielsweise Kommunikation, Information und Wertschätzung zählen; problematisch ist jedoch, dass es häufig zu Kommunikationsschwierigkeiten zwischen der öffentlichen Verwaltung (z.B. Sozialplanung) und den Bürgern kommt. Auch der Informationsfluss zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Bürgern ist des Öfteren unzureichend, weswegen das Modul *Intensivierung des Kommunikations- und Informationsflusses zwischen Bevölkerung und Sozialplanung* entwickelt wurde. Um den Kommunikations- und Informationsfluss zu optimieren, erweisen sich aus Sicht des Forscherteams der TH Köln unter anderem die zahlreichen Beteiligungsformen (z.B. Runde Tische oder Stadtteilgespräche) als zielführend, die im Rahmen eines partizipativen Vorgehens von vielen Gebietskörperschaften seit Jahren erfolgreich eingesetzt werden und in die Sozialplanung transferiert werden können.

Diese Lösungsstrategien sind unter anderem auch geeignet, um die *Schnittstellenprobleme, die zwischen der Systemwelt fachlicher Dienste und der Lebenswelt der Bürger* bestehen, zu reduzieren. In

diesem Kontext wissen Bürger beispielsweise häufig nicht, an wen sie sich wenden können, wenn sie sich ehrenamtlich engagieren wollen. Sie sind außerdem oftmals nicht ausreichend darüber informiert, wer für ihre Problem- und Bedarfslagen zuständig ist. Auch die öffentliche Verwaltung erreicht die Bürger mit dem bestehenden Leistungs- und Hilfsangebot häufig nicht. Die Einbindung von Multiplikatoren und Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte beispielsweise kann der Dimension „Beteiligung und Partizipation“ maßgeblich Rechnung tragen.

Wesentlich ist hinsichtlich der Dimension „Beteiligung und Partizipation“ vor allem, dass ein wertschätzender Umgang mit Bürgern gewahrt wird, da dieser mit dem Gelingen partizipativer Prozesse und der Motivation der Bürger in Zusammenhang steht. Auch die *Transparenz* trägt erheblich dazu bei, partizipative Prozesse zu optimieren.

Eine Übersicht über die soeben dargestellten Module der Dimension „Beteiligung und Partizipation“ wird in der folgenden Tabelle gegeben. Eine ausführliche Beschreibung der dazugehörigen Bausteine kann Kapitel 3 entnommen werden.

Tabelle 3: Beteiligung und Partizipation

Modul	Bausteine	Zuordnungsmöglichkeiten zu weiteren Dimensionen
(Selbst-)Verständnis der Bürger als Planungsbeteiligte und Inhaber des Sozialraums	63. Baustein: Regulierung der Sozialplanung über Angebot und Nachfrage	
	64. Baustein: Einführung eines persönlichen Planungsbudgets	
Anerkennung der Bürger als Planungsbeteiligte und Inhaber des Sozialraums seitens der Sozialplanung	65. Baustein: Anerkennung der Bürger als Teilhaber	
	66. Baustein: Aktivierung der Bürger	
	67. Baustein: Stärkung der Nutzerperspektive	
	68. Baustein: Klare Kommunikation von Beteiligungsmöglichkeiten	
Intensivierung des Kommunikations- und Informationsflusses zwischen Bevölkerung und Sozialplanung	69. Baustein: Aufbau formeller und informeller Kommunikationskanäle	„Orientierung am Sozialraum“
	70. Baustein: Nutzung der neuen Medien	
	71. Baustein: Virtuelle Beteiligung	
	72. Baustein: Parallele Anwendung unterschiedlicher Beteiligungsformen	

Module einer integrierten Sozialplanung

	73. Baustein: Schaffung öffentlicher Begegnungsmöglichkeiten	
	74. Baustein: Durchführung von Informationsoffensiven	
	75. Baustein: Einführung von Sozialplanungsteams	
	76. Baustein: Durchführung von Sozialraumgesprächen	„Orientierung am Sozialraum“
	77. Baustein: Wahl von Planungs-/Sozialraumsprechern	„Orientierung am Sozialraum“
	78. Baustein: Durchführung von Bürger-/Nutzerbefragungen	
	79. Baustein: Implementierung von Runden Tischen	
	80. Baustein: Implementierung von Beiräten	
	81. Baustein: Implementierung von themenspezifischen Arbeitsgruppen, -kreisen, Werkstätten und Konferenzen	
	82. Baustein: Implementierung von Planungsraum-/Sozialraum-/Stadtteilkonferenzen	„Orientierung am Sozialraum“; Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“, Modul „(Ressort- und fachbereichsübergreifende) Netzwerkarbeit“
	83. Baustein: Durchführung von regionalen Sozialforen	„Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“, Modul „(Ressort- und fachbereichsübergreifende) Netzwerkarbeit“
	84. Baustein: Einrichten von Seniorenbüros	
	85. Baustein: Erarbeitung (sozialer) Wegweiser	
	86. Baustein: Gründung von Netzwerken	„Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“, Modul „(Ressort- und fachbereichsübergreifende) Netzwerkarbeit“

Module einer integrierten Sozialplanung

	87. Baustein: Entwicklung von Leitlinien zur Bürgerbeteiligung	„Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“, Modul „Qualitätsmanagement“
Transparenz partizipativer Prozesse	88. Baustein: Veröffentlichung von Planungsergebnissen	
	89. Baustein: Vorstellung der Sozialplanung in verschiedenen Einrichtungen des sozialen und öffentlichen Sektors	
Systemschnittstelle zwischen der Lebenswelt und Systemwelt professioneller Dienste	90. Baustein: Förderung ehrenamtlichen Engagements	
	91. Baustein: Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte	
	92. Baustein: Einbindung von Multiplikatoren in Planungsprozesse	
	93. Baustein: Gewährleistung eines niederschweligen Zugangs	

2.4 Dimension „Innovation in Strukturen und Prozessen“

Die Sozialplanung steht vor der Herausforderung demografische Veränderungen sowie soziale und gesellschaftliche Entwicklungen im Sozialraum in ihre Planung zu integrieren und innovativ zu handeln. Die Erarbeitung und Umsetzung von Innovationen im Sozialraum stellt folglich eine wesentliche Komponente der Sozialplanung dar.

Innovationen sind vor allem von zwei Faktoren abhängig, der *Zeit* und der *Situation*: Bei Innovationen spielt der „richtige Zeitpunkt“ eine wichtige Rolle. Die passende Gelegenheit zur Implementierung von Innovationen muss erkannt und genutzt werden. Zudem gilt die passende Situation als entscheidender Faktor. Oftmals bedarf es einer neuen Situation, in der etwas erstmalig behandelt oder entschieden werden muss und nicht auf bestehende Handlungsmuster zurückgegriffen werden kann. Diese Komponenten stehen in einem wechselseitigen Prozess, welcher Innovationen ermöglicht. Nicht selten fällt es dabei den an der Sozialplanung beteiligten Personen schwer, sich auf Veränderungen einzulassen und das methodische Handeln entsprechend anzupassen. Für eine innovative Sozialplanung ist die *Bereitschaft zu Innovationen* elementar und bildet eine der Grundkompetenzen des Sozialplaners.

Um die Entstehung und Umsetzung von Innovationen voranzubringen, lassen sich folgende Bausteine als förderlich beschreiben:

Tabelle 4: Innovation in Strukturen und Prozessen

Modul	Bausteine	Zuordnungsmöglichkeiten zu weiteren Dimensionen
Innovationsbereitschaft der Sozialplanung	94. Baustein: Innovationsoffenheit des Sozialplaners	
	95. Baustein: Aufbau eines verwaltungsinternen Innovationsmanagements	
	96. Baustein: Aufbau eines verwaltungsexternen Innovationsmanagements	
	97. Baustein: Erarbeitung innovativer Konzepte	
Relevanz der Faktoren Zeit und Situation	98. Baustein: Wahl des richtigen Zeitpunkts für Innovationen	
	99. Baustein: Nutzung von Gelegenheiten und Veränderungen für Innovationen	
	100. Baustein: Einbezug innovativer Vorgehen anderer Gebietskörperschaften	

3 Bausteine einer integrierten Sozialplanung

Um die Dimensionen und Module handhabbar zu machen, wurden anhand der Tagungsergebnisse Bausteine einer integrierten Sozialplanung identifiziert. Sie wurden in einem weiteren Schritt um Erkenntnisse aus der Recherche guter Praxisbeispiele (s. SRM-Arbeitspapier 62) sowie um eigene Anregungen des Forscherteams der Technischen Hochschule Köln ergänzt. An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Auflistung der nachfolgenden Bausteine einer integrierten Sozialplanung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, sondern den Stand der Auswertung von empirischen Schritten des Forschungsvorhabens repräsentiert.

Der folgende Teil dient der Definition und ausführlichen Darstellung dieser Bausteine.

Tabelle 5: Bausteine einer integrierten Sozialplanung

1. Baustein: Mehrebenenstruktur der Sozialplanung

Die Sozialplanung soll sich – metaphorisch formuliert – als „Planetensystem“ verstehen: Die im Inneren des Systems kreisenden Planeten stellen schnelllebige, kurzfristige Handlungen dar, während die äußeren Kreise langwierigere und langfristige Entscheidungen symbolisieren.

Diese Mehrebenenstruktur des Systems Sozialplanung soll nicht nur für strategische und operative Entscheidungen, sondern ebenso für das Budget der Sozialplanung, das zu einem Teil in langfristige Maßnahmen und zu einem anderen Teil in kurzfristige, flexible Angebote zur Bedarfsbefriedigung investiert

wird, gelten.

Die Kompetenz der Sozialplaner liegt bei Betrachtung der Planung als Planetensystem vor allem in einem Wechsel zwischen den Umlaufbahnen (langfristige, strategische Ebene und kurzfristige, operativ Ebene) des Planetensystems.

Mit der Mehrebenenstruktur der Sozialplanung wird auch die Metapher des „Octopus“ assoziiert: Der Kopf ist für zentrale, strategische Entscheidungen zuständig und agiert somit als Steuereinheit. Die Tentakel hingegen reichen in die Sozialräume hinein, um dort operativ tätig zu werden. Sie verfolgen das Ziel durch die Planung von Strukturen und das Anbieten von Leistungen die Menschen zu befähigen, ihr Leben eigenständig zu gestalten und ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Sozialplanung kann demnach gleichzeitig Steuerung und Befähigung sein.

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_tagungsdokumentation_23_06_2016.pdf

2. Baustein: Dezentrale Verankerung der Sozialplanung

Mit einer integrierten Sozialplanung soll eine Dezentralisierung der Planung einhergehen, denn nur wenn sie – neben einer stadt-/landkreisweiten zentralen Planungsstelle – auch im Sozialraum selbst verankert ist, kann sie als Teil des Sozialraums agieren und an dessen Gestaltung mitwirken.

Vor diesem Hintergrund kann die Planung metaphorisch als „Filiale einer Supermarktkette“ verstanden werden: Strategische Entscheidungen werden zentral (d.h. aus der Zentrale des „Einzelhandelsunternehmens“ bzw. der Stadt-/Kreisverwaltung) getroffen. Gleichzeitig sind in den Filialen bzw. den Sozialräumen Sozialplaner als „Sortimentsmanager“ aktiv. Ihre Aufgabe liegt in der Bereitstellung bedarfsgerechter „Waren“, also einer Infrastruktur mit passgenauen Angeboten im Sozialraum.

Durch diese Mehrebenenstruktur der Sozialplanung in Form eines zentralen, kundenfernen Bereichs sowie dezentraler, sozialräumlich verankerter Einheiten können Bedarfe der Bewohner vor Ort ganzheitlich erfasst, weitergeleitet und passgenaue Strategien entwickelt werden.

Die konkrete Umsetzung einer solchen Dezentralisierung kann bspw. durch die Implementierung von einer Einrichtung im Stadtteil erfolgen, die eine Plattform für den Austausch zwischen Planung und Bürgern bietet.

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_tagungsdokumentation_23_06_2016.pdf

3. Baustein: Einrichtung von Stabsstellen

Hinsichtlich der Steuerung von Planungsprozessen wird eine Ansiedlung als Stabsstelle gegenüber einer Ansiedlung in der Linie als vorteilhafter eingeschätzt, da eine Stabsstelle im Optimalfall eine bessere Übersicht hat, welche unterschiedlichen Bereiche in einzelnen Planungsfragen einbezogen werden können. Damit ist ein direkter Zugang zur Steuerung und ein Mitspracherecht gewährleistet, wogegen in der Linie Hierarchiestrukturen hemmend wirken können.

4. Baustein: Bewusste Einbindung der Sozialplanung in die Verwaltungsstrukturen

Die strukturelle Verortung einer integrierten Sozialplanung in die Verwaltungsstrukturen soll bewusst gestaltet werden. Hierfür bietet sich die Berücksichtigung der fünf Muster der Planungsorganisation an

(vgl. SRM-Arbeitspapier 62):

Als eine soziale Fachplanung mit *zielgruppenübergreifendem Planungsansatz* wird die Organisation sozialer Planungen bezeichnet, die auf die Gestaltung zielgruppenspezifischer Unterstützungssysteme fokussiert ist. Trotz der Fokussierung einer bestimmten Anspruchsgruppe werden weitere Stakeholder zielgruppenübergreifend in die Planung einbezogen und so Strukturen, die den Bedarfen mehrerer sozialer Gruppen entsprechen, entwickelt. Eine Sozialplanung mit *zielgruppenübergreifendem Steuerungsansatz* konzentriert sich auf die Steuerung sozialer Planungsprozesse. Das Vorgehen der Sozialplanung richtet sich in diesem Fall an alle Anspruchsgruppen und zielgruppenspezifische Fachplanungen werden ggf. koordiniert und zusammengeführt. In Form einer *Koordination sozialer Fachplanungen* wirken mehrere soziale Fachplanungen zusammen. Obwohl diese Fachplanungen primär zielgruppenspezifisch arbeiten, wird durch interne Koordinierungs- und Austauschprozesse ein ganzheitliches Vorgehen der Sozialplanung sichergestellt. Eine *themenfokussierte Sozialplanung* widmet sich der Bearbeitung eines kommunalpolitisch als besonders relevant herausgegriffenen Themenbereichs wie Gesundheit, Demografie oder Bildung. Im Fokus steht somit eine zielgruppenübergreifende Planung und Gestaltung, der für das entsprechende Thema relevanten Strukturen. Als eine *fachbereichsübergreifende Planung* werden Organisationseinheiten bezeichnet, in denen die Planungen verschiedener Fachbereiche und/oder Ressorts angesiedelt sind. Die Sozialplanung agiert in diesem Fall zielgruppenübergreifend und steht in engem Austausch mit weiteren Planungseinheiten, wie der Bauleitplanung oder der raumbezogenen Infrastrukturplanung.

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_gute_beispiele_integrierter_sozialplanung_in_deutschland_fin.pdf

5. Baustein: Implementierung einer Steuerungsgruppe

Um eine Gleichzeitigkeit des Steuerungs- und des Befähigungsansatzes zu ermöglichen, bietet sich eine Mehrebenenstruktur der Sozialplanung an. Dies kann bspw. in Form einer Steuerungsgruppe, die koordinative und strategische Aufgaben übernimmt, geschehen.

Eine Steuerungsgruppe setzt sich aus Einzelpersonen zusammen, die unterschiedliche Positionen bekleiden und aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen stammen. Eine Steuerungsgruppe unterstützt und begleitet ein konkretes (Projekt-) Vorhaben. In diesem Zusammenhang steuert und koordiniert sie den Prozess und übernimmt Verantwortung für die Abläufe. Sie trägt alle für das Projektvorhaben relevanten Informationen zusammen.

Als Beispiel fungiert der Lahn-Dill-Kreis, wo im Jahr 2004 eine „Steuerungsgruppe Sozialplanung“ eingerichtet wurde, die aus Akteuren verschiedener Fachbereiche des Kreises, der Liga der freien Wohlfahrtspflege, der Sozial- und Jugendhilfeplanungen sowie der Vorsitzenden der Jugendhilfeausschüsse des Kreises und der Stadt Wetzlar, der Agentur für Arbeit, des kommunalen Jobcenters Lahn-Dill (damals: Arge), des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GpV) und Vertretern der Kreistagsausschüsse besteht (vgl. Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis 2015). Die „Steuerungsgruppe Sozialplanung“ steuert die Arbeitsgruppen Altenhilfeplanung, Jugendhilfeplanung und die Schulentwicklungsplanung (vgl. ebd.). In der „Steuerungsgruppe Sozialplanung“ des Lahn-Dill-Kreises wurde eine Projektgruppe berufen, die sich zunächst dem Handlungsfeld „Arbeit“ widmet (vgl. Lahn-Dill-Kreis, Projektgruppe Inklusion 2013: 13). Als Koordination zielgruppenspezifischer Fachplanungen agiert die Steuerungsgruppe Sozialplanung zielgruppenübergreifend (vgl. Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis 2015).

Weiterführende Informationen:

http://www.lahn-dill-kreis.de/fileadmin/LDK/Wissenswertes/Planungsberichte/Sozialplanung/Abschlussbericht_des_Forschungsprojektes_Kommunalisierung_Lahn-Dill-Kreis.pdf

6. Baustein: Implementierung einer gesetzlichen Grundlage zur Sozialplanung

Die Versorgungslandschaft ist nicht dazu verpflichtet, Leistungen, die über den gesetzlichen Bedarf hinausgehen, an weiterreichenden Bedürfnissen auszurichten. Somit bleibt die Sozialplanung oftmals Reaktiv statt Pro-aktiv und verkennt den politischen Auftrag und dessen Erfüllungspflicht, der sich aus der Bedürfnislage ableitet. Eine umfassende Sozialplanung, die Bedarfe und Bedürfnisse zusammenfasst, benötigt daher die Implementierung einer gesetzlichen Grundlage zur Sozialplanung, die den bisherigen gesetzlichen Leerraum ausfüllt und die Bedarfe nach der Logik des SGB VIII anstatt nach der SGB XII-Logik deckt.

Neben einer Verankerung in Bundesgesetzen stellt die Implementierung politisch anerkannter Richt- und Leitlinien auf regionaler Ebene einen wichtigen Schritt zur Legitimierung einer bedürfnisorientierten Sozialplanung dar.

7. Baustein: Einbezug der Politik in die Planungsprozesse

Um die Autonomie und Selbstständigkeit der Sozialplanung voranzubringen, ist ein offener Dialog mit der Politik anzustreben. Sowohl finanzielle als auch entscheidungsbezogene Freiräume können nur erreicht werden, wenn Nutzen, Wirkung und Wirtschaftlichkeit der Planung offen gelegt und kommuniziert werden.

Dies greift die Metapher einer „Supermarktkette“ auf, die zentral verwaltet und in Form von Filialen in den Sozialräumen verankert ist. Die Geschäftsführung und Filialleitung liegt dabei in der Hand der Kommunalpolitik. Auch wenn Planungsprozesse in einer Verwaltungsabteilung der Zentrale koordiniert und gesteuert und in den Filialen umgesetzt werden, ist die Unterstützung des Vorstands sowie der Filialleitungen nötig. Ihnen kommt die Aufgabe zu, das Gesamtgeschehen zu überblicken, Befugnisse zuzusprechen und über neue Vorgehensweisen zu entscheiden.

Ein offener Dialog mit der Politik kann dabei auf verschiedenen Ebenen erfolgen: Sowohl verwaltungsinterne Kommunikationskanäle (bspw. Kontakte zu Dezernenten, die Beteiligung an Arbeitsgruppen und Sitzungen) als auch öffentliche Veranstaltungen, wie Planungsraum-/Sozialraumkonferenzen, bieten sich für die Herausstellung des Nutzens der Sozialplanung an. Ziel soll dabei stets der Aufbau einer kontinuierlichen, standardisierten Kommunikationskultur sein. In der Stadt Neuss gibt es beispielsweise die sogenannte „AG 78“ (nach SGB VIII) als Workshop von Politik und Verwaltung (Jugendhilfeplanung).

Um das Selbstverständnis der Politiker, Planungsbeteiligte zu sein, voranzubringen, können außerdem gemeinsame Seminare implementiert werden, die Sinn und Ziel der Sozialplanung vermitteln und sich mit den Rollenverständnissen von Politikern und Sozialplanern auseinandersetzen.

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_tagungsdokumentation_23_06_2016.pdf

8. Baustein: Entwicklung und Veröffentlichung themenspezifischer Konzepte

Planungskonzepte beinhalten in der Regel Daten und Informationen zu sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Des Weiteren werden aktuelle und künftige Arbeitsfelder, Aufgabenbereiche und Strategien benannt und ausgeführt, wie diese angesichts der beschriebenen Veränderungen ausgestaltet werden können.

Ein Beispiel für Planungskonzepte sind Demografiekonzepte. Sie dienen der strategischen Begegnung der mit dem demografischen Wandel einhergehenden Veränderungen, der schon frühzeitigen Anpassung bestehender Maßnahmen und der Erarbeitung innovativer Handlungsmöglichkeiten. Demografiekonzepte

te sollen nicht nur auf die städtische/Landkreisebene eingehen, sondern auch sozialräumliche Entwicklungen berücksichtigen. So können kleinräumige, passgenaue Strategien erarbeitet und die Zukunft der Sozialräume aktiv gestaltet werden. Zudem sollen sie stets unter Beteiligung der Bevölkerung entwickelt und für diese transparent gemacht werden.

Bei Wohnraumkonzepten handelt es sich um ein weiteres Beispiel: Im Rahmen der als Bildungswanderung bezeichneten Fluktuation junger, ausgebildeter Menschen vom Land in die Städte unterstützen Wohnraumkonzepte die gebündelte Darstellung von Daten zu ungenutztem Wohnraum und die Entwicklung von Strategien, um dem Leerstand zu begegnen.

9. Baustein: Erarbeitung von Planungsstrategien

Planungsstrategien legen einen besonderen Schwerpunkt auf die Darstellung künftiger Planungsschritte sowie auf die Entwicklung von Handlungsempfehlungen. Dabei können entweder die übergeordneten, strategischen Ziele der Sozialplanung behandelt oder auch themen-/zielgruppenspezifische Strategien erarbeitet werden, die detailliertere Aussagen und somit konkretere Möglichkeiten beinhalten.

Die Stabsstelle Demografiemanagement der Stadt Kiel hat bspw. eine Demografiestrategie entwickelt, die Herausforderungen und Chancen aufzeigt, die für Kiel mit dem demografischen Wandel einhergehen. Gezielt werden Daten, die im Zuge der Sozialberichterstattung bzw. des Sozialmonitorings erhoben wurden, hierfür verwendet. Allerdings dienen sie dabei vor allem der Ableitung strategischer Handlungsfelder, die detailliert aufgeschlüsselt werden. Zudem werden Vorschläge für die Entwicklung von Leitlinien und konkreten Maßnahmen innerhalb der strategischen Handlungsfelder benannt (Landeshauptstadt Kiel 2016).

Weiterführende Informationen:

<http://www.kiel.de/leben/sozial/demografie/demografiestrategie/index.php>

10. Baustein: Verfolgung eines ressortübergreifenden Vorgehens

Der Informations- und Kommunikationsfluss zwischen verschiedenen Fachbereichen ist nicht selten defizitär. Häufig sind der Verlust von wertvollem Spezialwissen einzelner Mitarbeiter sowie das Verständnis über den Gesamtprozess die Folge. Somit umfasst eine ganzheitliche Planung nicht nur soziale Aspekte im Planungs- bzw. Sozialraum, sondern bezieht auch – im Sinne eines ressortübergreifenden Vorgehens – weitere Planungsbereiche mit ein.

Eine solche Zusammenarbeit mit anderen Ämtern und Fachbereichen erweist sich hinsichtlich der Verfügbarkeit und Planbarkeit von Ressourcen als hilfreich. Hier bietet sich bspw. die Zusammenarbeit von Sozial- und Finanzplanung an, um effektive und effiziente Verfahren hervorzubringen (vgl. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. 2011). Zudem können mithilfe eines ressortübergreifenden Vorgehens die unterschiedlichen Netzwerke und Kontakte, über die einzelne Ressorts verfügen, nutzbar gemacht und bspw. Bedürfnisse, mit denen sie konfrontiert sind, zusammengetragen werden. Auch für Innovationen ist eine übergreifende Planung eine wichtige Grundlage. Eine ressortübergreifende Planung führt folglich zur besseren Bündelung von Ressourcen und auf diesem Weg zur Vermeidung von Parallelstrukturen.

Für die Umsetzung einer übergreifenden Planung ist insbesondere die Kontinuität und Langfristigkeit der Kommunikation, um eine gemeinsame Kultur zu schaffen, von Bedeutung. Mögliche Plattformen für einen Austausch können dabei abteilungsübergreifende Teamsitzungen, Arbeitsgruppen und Workshops sein.

Ein ressortübergreifendes Vorgehen wird unter anderem in der Stabsstelle Planung und Mobilität des Kreises Unna verfolgt. Hier sind verschiedene Fachplanungen, wie die Flächennutzungs- und Bebauungsplanung, die Nahverkehrsplanung und die Sozialplanung vereint. Themen werden bereichsübergreifend

behandelt und Aufgaben querschnittsorientiert angegangen (vgl. Kreis Unna, der Landrat 2015a; Kreis Unna, der Landrat 2016).

Im Lahn-Dill-Kreis werden alle Überlegungen zur demografischen Entwicklung „fachdienstübergreifend“ gebündelt, um die gesammelten Erkenntnisse bei Bedarf allen Fachbereichen zur Verfügung zu stellen und diese bei künftigen Planungs- und Durchführungsmaßnahmen zu berücksichtigen (vgl. Lahn-Dill-Kreis, Sozialplanung 2010: 12).

In der Stadt Bielefeld führt die Sozialplanung beispielsweise auf der strategischen Ebene fachbereichsübergreifende Planungsprozesse durch. Auf der normativen Ebene arbeitet sie mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss sowie dem Rat der Stadt Bielefeld zusammen (vgl. Stadt Bielefeld; Dezernat 5 2009: 1).

In Hannover kooperiert die Sozialplanung im Zuge ihrer Sozialberichterstattung mit Fachbereichen anderer Dezernate. So entstand beispielsweise das Familienmonitoring 2014 in Zusammenarbeit mit dem Sachgebiet Wahlen und Statistik des Kultur- und Personaldezernats (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Jugend- und Sozialdezernat 2014).

Um im Zuge der Stadterneuerung neben Baumaßnahmen auch Projekte im sozialen Bereich, der Bildung oder der Wirtschaftsförderung koordinieren zu können, arbeiten in der Stadt Gelsenkirchen die verschiedenen Vorstandsbereiche zusammen. Hierfür wurde eine Koordinierungsstelle eingerichtet (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung 2015).

Als ein weiteres Beispiel für eine ressortübergreifende Kooperation fungiert die Stadt München, in der die Sozialplanung eng mit dem Referat für Stadtteilentwicklungsplanung zusammen arbeitet (vgl. Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2012: 19).

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_gute_beispiele_integrierter_sozialplanung_in_deutschland_fin.pdf

<https://www.deutscher-verein.de/de/empfehlungen-stellungnahmen-2011-eckpunkte-fuer-eine-integrierte-sozial-und-finanzplanung-in-kommunen-1-1543,267,1000.html>

11. Baustein: Vernetzung der (sozialen) Fachplanungen

Häufig sind die einzelnen Sozialfachplanungen unterschiedlichen Steuerungsbereichen zugeordnet. So kommt es, dass innerhalb der Verwaltung relativ isoliert voneinander Konzepte entwickelt werden, ohne dass mögliche Schnittstellen zwischen den Fachplanungen Beachtung finden. Für eine ganzheitlich ausgerichtete Sozialplanung, die den Menschen im Sozialraum alle notwendigen Angebote und Hilfen zur Verfügung stellt, ist eine Kooperation der sozialen Fachplanungen untereinander unumgänglich.

Im Landkreis Potsdam-Mittelmark unterstützt die Sozialplanung die Fachplanung der Fachdienste und fungiert somit als Bindeglied (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling 2008: 2).

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/angewandte-sozialwissenschaften/integrierte-sozialplanung-als-innovation-fuer-die-versorgung-im-alter_17380.php

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_gute_beispiele_integrierter_sozialplanung_in_deutschland_fin.pdf

12. Baustein: Zusammenwirken der strategischen und operativen Sozialplanung

Die Metapher des „Octopus“ verdeutlicht, wie ein „System Sozialplanung“ funktionieren kann: Der Oc-

topus als eigenständiges Lebewesen wird als System angesehen. Sein Kopf ist für die Steuerung der Tentakel zuständig, die bspw. die Fortbewegung und den Kontakt zum Boden ermöglichen. Die Vielzahl an Nerven in den Tentakeln erlaubt jedoch einfache Bewegungen auch ohne Steuerungsreize des Gehirns.

Übertragen auf die Sozialplanung ist diese ebenfalls als eigenes System zu verstehen: Die strategische Planung erfolgt zentral – als „Kopf“ der Sozialplanung. Sie repräsentiert die Steuerung der operativen Planungseinheiten, die als „Tentakel“ der Planung dezentral in den Sozialräumen verankert und für die Planung der Angebote zuständig sind. In diesem bildhaften Sinn kann die Sozialplanung in den sozialräumlichen Planungseinheiten koordinieren, moderieren und transformieren. Die metaphorisch beschriebene Aufteilung steht für die Koinzidenz des Top-down- und des Bottom-up-Ansatzes.

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_tagungsdokumentation_23_06_2016.pdf

13. Baustein: Ganzheitliche Koordination von Aktivitäten

Die Aktivitäten der Sozialplanung bezüglich der Erhebung von Bedarfen sollen ganzheitlich koordiniert werden. Sie sollen folglich von der Planung, über die Durchführung bis zu ihrer Auswertung und somit sowohl auf strategischer als auch auf operativer Ebene aus einer Hand gesteuert und begleitet werden.

Auf diesem Weg liegt die koordinative Zuständigkeit sowohl für verwaltungsinterne als auch für externe Akteure bei derselben Person/Stelle. Diese kann entsprechend als Vermittler agieren und eine Abstimmung der Tätigkeiten beider Seiten initiieren.

14. Baustein: Implementierung eines (Demografie-)Koordinators

Bei der Koordination geht es um die Abstimmung von Teilaktivitäten im Hinblick auf ein übergeordnetes Ziel (vgl. Springer Gabler Verlag, Gabler Wirtschaftslexikon 2016b). Bei dem Begriff Demografie handelt es sich um einen wissenschaftlichen und in der Regel interdisziplinär angelegten Ansatz, der den Stand, den Verlauf und die Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung beschreibt (vgl. Nell 2007: 114).

Als Beispiel für einen Demografiekoordinator dient der Landkreis Ludwigslust-Parchim, der als aktive Schnittstelle zwischen einzelnen Initiativen agiert und zu einer ressortübergreifenden Steuerung und Vernetzung beiträgt (vgl. Landesgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH 2014: 123).

Weiterführende Informationen:

http://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/galleries/PDF-LUP1/PDF-FD60/Demografiecheck/DemografieCheck_Parchim_Endbericht_Maerz_2014.pdf

15. Baustein: Aufbau regionaler/landes-/bundesweiter Austauschplattformen für Sozialplaner

Um auch vom Erfahrungswissen anderer Sozialplaner, ihrer Methodenkompetenz und ihren Vorgehensweisen zu profitieren, bietet sich ein Austausch unter Sozialplanern auf regionaler, landes- und/oder Bundesebene an.

Wichtige Rollen spielen in diesem Zuge die Vereine der Sozialplanung, wie der Verein für Sozialplanung e.V. und der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., die eine Vernetzung voranbringen und entsprechende Veranstaltungen anbieten.

Weiterführende Informationen:

<http://www.vsop.de/index.php>

<https://www.deutscher-verein.de/de/>

16. Baustein: Zusammenarbeit mit den Planungsinitiativen der Landesministerien

In den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Thüringen sind in den vergangenen Jahren Initiativen gegründet worden, die sich die Begleitung der Sozialplanung in den Gebietskörperschaften zum Ziel gesetzt haben:

Die Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung der NRW.ProjektSoziales GmbH berät Gebietskörperschaften und andere öffentliche und gemeinnützige Akteure des Bundeslandes kostenlos, bietet Qualifizierungen an und unterstützt bei der Entwicklung individueller Planungsstrategien (vgl. NRW.ProjektSoziales GmbH 2016).

Die Stabsstelle für Strategische Sozialplanung des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie zählt unter anderem die Förderung der Regionalentwicklung zu ihren Zielen. Des Weiteren ist sie Ansprechpartner für alle Kommunen und freien Träger des Bundeslandes hinsichtlich sozialplanerischer Aktivitäten (vgl. Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie 2016).

Die Inanspruchnahme dieser Unterstützungsangebote auf Landesebene kann die strategische Sozialplanung der Gebietskörperschaft voranbringen.

Weiterführende Informationen:

<https://www.nrw-projektsoziales.de/fsa>

<http://www.thueringen.de/th7/tmasgff/wirueberuns/organigramm/stabsstelle/>

17. Baustein: Zusammenarbeit mit den Ämtern für Statistik

Eine enge Zusammenarbeit mit den (regionalen, landes- und bundesweiten) Ämtern für Statistik kann dazu beitragen, eine ausführliche Datengrundlage zu schaffen, auf deren Basis künftige Bedarfe abgeleitet werden können.

Die Analyse dieser Daten sowie die Entwicklung von Prognosen kann bspw. in Form von Bedarfsplänen strukturiert und verschriftet werden.

18. Baustein: Kooperationen mit Vertretern anderer Branchen

Eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Interessensgruppen ist empfehlenswert. Hierzu zählen unter anderem Personen und Institutionen, die ein anderes Ziel verfolgen, zum Beispiel das Ziel der Gewinnmaximierung („Public-Private-Partnership Modelle“). Aus der Kooperationsbeziehung mit externen Partnern kann die Sozialplanung innovative Erkenntnisse gewinnen.

Die Sozialplanung der Stadt Bielefeld kooperiert in der Umsetzung ihrer Konzepte (z.B. „Familienfreundliches Bielefeld“, „Behindertengerechtes Bielefeld“ oder dem „Integrationskonzept für Bielefeld“) beispielsweise mit verschiedenen Akteuren der jeweiligen Fachbereiche. Dies sind unter anderem Netzwerkpartner aus Vereinen, Verbänden und Institutionen, Wohnungsunternehmen oder der freien Wirtschaft sowie weitere Akteure.

Weiterführende Informationen:

https://www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/isp/

19. Baustein: Gründung von Vereinen

Im Sinne des BGB ist ein Verein eine auf gewisse Dauer berechnete Personenvereinigung mit Körperschaftlicher Verfassung, die als einheitliches Ganzes gedacht wird und daher einen Gesamtnamen führt. Ein Verein ist im Bestand vom Wechsel der Mitglieder unabhängig. Vereine werden von Mitgliedern getragen, von denen „alle Macht ausgeht“. Sie bestimmen in Versammlungen über Satzungen und Grundsatzfragen, wählen die nachgeordneten Organe und kontrollieren deren Aufgabenerfüllung (vgl. Springer Gabler Verlag, Gabler Wirtschaftslexikon 2016c).

In der Stadt Ahlen beispielsweise wurde der Verein „Alter und Soziales e.V.“ gegründet. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss aller Träger in der Stadt Ahlen (z.B. Stadt Ahlen bzw. Fachbereichsleitung Jugend und Soziales, Wohlfahrtsverbände sowie Vereine und Einrichtungen, die in der Seniorenarbeit tätig sind), die für hilfe- und pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen tätig sind. Grundlage der Vereinsarbeit bildet ein „Integriertes Handlungskonzept“, das zuletzt 2012 mit dem Konzept „Wohnen im Alter in Gemeinschaft und Sicherheit“ fortgeschrieben wurde. Das Handlungskonzept bietet darüber hinaus die konzeptionelle Grundlage für die Sozialplanung der kommunalen Leitstelle „Älter werden in Ahlen“ (vgl. Verein für Alter und Soziales 2016).

Weiterführende Informationen:

<http://www.alter-und-soziales.de/der-verein/konzept/ahleener-system/>

20. Baustein: Weiterbildungsangebote für Sozialplaner

Sozialplanern müssen ausreichend Angebote zur beruflichen und persönlichen Weiterbildung zur Verfügung stehen. Das innovative Denken und Handeln kann insbesondere dadurch gestärkt werden, dass sie sich mit neuen Methoden und Strategien auseinandersetzen. Auch der Austausch mit anderen Sozialplanern kann einen Perspektivwechsel anregen und das Voneinander-Lernen fördern. In Arbeitsgruppen können Sozialplaner mit Gleichgesinnten kreativ werden und innovative Lösungsstrategien entwickeln.

Weiterführende Informationen:

<http://www.vsop.de/index.php?page=114408260&f=1&i=114408260>

21. Baustein: Ausbau der Stelleninfrastruktur

Die angemessene Anzahl an Sozialplanern spielt bei einer integrierten Planung eine wichtige Rolle: Um der Heterogenität der Nutzer, gerecht zu werden, müssen ausreichend personelle und zeitliche Ressourcen zur Verfügung stehen. Die Gewährleistung der notwendigen Stelleninfrastruktur ist somit grundlegend.

Zur Schaffung fehlender Stellen ist der Dialog mit der Politik zu suchen und der Nutzen und Sinn einer ganzheitlichen Planung und Bedarfsbefriedigung zu verdeutlichen.

22. Baustein: Heterogenität der Planer

Der Vielfalt der Personen und ihrer Bedürfnisse ist mit einem heterogenen Sozialplanungsteam zu begegnen.

Die Unterschiedlichkeit der Sozialplaner bspw. hinsichtlich kultureller, sprachlicher und religiöser Hintergründe kann die Kontaktaufnahme, den Aufbau einer Vertrauensbasis und somit die Kommunikation über Bedürfnisse erleichtern.

23. Baustein: Finanzierung durch EU-Gelder oder Förderprogramme

Neben einer Finanzierung aus kommunalen Haushaltsgeldern können seitens der Sozialplanung Anträge

zur Projektförderung bei externen Stellen beantragt werden, die Projekte durch EU-Gelder oder Bundesländerprogramme, z.B. „Soziale Stadt NRW“ finanziell unterstützen (vgl. Geschäftsstelle Städtenetz Soziale Stadt NRW 2015).

Weiterführende Informationen:

<http://www.soziale-stadt.nrw.de/programmhintergrund/>

24. Baustein: Klare Zielsetzungen und Zuständigkeiten

Mithilfe der Entwicklung eines Leitbildes sowie der Definition klarer Ziele der Sozialplanung können Steuerungs- und Befähigungsaufgaben formuliert und entsprechende Prioritäten gesetzt werden. Zudem sollen Zuständigkeiten bewusst zugeteilt und ggf. eine Mehrebenenstruktur der Sozialplanung eingeführt werden.

25. Baustein: Erarbeitung von Handlungsrichtlinien, Rahmenvereinbarungen und Leitsätzen

Bei einer Richtlinie handelt es sich um eine verbindliche Anweisung. Das Ziel besteht in der einheitlichen Anwendung. Richtlinien haben einen bestimmten Geltungsbereich und finden sich beispielsweise im europäischen Gemeinschaftsrecht oder Steuerrecht (vgl. Springer Gabler Verlag, Gabler Wirtschaftslexikon 2016d). Die Entwicklung von Richtlinien dient somit der Qualitätssicherung im Rahmen einer wirkungsorientierten Steuerung.

Der Landkreis Schmalkalden-Meiningen hat im Jahr 2010 Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen der öffentlichen Altenhilfe aufgestellt (Landratsamt Schmalkalden-Meiningen 2016a). Auch für die Jugendarbeit und die Förderung der Wohlfahrtsverbände wurden Richtlinien erarbeitet (Landratsamt Schmalkalden-Meiningen 2016b).

Die Entwicklung von Kriterien oder Maßstäben für die Sozialplanung bietet die Möglichkeit das Handeln zu strukturieren und messbar zu machen. Auch im Hinblick auf Innovationen und die entsprechenden Innovationsbeteiligten kann mithilfe von schriftlichen Vereinbarungen die notwendige Überzeugungsarbeit geleistet werden. So kann zum einen Verbindlichkeit und zum anderen die Möglichkeit geschaffen werden, sich bei Uneinigkeiten und Unklarheiten auf eine gemeinsame Grundlage berufen zu können.

Die Sozialplanung des Lahn-Dill-Kreises bezieht sich beispielsweise an Rahmenvereinbarungen und Leitsätzen zur möglichst qualitativen und effizienten Leistungsumsetzung (Caritas-Verband Wetzlar; Lahn-Dill-Eder e.V.; Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises 2012: 5ff.).

Die Entwicklung von Standards kann dabei außerdem behilflich sein, Ehrenamtliche zu fördern und zu schützen. Im Vordergrund steht die Verbesserung und Vereinheitlichung von Arbeitsbedingungen für Ehrenamtliche. Die Standards sollen sowohl für die öffentliche Verwaltung als auch Vereine und Verbände verbindlich sein.

Weiterführende Informationen:

http://www.lra-sm.de/wp-content/uploads/2015/02/Richtlinie_zur_Foerderung_von_Ma%C3%9Fnahmen_der_offenen_Altenhilfe.pdf

<http://www.lra-sm.de/wp-content/uploads/2015/02/Richtlinie-Massnahmen-Jugendarbeit.pdf>

http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/vortraege/2012-11-16_MAIS_Partizipative_Sozialplanung_im_LDK.pdf

26. Baustein: Gründung von Qualitätszirkeln zur Qualitätssicherung

Qualitätszirkel sind ein Instrument des Qualitätsmanagements. Sie formieren sich aus einer internen Arbeitsgruppe im kleineren Rahmen, die sich zusammenfindet, um ausgewählte Problembereiche und Schwachstellen von Produkten oder Leistungen zu analysieren und Lösungsstrategien zu erarbeiten. Ziel ist die Qualitätsverbesserung der Prozess-, Beziehungs- und Ergebnisqualität (vgl. Drescher 2003:139).

Um die Qualität von Planungsprozessen kontinuierlich zu überprüfen und zu optimieren, empfiehlt sich die Implementierung von Qualitätszirkeln auf kommunaler aber auch auf Landes-/Bundesebene.

Im Land Berlin wurde bspw. die bezirksübergreifende Arbeitsgruppe „Qualitätszirkel der Organisationseinheiten Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination des öffentlichen Gesundheitsdienstes“ initiiert. Ein Abschlussbericht informiert über den Konsens und die Grundlagen der Organisationseinheiten für Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination (vgl. Land Berlin 2012).

Weiterführende Informationen:

<https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/interne-dienste/sozial-und-gesundheitsplanung/gesundheits-und-sozialberichterstattung/artikel.202201.php>

27. Baustein: Qualitätssiegel für die Sozialplanung

Die Festlegung von Gütekriterien für die Umsetzung der Sozialplanung ermöglicht das Handeln nach festgelegten Qualitätsstandards auszurichten. Durch die einheitliche Übertragung auf alle Sozialplanungsstellen können Differenzen hinsichtlich der unterschiedlichen organisatorischen Ausrichtung abgemildert werden.

28. Baustein: Evaluation eingesetzter Maßnahmen und Methoden

Im Rahmen verschiedener Evaluationsmethoden können Maßnahmen und Methoden auf Sinnhaftigkeit überprüft und optimiert werden. Die Evaluation kann intern oder extern praktiziert werden. Die Objektivität der Sozialplaner kann durch externe Personen reflektiert und bewertet werden (Peer Review). Dabei kommen sowohl die Nutzer der Planung als auch andere Akteure wie Kooperationspartner als Zielgruppen in Frage.

Auch auf organisationaler Ebene können Selbstevaluationen durchgeführt werden. Dabei steht nicht die einzelne Person, sondern die Organisationseinheit, eine bestimmte Maßnahme oder ein Projekt im Fokus. Mithilfe individueller Selbstevaluationen können Sozialplaner ihr eigenes professionelles Handeln und somit auch die Objektivität ihrer Tätigkeit reflektieren, Optimierungspotenziale identifizieren und konkrete Änderungsvorschläge erarbeiten. Zur Aneignung der Methodik sowie des benötigten Wissens sind dennoch Experten einzubeziehen bzw. entsprechende Schulungen zu besuchen.

Es empfiehlt sich im Rahmen einer wirkungsorientierten Steuerung und Evaluation zwischen einer summativen und formativen Evaluation zu unterscheiden. Während es sich bei einer summativen Evaluation um eine gutachterliche Bewertung einer abgeschlossenen Phase oder eines Projekts handelt, stehen bei der formativen Evaluation das Feedback, die Unterstützung und Verbesserung laufender Programme im Fokus (vgl. Feuerhelm 2007: 181).

Als Beispiel fungiert die Stadt Aachen, in der im Jahr 2006 ein Integrationskonzept erarbeitet wurde, das sich mit zentralen Handlungsfeldern befasst (z.B. Soziale Beratung, Sport, Freizeit und Kultur). Für alle Handlungsfelder wurden insgesamt 23 Maßnahmen entwickelt. Damit die definierten Ziele aller Handlungsfelder in einem Zeitrahmen von circa fünf Jahren erreicht werden können, wurde ein Umsetzungsbericht angefertigt, der den Stand der Zielerreichung untersucht. Die Evaluation war als partizipativer Prozess angelegt, in den ein Kreis von Experten einbezogen wurde, die in der Stadt Aachen mit Fragen zum Thema Integration befasst sind. Auch eine Befragung aller Maßnahmen wurde durchgeführt. Der Erhebungszeitraum erfasste die Jahre 2006 bis 2011 (vgl. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik

GmbH 2014: 3).

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/angewandte-sozialwissenschaften/publikationen-des-forschungsschwerpunkts-sozial-raum-management_15361.php

<http://www.degeval.de/home/>

http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/integration/dokumente_pdf/integrationskonzept_evaluation.pdf

29. Baustein: Durchführung von Supervision und kollegialer Beratung

Im Rahmen von Supervisionen können Sozialplaner ihr eigenes Handeln reflektieren und sich gegenseitig kollegial beraten. Supervisionen sind stets von entsprechend ausgebildetem Personal durchzuführen.

Weiterführende Informationen:

<http://www.dgsv.de/supervision/>

30. Baustein: Sozialplanung als Prozessbegleitung

Sozialplanung soll sich als Prozessbegleitung verstehen. In diesem Sinne ist sie sowohl dafür zuständig, auf kommunaler Ebene zu koordinieren und zu steuern als auch dafür, die Rahmenbedingungen im Sozialraum zu gestalten, damit alle Anspruchsgruppen an Planungsprozessen beteiligt werden können.

Diesem Verständnis nach ist Sozialplanung gleichzeitig Steuerung von Planungsprozessen und Befähigung zur Teilnahme daran.

31. Baustein: Sozialplanung als Planvermittler

Der Sozialplaner kann als „Architekt“ bzw. Planvermittler angesehen werden: Er ist für die Bereitstellung der Materialien (Ressourcen, Angebote), die Kommunikation mit anderen „am Bau“ Beteiligten (Fachbereiche, Ressorts) sowie den „Bauherren“ als Kunden und Nutzern. Zuständig. Durch diese metaphorische Brille betrachtet erarbeitet die Sozialplanung die Pläne für den „Hausbau“ im Sinne einer Infra- und Angebotsstruktur.

Auch die Sozialplanung soll die soziale Infrastruktur im Sozialraum und die dort tätigen Institutionen und Einrichtungen steuern und koordinieren und diesbezüglich Strategien und Konzepte entwickeln. Auf diesem Weg befähigt sie die Bewohner zur eigenständigen Lösung von Problemen und Herausforderungen. Als Planvermittler stellt die Sozialplanung gleichzeitig die Rahmenbedingungen her, die der „Bauherr“ benötigt, um „das Haus“ nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, einzurichten und dort zu wohnen.

Übertragen auf die angestrebte Ganzheitlichkeit, Passgenauigkeit und Flexibilität der Maßnahmen zur Bedürfnisbefriedigung bedeutet dies, dass es Aufgabe der Sozialplanung ist, Rahmenbedingungen, Netzwerke sowie Angebote zur Verfügung zu stellen, die Adressaten individuell und flexibel zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse nutzen können.

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_tagungsdokumentation_23_06_2016.pdf

32. Baustein: Sozialplanung als „Sortiments“-Management

Im Rahmen der „Supermarkt-Metapher“ agiert der Sozialplaner als „Sortiments“-Manager: Er ist für die Bereitstellung eines umfassenden, bedarfsgenauen Produktsortiments zuständig, das stets an die Kundenwünsche anzupassen ist. Die Auswahl der Produkte, die gebraucht werden, liegt allein beim Adressaten als Kunden.

Für die Bedürfnisbefriedigung ist es folglich Aufgabe des Sozialplaners mithilfe von Bedarfsanalysen das erforderliche Angebot an Maßnahmen zu skizzieren, aus dem die Nutzer die für sie passenden Aktivitäten auswählen können.

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_tagungsdokumentation_23_06_2016.pdf

33. Baustein: Sozialplanung als „kommunizierende Röhre“

Der Sozialplanung kommt – angelehnt an die Metapher des „Baumes“ – die Rolle der „kommunizierenden Röhre“ in Form des „Baumstammes“ zu. Demnach ist sie für den Transport von Informationen, die Verbindung zwischen Bevölkerung, Verwaltung und Politik sowie die Befähigung zu Entwicklung zuständig. Durch die Information über Bedürfnisse, Sichtweisen oder Planungsvorhaben kann ein Perspektivwechsel zwischen den Ebenen angeregt und die Distanz dazwischen verringert werden.

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_tagungsdokumentation_23_06_2016.pdf

34. Baustein: Außendarstellung der Sozialplanung

Um das Interesse der Bürger, der Dienstleister und der Politik an der Sozialplanung zu wecken, kann unter anderem anhand guter Beispiele aufgezeigt werden, welchen Nutzen und welche Erfolge eine langfristige, strategische Planung mit sich bringt.

Zudem kann Bürgerbeteiligung die Aufmerksamkeit der Politik für die Sozialplanung wecken und somit der Schlüssel zu einer Auseinandersetzung darüber sein, wie sich Politik in Planungsprozesse einbringen kann.

Es bieten sich auch medienwirksame Aktionen an, um Inhalte und Aufgaben der Sozialplanung nach außen hin darzustellen.

35. Baustein: Schaffung eines Werterahmens

Im Kontext einer innovativen Planung gilt es als empfehlenswert, sich von subjektiven und anderen äußeren Faktoren zu lösen und einen objektiven Bezugsrahmen zu schaffen.

Mithilfe regelmäßiger Selbstevaluationen können Sozialplaner ihr eigenes professionelles Handeln und somit auch den objektiven Grad ihrer Tätigkeit reflektieren, Optimierungspotenziale identifizieren und konkrete Handlungsalternativen erarbeiten. Auch Supervision oder der Austausch mit anderen können dazu beitragen, das eigene Handeln kritisch zu hinterfragen und aus wechselnden Perspektiven zu betrachten.

Weiterführende Informationen:

<http://www.degeval.de/de/publikationen/selbstevaluation/>

<http://www.dgsv.de/supervision/>

36. Baustein: Haltung des Sozialplaners

Eine wichtige Rolle beim Aufbau einer integrierten Planung spielen die Personen der Sozialplanung. So hängt der Erfolg der Planung bspw. maßgeblich vom Engagement der involvierten Personen ab. Sie müssen eine Haltung einnehmen, die sich an den Bedürfnissen der Nutzer orientiert und den Wohlfahrtsnutzen als Maßstab verfolgt. Hierzu gehört auch ein grundlegendes Interesse des Planers für die Planungs- und Sozialräume. Nur wenn sich die Sozialplanung mit den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen auseinandersetzt, kann gewährleistet werden, dass auf Veränderungen adäquat reagiert werden kann.

Der Sozialplaner soll zudem über Empathie und methodisches Geschick verfügen, um bspw. auch Personen, denen die Formulierung ihrer Bedürfnisse schwerfällt, entgegenzukommen und in einem gemeinsamen Prozess individuelle Lösungen zu entwickeln.

37. Baustein: Allgemeingültigkeit der Sozialraumgrenzen

Um Sozialräume als eigenständige „Gebietskörper“ anzuerkennen, bietet es sich an, dass ihre Grenzen nicht nur von der Sozialplanung, sondern ebenso von anderen Ressorts und Fachbereichen berücksichtigt werden. Eine übergreifende Definition der Sozialräume, die auch andere Planungen wie die Stadtplanung, die Bauleitplanung, die Jugendhilfeplanung und die Bildungsplanung teilen, fördert neben einer stadtweit einheitlichen Planungsgrundlage auch ein fachbereichs- und ressortübergreifendes Raumverständnis.

38. Baustein: Ganzheitliche Festlegung von Sozialräumen

Die Festlegung von Sozialräumen soll nicht auf der Grundlage einzelner Faktoren, wie politische oder geografische Grenzen, sondern ganzheitlich erfolgen.

Die Stadt Aachen definiert als relevante Aspekte räumliche Interaktionen der Bevölkerung, natürliche und künstliche Hindernisse für Interaktionen, die Ausstattung mit Einrichtungen der Grundversorgung, Kennzeichen der Bausubstanz, die Sozialstruktur der Bevölkerung, Räume mit bestimmten Funktionen sowie die Anbindung durch den ÖPNV (vgl. Stadt Aachen; Köster 2007).

Nur eine ganzheitliche Betrachtung kann zur Festlegung von Sozialräumen, die den Gewohnheiten und Lebensbedingungen der Bevölkerung entsprechen, führen und darauf aufbauend zu einer bedarfsgenaue Planung.

Weiterführende Informationen:

http://www.aachen.de/BIS/FO/Sozialraumbezogene_Altenhilfeplanung.pdf

39. Baustein: Sozialräume als dynamische Einheiten

Sozialräume sollen nicht als statische Einheiten angesehen werden. Sie sollen als veränderbar und dynamisch verstanden werden.

In der Stadt Bern sind nur Stadtteile, anhand derer bspw. Schulen geplant werden, fest definiert. Für kleinräumlichere Planungen orientiert sich die Planung flexibel an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort.

Definierte Sozialraumgrenzen sollen daher in regelmäßigen Zeitabständen auf ihre Aktualität und Passgenauigkeit hin überprüft werden, um auf Entwicklungen innerhalb der Räume zeitnah durch eine Anpassung der Grenzen reagieren zu können.

Weiterführende Informationen:

<https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm->

[arbeitspapier62_ispinova_tagungsdokumentation_23_06_2016.pdf](#)

40. Baustein: Sozialräume als „lebende Räume“

Sozialräume sollen nicht geografisch und sachbezogen als zweidimensionale Flächenabgrenzungen aufgefasst werden. Vielmehr sind sie als „lebende Räume“ zu verstehen, als Einheiten, denen sich die Bewohner zugehörig fühlen.

In der Stadt Bern findet dieses Verständnis bereits Anwendung: Quartiere werden nicht planerisch festgelegt, sondern repräsentieren „gelebte Räume“ Quartiere, mit denen sich die Bewohner identifizieren. Innerhalb dieser Quartiere werden mit den sozialen Dienstleistungsanbietern Leistungsverträge geschlossen, um informelle, nachbarschaftliche Zusammenarbeit zu formalisieren.

Um „lebende Räume“ zu bestimmen, sollen partizipative Methoden angewandt werden, bspw. in Form einer Befragung, die als „Stimmungsbarometer“ dient, um Zugehörigkeitsgefühle zu messen.

Nicht außer Acht zu lassen ist bei einer Orientierung an „lebenden Räumen“ der integrierte Planungsansatz: Sozialräume sollen stets im Austausch mit anderen Planungsbereichen festgelegt werden. Von isolierten Sozialraumdefinitionen, die nur für einzelne Fachbereiche Gültigkeit besitzen, ist abzusehen.

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_tagungsdokumentation_23_06_2016.pdf

41. Baustein: Regelmäßige Überprüfung der Sozialraumgrenzen

Definierte Sozialraumgrenzen sollen regelmäßig überprüft werden, um sicherzustellen, ob sie den räumlichen Gegebenheiten und den Lebensgewohnheiten der Bevölkerung entsprechen.

Der Landkreis Görlitz ist in fünf Planungsräume gegliedert. Diese werden jährlich auf ihre Aktualität und Sinnhaftigkeit überprüft und können bei Bedarf – unter Vorlage einer ausführlichen Begründung – angepasst werden (vgl. Landkreis Görlitz, Dezernat IV 2010: 17).

Bei der regelmäßigen Überprüfung von Sozialraumgrenzen soll allerdings der integrierte Planungsansatz berücksichtigt werden: Sozialräume sollen nicht fachplanungsspezifisch definiert, sondern in einem gemeinsamen Prozess bereichs- und ressortübergreifend festgelegt werden.

Weiterführende Informationen:

http://www.integrierte-sozialplanung.de/downloads/rahmenplan_isp.pdf

42. Baustein: Implementierung einer Sozialberichterstattung

Zur Schaffung einer Planungsgrundlage sowie zur Überprüfung durchgeführter Maßnahmen dient die Sozialberichterstattung. Sie beinhaltet die Beobachtung, Auswertung und Aufbereitung der für die Sozialplanung relevanten Daten und baut auf Indikatoren zur Messung der sozialen Lage auf. Die Verschriftlichung der Ergebnisse der Sozialberichterstattung erfolgt in der Regel in Form von Sozialberichten. Eine Kontinuität in der Sozialplanung und Sozialberichterstattung bietet die Möglichkeit, Maßnahmen, Ressourceneinsatz und Vereinbarungen regelmäßig auf deren Wirksamkeit hin zu evaluieren und deren Entwicklung festzuhalten.

Die als „Frühwarnsystem“ verstandene Sozialberichterstattung des Landkreises Schmalkalden-Meiningen verdeutlicht, wie anhand von Daten Probleme aufgedeckt, Zusammenhänge analysiert und auf diesem Weg frühzeitige Lösungsstrategien für aufkommende Herausforderungen entwickelt werden können (vgl. Landratsamt Schmalkalden-Meiningen 2015).

Die Koordinationsstelle Sozialplanung der Stadt Hannover erstellt regelmäßig Sozialberichte, denen Informationen zur Bevölkerungs- und Altersstruktur der Stadt, zu Bildung, Erwerbstätigkeit, Armut, Gesundheit und Wohnraum zu entnehmen sind. Ein Kapitel des Sozialberichts widmet sich der sozialen Lage in den Sozialräumen Hannovers (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Jugend- und Sozialdezernat 2013).

Auch eine themenspezifische Sozialberichterstattung ist denkbar. Die Sozialplanung der Stadt Bielefeld erarbeitet bspw. regelmäßig Demografieberichte, die aktuelle demografische Entwicklungen, bereits implementierte Programme sowie nächste Handlungsschritte beinhalten (vgl. Stadt Bielefeld, Der Oberbürgermeister 2007).

Weiterführende Informationen:

<http://www.sozialberichte.nrw.de/>

<https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/mais/moderne-sozialplanung/1215>

43. Baustein: Implementierung eines Sozialmonitorings

Ein Teil der Sozialberichterstattung ist das Sozialmonitoring. Als Sozialmonitoring wird die regelmäßig und langfristig angelegte Beobachtung und Analyse sozialer Entwicklungen bezeichnet. Sozialmonitoring findet häufig auf Stadt-/Landkreisebene statt, bietet aber insbesondere bei einer kleinräumigen Durchführung wichtige Einblicke in künftige Herausforderungen.

Die Stadt München führt ein kontinuierliches Sozialmonitoring durch, wobei die Daten nicht nur stadtweite Entwicklungen aufzeigen, sondern ebenfalls für die Planungsregionen aufgeschlüsselt werden (vgl. Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2015). Anhand der Ergebnisse des Sozialmonitorings werden Handlungsbedarfe des Sozialreferats identifiziert und Maßnahmen eingeleitet.

Sozialmonitoring kann auch themenspezifisch erfolgen. So verfügt bspw. die Stadt Kiel über ein Demografiemonitoring, das jährlich in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kommunikation, Standortmarketing und Wirtschaftsfragen, Abteilung Statistik durchgeführt wird. In Kiel werden neben Daten auf Stadtebene ebenfalls stadtteilbezogene Zahlen erhoben (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2013; 2016).

Weiterführende Informationen:

<https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/mais/moderne-sozialplanung/1215>

http://www.muenchen.de/rathaus/dms/Home/Stadtverwaltung/Sozialreferat/leitung-zentrale/sozplanung/monitoring-sozialreferat_2014_tabellen.pdf

44. Baustein: Erarbeitung von Sozialraumberichten und -beschreibungen

Sozialraumberichte und -beschreibungen beinhalten wichtige Informationen über einen oder mehrere Sozialräume und stellen diese differenziert dar. Mittels dieser Fakten können Entwicklungen im Sozialraum kontinuierlich beobachtet und längerfristig beschrieben werden.

Neben Informationen zu Lage und Geschichte des Sozialraums, liegt ein besonderer Schwerpunkt auf den Sozialraumdaten. Hierzu zählen unter anderem Informationen zur Bevölkerungsentwicklung, zur Einwohnerdichte und zu Erwerbstätigkeit und Armut. Des Weiteren können in Sozialraumberichten und -beschreibungen zielgruppenspezifische Betrachtungen sowie vorgesehene Planungsschritte dargelegt werden.

Exemplarisch kann auf Sozialraumberichte und -beschreibungen der Stadt Hamburg, Bezirk Altona (vgl. Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2016a) sowie der Stadt Kiel verwiesen werden (vgl. Landeshauptstadt Kiel; Wichmann 2011).

Weiterführende Informationen:

<http://www.hamburg.de/altona/sozialplanung/>

https://www.kiel.de/leben/sozial/Sozialraumplanung/sozialraumplanung_gaarden/Sozialraumbericht11Gaarden.pdf

45. Baustein: Erarbeitung eines Sozialatlas

Ein Sozialatlas dient einer übersichtlichen Aufbereitung von Daten über Quartiere, Sozialräume und Stadtteile.

Der Sozialatlas der Stadt Wiesbaden beinhaltet zum einen themenspezifische Bevölkerungs- und Sozialdaten, die jährlich fortgeschrieben und aktualisiert werden. Zum anderen wird anhand von Stadtteilprofilen ein Überblick über die Wiesbadener Stadtteile ermöglicht (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit 2016).

Weiterführende Informationen:

<https://sozialatlas.wiesbaden.de/>

46. Baustein: Durchführung von Sozialraumanalysen

Zur bewussten Abgrenzung von Sozialräumen sowie zur konkreten Analyse der Räume und der dortigen Gegebenheiten bieten sich insbesondere Sozialraumanalysen an.

Neben gesamtstädtischen Ansätzen der Sozialraumanalyse, die einen Vergleich der Teilräume einer Stadt oder eines Landkreises anstreben, sind andere Vorgehen auf die inneren Strukturen eines Raumes fokussiert (vgl. Riege; Schubert 2016: 37).

Die Differenzierung eines Teilraums nach innen erfolgt dabei in mehreren Schritten: Der physische Raum wird zunächst abgegrenzt und definiert, um unter anderem mittels natürlicher und künstlicher Grenzen (bspw. Wälder und Flüsse als natürliche Grenzen und Straßen, Bahntrassen als künstliche Grenzen) und der funktionalen Nutzung von Flächen nachzuvollziehen, welche physischen Gegebenheiten den Raum strukturieren. Hierauf folgt eine quantitative Datenanalyse an, die auf die Erfassung administrativer Räume abzielt. Da in der Regel nur für die von der Verwaltung vorgenommene Raumgliederung sozioökonomische Daten und Indikatoren vorliegen, kann ein Abgleich dieser mit den zuvor erfassten physischen Räumen sinnvoll sein. In einem dritten Schritt werden anhand individueller Nutzerperspektiven Nutzungsräume empirisch erfasst. Ein besonderes Interesse kommt dabei den Aktionsräumen und den Lebenswelten der Bewohner sowie der Kennzeichnung bestimmter Räume durch Symbole zu (vgl. ebd.: 39ff.).

Aus der Zusammenführung der Ergebnisse der drei Analyseschritte ergibt sich die Vielschichtigkeit eines Sozialraums, die bei weiteren Untersuchungen Berücksichtigung finden kann (vgl. ebd.: 41).

47. Baustein: Durchführung von Bedarfsanalysen und Erstellung von Bedarfsplänen

Mithilfe detaillierter Bedarfsanalysen und darauf aufbauend der Erstellung von Bedarfsplänen können aktuelle Entwicklungen sichtbar gemacht und Prognosen abgeleitet werden. Die Durchführung von Bedarfsanalysen und die Erstellung von Bedarfsplänen sollen nicht als punktuelle Maßnahmen verstanden, sondern als ein fester Bestandteil der Sozialplanung implementiert werden. Die Kontinuität der Anwendung dieses Instruments kann außerdem zur Standardisierung und somit zur Verkürzung von Prozessen führen.

So entwickelte bspw. der Kreis Unna anhand der Daten zu demografischen Entwicklungen sowie zur Pflegebedürftigkeit im Kreis Prognosen, die Bedarfsschätzungen an Pflegeplätzen, Kurzzeit- und Tagespflege bis 2018 enthalten (vgl. Kreis Unna; Zakel 2015).

Weiterführende Informationen:

http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user_upload/Kreishaus/kfp/pdf/Soziales/Pflegebedarfsplan_2015_verabschiedet_10.03.2015.pdf

48. Baustein: Verfolgung des Capability-Approach

Der Capability-Approach misst sowohl gesellschaftliche als auch individuelle Wohlfahrt unter Einbezug der zentralen Fähigkeiten, die ein Mensch zur eigenständigen Gestaltung seines Lebens benötigt. Nach Martha Nussbaum zählen hierzu unter anderem die Fähigkeit, „ein menschliches Leben normaler Dauer bis zum Ende zu leben“ (Nussbaum 2014: 112), die körperliche Gesundheit und die Fähigkeit, „Bindungen zu Dingen und Personen außerhalb unserer selbst aufzubauen“ (Nussbaum 2014: 113).

Mit der Planung und Optimierung der sozialen Infrastruktur trägt Sozialplanung dazu bei, Menschen zur selbstständigen Befriedigung ihrer Bedürfnisse sowie zur Lösung von Problemen zu befähigen. Dieses

Verständnis geht mit dem Steuerungsauftrag der Sozialplanung einher.

Einer flexiblen, passgenauen und ganzheitlichen Bedürfnisbefriedigung kann der Capability-Approach als Handlungsgrundlage dienen und folglich nicht nur das Einkommen, sondern die Mehrdimensionalität der individuellen und der gesellschaftlichen Wohlfahrt im Fokus der Sozialplanung stehen.

Weiterführende Informationen:

<http://www.bpb.de/apuz/201657/verteilungsgerechtigkeit-in-der-armutsmessung?p=all>

49. Baustein: Indikatoren zur Bestimmung der sozialen Bedarfslage der Stadtteile

Um Bedarfslagen in Quartieren, Räumen oder Stadtteilen zu identifizieren, empfiehlt sich die Entwicklung von Indikatoren, die diese messbar machen.

Die Sozialplanung der Stadt Wiesbaden hat zum Zweck der Messbarkeit sozialer Bedarfslagen verschiedene Indikatoren erarbeitet, die sich auf die Dimensionen „Administrative Interventionen“ und „Besondere Risiken für die Lebenslagen bzw. die Teilhabe- und Verwirklichungschancen“ beziehen. Unter administrativen Interventionen sind dabei (Geld-, Sach- und Dienst-) Leistungen zu verstehen, die der Sicherung der Existenzgrundlagen dienen. Zu ihren Indikatoren zählen unter anderem die Existenzsicherungsquote, die Arbeitslosigkeitsquote sowie der Anteil junger Menschen mit Hilfen zur Erziehung. Indikatoren zur Messung der Risiken für die Lebenslagen sind bspw. der Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen, die Überschuldungs- und die Kinderarmutsquote (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit 2014: 12ff.).

Weiterführende Informationen:

https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/gesellschaft-soziales/sozialplanung/Wiesbadener_Sozialraumanalyse-Entwicklung_der_sozialen_Bedarfslage_in_den_Stadtteilen_korr_Vers_S.118.pdf

50. Baustein: Themen- bzw. zielgruppenspezifische Indikatoren zur Bewertung von Sozialräumen

Mithilfe von themen- bzw. zielgruppenspezifischen Indikatoren können Sozialräume bewertet und so Handlungs- und Planungsbedarfe, bspw. für soziale Fachplanungen, aufgedeckt werden.

Die Stadt Aachen hat Indikatoren zur Bewertung von Sozialräumen anlässlich der Altenhilfeplanung entwickelt. Hierzu zählen unter anderem der Anteil und das Alter von Menschen, die in Ein-Personen-Haushalten leben, die Anzahl von Personen in Pflegeheimen sowie derjenigen, die Tagespflegeplätze haben (vgl. Stadt Aachen; Köster 2007). Anhand des räumlichen Abgleichs der verschiedenen Indikatoren können Sozialräume hinsichtlich der Lebenslagen älterer Menschen bewertet werden.

Weiterführende Informationen:

http://www.aachen.de/BIS/FO/Sozialraumbezogene_Altenhilfeplanung.pdf

51. Baustein: Sozialraum als ein eigenständiges System

Wie bei einem Baum in einem Wald, der ein eigenständiges Ökosystem darstellt, sollen Sozialräume als eigenständige Systeme verstanden werden.

Da ein externer Eingriff in ein System, wie das des Baumes, stets auch eine Störung seiner Funktionalität und Eigenständigkeit bedeutet, sollen sich Politik und Verwaltung als ein Bestandteil desselben Systems verstehen: Während die Bürger des Sozialraums metaphorisch betrachtet die „Baumwurzeln“ darstellen, verbildlichen die „Äste“ Politik und Verwaltung. Die Sozialplanung ist als „Baumstamm“ für den Informationsfluss zwischen Wurzeln und Ästen zuständig. Nur wenn dies erfolgreich gelingt und alle Bestandteile des Baumes aktiv eingebunden sind, liefert die Photosynthese der Blätter die Grundlagen für bedarfsgerechte Angebote und Maßnahmen im Sozialraum.

Die Annahme dieses Verständnisses durch Bürger, Sozialplaner, Verwaltung und Politik kann zu einer Verbesserung der gegenseitigen Anerkennung, der Kommunikation miteinander und der Zusammenarbeit führen.

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_tagungsdokumentation_23_06_2016.pdf

52. Baustein: Einrichtung von Stadtteifonds und Sozialraumbudgets

Im Rahmen von Stadtteifonds und Sozialraumbudgets wird kleinräumigen Einheiten der Stadt oder des Landkreises ein Budget zur Verfügung gestellt, über dessen Verwendung – unter Berücksichtigung bestimmter Vorgaben – von lokalen Gremien frei entschieden werden kann. Die Autonomie des Raumes sowie die Möglichkeiten zur Entwicklung individueller Projekte und Strategien werden auf diesem Weg gestärkt.

In der Stadt Aachen werden den Stadtteilen Stadtteifonds zur Verfügung gestellt, damit dort kleinere Projekte in Eigenregie umgesetzt werden können. Hier liegt die Entscheidungsmacht bezüglich der Ausgabe der finanziellen Mittel in den Händen der Stadtteilkonferenz.

Weiterführende Informationen:

http://www.aachen.de/de/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/stadtteilkonferenzen/stadtteifonds.html

53. Baustein: Identifizierung und Nutzung lokaler Ressourcen im Sozialraum (z.B. durch Erstellung von Ressourcenkarten)

Sozialplaner benötigen einen guten Gesamtüberblick über die sozialen Gegebenheiten im Sozialraum und müssen mit lokalen Strukturen vertraut sein, um lokale Ressourcen effizient und zielgerichtet einsetzen und nutzen zu können.

Ressourcen eines Sozialraums können beispielsweise anhand von Ressourcenkarten übersichtlich dargestellt werden. Die Verwendung von Ressourcenkarten ermöglicht der Sozialplanung einen Gesamtüberblick über alle vorhandenen, genutzten, ungenutzten oder fehlenden Ressourcen im Sozialraum. Des Weiteren hilft das Instrument dabei, lokale Ressourcen zu bündeln und zu akquirieren.

Um persönliche, soziale, materielle und infrastrukturelle Ressourcen im Sozialraum zu ermitteln, finden im Landkreis Potsdam-Mittelmark beispielsweise kontinuierlich Beschreibungen und Analysen der Lebensbedingungen im Landkreis sowie Bestandsaufnahmen der sozialen Infrastruktur statt. Die ermittelten Ressourcen werden in Ressourcenkarten und Stadtteilprofilen verzeichnet (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling 2010).

Der Einbezug lokaler Ressourcen (z.B. durch Vernetzung) und die Einbindung von Betroffenen gehören gemäß eines Werkstattberichts der Schader-Stiftung zu den Kriterien guter Sozialplanung (vgl. Petendra 2005: 4 f.).

In der Landeshauptstadt München finden jährlich Strategie-, Ziel- und Ressourcenklausuren statt (vgl. Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2012: 15).

Die Aufwendungen zur Akquirierung von Ressourcen können verringert werden, indem die Sozialplanung auf bereits vorhandene Netzwerkstrukturen im Stadtteil zurückgreift und Multiplikatoren wie beispielsweise Hausärzte, Frauenärzte, Vertreter von Kirchengemeinden einbindet.

54. Baustein: Nutzung von Ressourcenüberschüssen

Die Sozialplanung steht vor der Aufgabe den Umgang mit sozialen und kulturellen Wandelprozessen zu überdenken. Zum einen stellen diese die Sozialplanung vor Herausforderung und zum anderen ermöglichen sie auch die Gewinnung neuer Ressourcen wie z.B. leer stehende Wohnungen aufgrund der Bildungswanderung. In diesem Fall ist die Zusammenarbeit mit Akteuren anderer Fachbereiche wie z.B. der Wohnungswirtschaft von zentraler Bedeutung.

55. Baustein: Durchführung von (Modell-)Projekten

Ein Mangel an Ressourcen erfordert von Sozialplanern sich in unbekanntes Terrain zu begeben und Alternativen gegenüber offen zu bleiben. Die Teilnahme an Modellprojekten bietet die Möglichkeit ressourcenschonend Strategien zu erproben, da innovative Ideen zeitnah umgesetzt und auf ihre Wirksamkeit überprüft werden können. Zudem können neue Ansätze und Handlungsmaßnahmen bei erfolgreichem Abschluss eines Projektes in die Strukturen der Sozialplanung implementiert werden, was eine Optimierung der Sozialplanung bewirken kann. Die Durchführung von Projekten bietet sich auch hinsichtlich einer zeitnahen Befriedigung von Bedürfnissen an.

Auch intergenerative Projekte können zur Enttabuisierung und Sensibilisierung für Krankheitsbilder und Themen führen. Als Beispiel dient die Stadt Arnsberg, wo partizipative und intergenerative Projekte veranstaltet werden. Im Rahmen des Projektes „KiDzeln - Kindern Demenz erklären“ werden beispielsweise Multiplikatoren ausgebildet, um Kinder auf den Kontakt mit Demenzkranken vorzubereiten (Stadt Arnsberg, Der Bürgermeister 2015).

Des Weiteren können Modellprojekte den Zugang zu neuen Ressourcen eröffnen. In Modellprojekten (z.B. in Kooperation mit der „NRW.URBAN Service GmbH“) können innovative Finanzierungsmöglichkeiten entwickelt und überprüft werden (vgl. Pauels; Meister 2014: 46).

56. Baustein: Einführung eines Quartiersmanagements

Die Aktivierung der Ressourcen eines Sozialraums sowie seiner Bewohner erfordert gute Kenntnisse sowie einen regen Austausch zwischen den Beteiligten. Die Koordination und Moderation der damit einhergehenden Prozesse kann unter anderem von einem Quartiersmanagement geleistet werden.

Neben koordinativen Aufgaben, wie der Organisation von Veranstaltungen, agieren Quartiersmanager als lokale „Kümmerer“: Sie sind Bindeglied zwischen den verschiedenen Akteuren und der Sozialplanung, geben als Ansprechpartner für die Bewohner unterstützende und beratende Hilfestellung und aktivieren die Bewohner, den Erneuerungsprozess mitzugestalten.

Weiterführende Informationen:

http://www.soziale-stadt.nrw.de/kooperation_steuerung/stadtteilmanagement.php

57. Baustein: Nutzung qualitativer Erhebungsmethoden

Da nicht alle Nutzer ihre Bedürfnisse im gleichen Maße verbal oder schriftlich ausdrücken können, sollen qualitative Erhebungsmethoden präferiert bzw. quantitative Forschungen um qualitative Komponenten ergänzt werden.

Im Rahmen qualitativer Bedarfsermittlungen kann im persönlichen Kontakt auf individuelle Schwierigkeiten eingegangen und eine passgenaue Kommunikationsform gewählt werden. Qualitative Methoden zur Erhebung von Bedürfnissen können bspw. in Form von Interviews oder Sozialraumgesprächen angewandt werden.

58. Baustein: Durchführung von Methodenworkshops

Interessierte Sozialplaner treffen sich halbjährlich während sogenannter „Methodenworkshops“, um über ihre Anwendungserfahrungen und eingesetzten Methoden in der jeweiligen Gebietskörperschaft zu diskutieren. Im Sinne eines lernenden Vorgehens werden die angewandten Methoden auf Sinnhaftigkeit geprüft und für die weitere Erprobung weiterentwickelt.

59. Baustein: Sozialplanung auf „Streife“

Die Sozialplanung einer Kommune oder eines Landkreises ist in der Regel für mehrere Sozialräume zuständig. Sozialplaner werden dadurch zu „unsichtbaren Figuren“, die für die potenziellen Nutzer nicht immer präsent sind. Um die Nähe der Sozialplanung zu den Strukturen und Bedarfen im Sozialraum sicher zu stellen, kann es sinnvoll sein, dass der Sozialplaner als Ansprechpartner auch in der (Fach-) Öffentlichkeit der Sozialräume wahrnehmbar wird.

Den Sozialplaner auf „Streife“ zu schicken, symbolisiert, dass er an lebendigen Orten des Sozialraums (z.B. Spielplätze, Parks, Kulturvereinen) gegenwärtig ist und in den offenen Austausch zu den Bewohnern und zu den Fachkräften der Dienste vor Ort geht. Des Weiteren besteht die Option, dass Sozialplaner bestehende Angebote besuchen und vor Ort über weitere Möglichkeiten informieren.

60. Baustein: Durchführung von Sozialraumbegehungen

Eine Methode zur Analyse von Sozialräumen sind Sozialraumbegehungen.

Im Rahmen von Sozialraumbegehungen wird der Sozialraum bzw. Teile des Sozialraums gemeinsam mit lokalen Akteuren – bspw. Bewohner und/oder wichtige Schlüsselpersonen des Raums – erkundet. Das Interesse liegt dabei ausschließlich auf den Beschreibungen, Wahrnehmungen und Deutungen der Akteure, die anschließend analysiert und in den weiteren Planungsschritten berücksichtigt werden (vgl. Riege; Schubert 2016: 46).

Sowohl hinsichtlich der Durchführung als auch in Bezug auf die Aufbereitung von Sozialraumbegehungen existiert ein breites Methodenrepertoire (s. hierzu vgl. Riege; Schubert 2016: 46f.).

61. Baustein: Nutzung eines Sozialraumgenerators

Mithilfe eines Sozialraumgenerators können versteckte Ressourcen des Sozialraums sowie seiner Bewohner identifiziert und nutzbar gemacht werden.

Ziel der Anwendung des Sozialraumgenerators ist das Erfassen infrastruktureller Gelegenheiten im Sozialraum sowie damit verbundener Kommunikation und persönlicher Bindung. Bei den so aufgedeckten Relationen handelt es sich um wichtige Potenziale eines Sozialraums, da sie die zentralen, natürlichen Kontaktpunkte der Bewohner darstellen und als Brücken zur sozialen Infrastruktur genutzt werden können

(Schubert; Veil 2014).

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier48_oeffna_handlungsleitfaden.pdf

62. Baustein: Wissenschaftliche Begleitung von Planungsprozessen

Eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation von Planungsprozessen durch Hochschulen oder Institute ermöglicht die Einbettung in einen größeren Forschungs- und Entwicklungszusammenhang. Sie dient zum einen als Legitimation der Praxis durch die Wissenschaft, zum anderen ermöglicht sie es, Praxiserfahrungen zu reflektieren und mit bestehenden Theorien der Wissenschaft in Bezug zu setzen (vgl. Kessl; Reutlinger 2013: 13).

So kann die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Instituten unter anderem die Generierung neuen Wissens hinsichtlich der Definition von Sozialräumen, die Entwicklung von Sozialindikatoren und die Datenerhebung in der Kommune voranbringen. Hochschulen können außerdem die Funktion eines Moderators übernehmen und als externer Akteur das Planungsgeschehen neutral koordinieren und begleiten.

Ein Beispiel für eine solche Kooperation zwischen Gebietskörperschaft und Wissenschaft ist das Forschungsprojekt „KIGS“ (von der KiTa zur Grundschule), das von der Fakultät für Erziehungswissenschaften der Universität Bielefeld wissenschaftlich begleitet und evaluiert wird (vgl. Universität Bielefeld 2016). Der Kreis Heinsberg kooperiert zwecks der Erhebung von Daten mit Hochschulen in Münster und Aachen (vgl. Fachhochschule Münster 2008; Kreis Heinsberg, der Landrat 2016a).

Das Projekt „Nachsorge, Überleitungs- und Zugangsmanagement an der Schnittstelle von Akutversorgung und geriatrischer Rehabilitation“ stellt ein Beispiel für die Zusammenarbeit von Instituten und Gebietskörperschaften dar: Das Projekt wurde im Zeitraum von 2004 bis 2007 vom Wiesbadener Netzwerk für geriatrische Rehabilitation (GeReNet) unter wissenschaftlicher Begleitung des Instituts für Gerontologie der Universität Heidelberg durchgeführt (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit 2006).

63. Baustein: Regulierung der Sozialplanung über Angebot und Nachfrage

Diesem Baustein liegt die Annahme zugrunde, dass alles – auch die Sozialplanung – einen Preis hat. In Verbindung mit der Aufforderung, die Sozialplanung als eigenständiges System anzusehen, könnte sie ebenso wie das Wirtschaftssystem über Angebot und Nachfrage gesteuert werden.

Bei einer Übertragung des Prinzips von Angebot und Nachfrage auf die Sozialplanung sind die Bürger Kunden, die die Nachfrage über den Kauf von Produkten und Dienstleistungen (im übertragenen Sinne Angebote und Maßnahmen) regeln. Die sozialen Einrichtungen und Dienste hingegen sind für die Bereitstellung der Güter sowie die Festlegung ihres Preises zuständig. Der Sozialplanung kommt in diesem Bild die Aufgabe zu, das Erreichen des Gleichgewichtspreises, also der Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage, zu fördern. Hierzu zählen insbesondere die Erhebung der Bedarfe der Kunden und deren Vermittlung an die Anbieter.

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_tagungsdokumentation_23_06_2016.pdf

64. Baustein: Einführung eines persönlichen Planungsbudgets

Um eine möglichst zielgerichtete und bedarfsdeckende Sozialplanung gewährleisten zu können bietet es sich an, ein System zu entwickeln, in welchem dem Nutzer ein Budget zur Verfügung gestellt wird, das er –

je nach Bedarf – für Hilfeleistungen verwenden kann.

In Form persönlicher Planungsbudgets können Nutzer so bspw. eigenständig Leistungen auswählen und finanzieren. Die Verantwortung und die Entscheidungsmacht hinsichtlich der Wahrnehmung und somit des Erhalts bzw. der Eliminierung von Angeboten liegt folglich in ihrer Hand. Auf diesem Weg kann das Selbstverständnis der Bürger, Inhaber des Sozialraums zu sein, gestärkt werden.

65. Baustein: Anerkennung der Bürger als Teilhaber

Der Metapher der „Supermarktkette“ folgend, handelt es sich bei den Bewohnern eines Sozialraums nicht allein um Kunden der Sozialplanung sondern ebenso um Teilhaber. Als Mitglieder der „Genossenschaft Kommune“ sind sie zur Mitwirkung und Mitentscheidung berechtigt. Aufgabe der Sozialplanung ist es demnach nicht nur, das den Kundenwünschen entsprechende „Sortiment“ (die soziale Infra- und Angebotsstruktur) bereitzustellen. Auch der Aufbau einer Beteiligungsstruktur, die den „Genossen“ die satzungsgemäße Mitwirkung und Mitentscheidung ermöglicht, zählt zu ihren Zuständigkeiten.

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_tagungsdokumentation_23_06_2016.pdf

<https://www.deutscher-verein.de/de/empfehlungen-stellungnahmen-2012-empfehlungen-zur-oertlichen-teilhabeplanung-fuer-ein-inklusives-gemeinwesen-1-1528,293,1000.html>

66. Baustein: Aktivierung der Bürger

Auf der Grundlage des Verständnisses, dass Bürger Planungsbeteiligte und „Inhaber“ des Sozialraums sind, geht die Aktivierung der Bürger durch die Sozialplanung einher: Die Stärkung der Selbsthilfekräfte der Nutzer sowie die damit verbundene Schaffung von Strukturen, die ein eigenständiges Handeln der Bewohner ermöglichen, ist Voraussetzung, um das Rollenverständnis der Bürger selbst zu stärken.

Weiterführende Informationen:

<https://www.deutscher-verein.de/de/empfehlungen-stellungnahmen-2011-eckpunkte-fuer-eine-integrierte-sozial-und-finanzplanung-in-kommunen-1-1543,267,1000.html>

<https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/mais/moderne-sozialplanung/1215>

67. Baustein: Stärkung der Nutzerperspektive

Das Planungsgeschehen lebt von der Beteiligung der Bürgerschaft und sollte sich daher an den Bedürfnissen und Lebenslagen der Menschen orientieren (vgl. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. 2011: 11). Die Metapher des „Baums im Raum“ verdeutlicht, dass eine ganzheitliche, passgenaue und flexible Planung bzw. Bedürfnisbefriedigung nur unter Einnahme der Nutzerperspektive möglich ist.

Im Fokus soll stets die Stärkung des „Ichs“ jedes einzelnen Adressaten und daraus folgend eine auf das Individuum zentrierte Planung stehen. Diesem Verständnis nach ist nicht das „Zurechtstutzen“ des Baumes bzw. des Individuums Ziel der Planung, sondern das zur Verfügung-Stellen eines umfassenden Unterstützungs- und Angebotsarrangements, aus dem der Nutzer die für ihn passenden Leistungen auswählen kann.

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_tagungsdokumentation_23_06_2016.pdf

<https://www.deutscher-verein.de/de/empfehlungen-stellungnahmen-2011-eckpunkte-fuer-eine-integrierte-sozial-und-finanzplanung-in-kommunen-1-1543,267,1000.html>

68. Baustein: Klare Kommunikation von Beteiligungsmöglichkeiten

Beteiligungsmöglichkeiten sollen nicht nur über verschiedene Kanäle und Medien verbreitet, sondern auch in ansprechender Form kommuniziert werden.

Die Ehrenamt Agentur Essen e.V. hat zu diesem Zweck eine übersichtliche und abwechslungsreiche Homepage gestaltet, die unter anderem Interessierten dazu dient, sich über ehrenamtliches Engagement allgemein sowie über konkrete Möglichkeiten zu informieren (vgl. Ehrenamt Agentur Essen e.V. 2016).

Weiterführende Informationen:

<http://www.ehrenamtessen.de/>

69. Baustein: Aufbau formeller und informeller Kommunikationskanäle

Die Diskrepanz zwischen den Maßnahmen und Angeboten, die von der Sozialplanung entwickelt werden, und den tatsächlichen Interessen und Bedürfnissen der Nutzer entsprechen, fordert den Aufbau einer weitreichenden Kommunikationsstruktur.

Sozialplanungsstellen können ihren Nutzern über verschiedene Medien Informationen über Angebote oder Maßnahmen zukommen lassen. Neben formellen Kommunikationskanälen, wie Konferenzen und Runden Tischen sollen dabei auch virtuelle Wege, bspw. über soziale Netzwerke genutzt werden. Einen niederschweligen Zugang zu den Nutzern bietet zudem die Organisation von Informationstagen, Gesprächskreisen oder anderweitigen Veranstaltungen. Dieser informelle Zugang ermöglicht es, die Präsenz in der Öffentlichkeit zu stärken und die Zugangsbarrieren für neue Nutzer zu verringern.

Weiterführende Informationen:

<https://www.deutscher-verein.de/de/empfehlungen-stellungnahmen-2011-eckpunkte-fuer-eine-integrierte-sozial-und-finanzplanung-in-kommunen-1-1543,267,1000.html>

70. Baustein: Nutzung der neuen Medien

Sozialplanung bietet über ein breites Repertoire an Beteiligungsmöglichkeiten viele Chancen für eine effektive Bürgerbeteiligung (vgl. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. 2011: 11). Um insbesondere auch jüngere Bewohner eines Sozialraums an Planungsprozessen zu beteiligen, bietet sich die Nutzung der neuen Medien an. Hierunter fallen insbesondere das Internet und die dort vorzufindenden Dienste. Über Social Media wie Facebook und Twitter können Informationen zeitnah und mit hoher Reichweite kommuniziert und virtuelle Netzwerke geknüpft werden. Auch Foren bieten die Möglichkeit eines virtuellen Austauschs. Zudem können über verschiedene Online-Tools Befragungen durchgeführt werden.

Analoge Zugänge müssen zwar weiterhin beibehalten werden, um allen Nutzergruppen gerecht werden zu können, doch wird ein sicherer Umgang mit webbasierten Medien für den Sozialplaner immer wichtiger. So kann bspw. die Angebotswahrnehmung im Sozialraum durch eine gute Internetpräsenz gestärkt werden.

Um die Medienkompetenzen für die Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation mit dem Nutzer, Informationsbeschaffung etc. zu erhöhen, kann der Umgang mit den neuen Medien im Rahmen einer Aus- oder Weiterbildung von Sozialplanern gefördert werden.

71. Baustein: Virtuelle Beteiligung

Über virtuelle Beteiligungsformen können insbesondere jüngere Menschen angesprochen werden. Im Bezirk Altona der Stadt Hamburg befindet sich zu diesem Zweck eine Homepage im Aufbau, über die Kinder und Jugendliche Informationen zu Projekten, Dokumentationen von Veranstaltungen sowie Informationen über Entwicklungen in den Sozialräumen Altonas abrufen können (vgl. Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2016b).

Aber auch für ältere Bürger können virtuelle Beteiligungsmöglichkeiten von Interesse sein. Aus diesem Grund haben Senioren der Stadt Ahlen die Möglichkeit, sich online über städtische Angebote und Aktivitäten sowie über die aktive Mitwirkung in Projekten zu informieren. (vgl. Stadt Ahlen 2016).

Weiterführende Informationen:

www.senioren-ahlen.de

72. Baustein: Parallele Anwendung unterschiedlicher Beteiligungsformen

Befragungen, Sozialraumkonferenzen, Runde Tische und Arbeitskreise bilden keinen Kontrast, sondern sind durchaus – in gegenseitiger Ergänzung – parallel anwendbar. Eine zielgerichtete Auswahl passender Instrumente und deren langfristige Implementierung stellen einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer partizipativen Sozialplanung dar.

73. Baustein: Schaffung öffentlicher Begegnungsmöglichkeiten

Um Potenziale im Sozialraum sowie Ressourcen der Bewohner zu identifizieren und zu aktivieren, werden Räume, die Begegnung und Austausch ermöglichen, geschaffen.

Eine öffentliche Begegnungsmöglichkeit kann bspw. ein „Stadtteilwohnzimmer“ sein, das allen Bewohnern eines Sozialraums offen steht und bei vertrauter Atmosphäre zum Gespräch einlädt. Auf diesem Weg können sowohl Sozialplanung und Bewohner als auch die Menschen im Sozialraum untereinander in einen Dialog treten, gegenseitige Stärken und Potenziale erforschen und diese bei entsprechendem Bedarf nutzbar machen.

Auch ein Stadtteil-Café kann ein Ort für den Austausch, Anlaufstelle und Raum für Veranstaltung der Bürgerpartizipation darstellen. Sie vereinen mehrere Funktionen: Zum einen können sie Ort der dezentralen Verankerung der Sozialplanung im Sozialraum sein und somit Anlaufstelle für Bürger, die Kontakt zur Sozialplanung aufnehmen möchten. Zum anderen können sie als Treffpunkt für Vereinigungen, Selbstorganisationen und Arbeitskreise im Sozialraum dienen. Auch Veranstaltungen im Zuge der Bürgerbeteiligung können hier ausgerichtet werden.

74. Baustein: Durchführung von Informationsoffensiven

Informationsoffensiven eignen sich, um den Informationsfluss in Bezug auf Krankheiten, Behandlungs- und Therapieansätze, Hilfs- und Leistungsangebote etc. zu intensivieren. Informationsoffensiven können beispielsweise im Rahmen von Veranstaltungsreihen (z.B. Informations-, Thementage oder -wochen) durchgeführt werden. Bürgerinformationsveranstaltungen dienen dem kommunikativen Austausch und Information zwischen den Fachkräften der öffentlichen Verwaltung und Bürgern. Sie sollen stets für alle Zielgruppen zugänglich sein.

Auch eine regelmäßige Einladung der Bürger im Rahmen eines „Tags der offenen Sozialplanung“ kann dazu führen, dass der kommunikative und informative Austausch zwischen Sozialplanung und Bürgern intensiviert wird. Des Weiteren sind regelmäßige Informationsveranstaltungen der Sozialplanung, z.B. auf Wochenmärkten, in Einkaufszentren, auf Messen und Weihnachtsmärkten denkbar. Damit möglichst viele

Bürger erreicht werden, ist es wichtig, im Vorfeld der Veranstaltung großflächig Werbung zu betreiben. Die Teilnahme an den Veranstaltungsreihen soll für die Bürger kostenfrei sein. Um die Reichweite zu erhöhen, können auch die neuen Medien oder der öffentlich-rechtliche Rundfunk bzw. lokale Tageszeitungen genutzt werden.

Kontinuierliche Informationsoffensiven können dazu beitragen, nicht nur über verschiedene Krankheitsbilder umfassend zu informieren sondern auch dafür zu sensibilisieren. Auf diese Weise kann das Verständnis der Gesellschaft für verschiedene Krankheitsbilder und die Betroffenenperspektiven systematisch gestärkt werden. Die Veranstaltungsreihen eignen sich, um auch Behandlungs- und Therapiemöglichkeiten vorzustellen. Individuelle Beratungsgespräche vor Ort durch Experten dienen der Information. In diesem Kontext können auch konkrete Hilfsangebote vermittelt und bekannt gemacht werden.

Die Stadt Bielefeld veranstaltet regelmäßig Bürgerinformationsveranstaltungen (vgl. Stadt Bielefeld, Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention 2014), zum Beispiel für interessierte Pflegeelternbewerber (vgl. Stadt Bielefeld, Der Oberbürgermeister 2016a).

Auch Werbekampagnen können dazu beitragen, bspw. über Krankheitsbilder zu informieren und zu sensibilisieren. Werbekampagnen können im Fernsehen oder lokalen Tageszeitungen und im öffentlichen Raum (z.B. auf Plakaten und Litfaßsäulen) veröffentlicht werden und somit viele Bürger erreichen.

Weiterführende Informationen:

<http://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/PlattformInklusionsImpulse1DokuTeil1.pdf>

75. Baustein: Einführung von Sozialplanungsteams

„Sozialplanungsteams“ setzen sich aus je einem Sozialplaner sowie einigen freiwilligen, gewählten und im Sozialraum lebenden Bürgern zusammen.

Diese Bürger eröffnen der Sozialplanung den Zugang zu bestehenden Netzwerken im Sozialraum, um diese in die Planung einbeziehen zu können. Gleichzeitig vermittelt das Gremium dem Sozialplaner lokales Wissen über den Sozialraum und dessen Bewohner; es vertritt in allen Planungsprozessen die Nutzerseite. Die Kompetenzen des Sozialplaners können im Rahmen eines Sozialplanungsteams durch das Wissen der Bürger erweitert werden, so dass die Planung einen ganzheitlicheren Blick einnehmen kann.

Das Maß des Einbezugs von Bürgern in die Sozialplanung soll gemeinsam besprochen und an deren zeitliche Ressourcen angepasst werden.

76. Baustein: Durchführung von Sozialraumgesprächen

In Form von Sozialraumgesprächen können Akteure des Sozialraums zusammengebracht und ein fach- und organisationsübergreifender Austausch angeregt werden.

In den fünf Stadtbezirken der Stadt Gelsenkirchen finden seit 2010 jährlich Sozialraumgespräche statt. Als Gesprächsgrundlage dienen dabei aktuelle kleinräumige Daten der Sozialberichterstattung, die gemeinsam analysiert und diskutiert werden. Auf diesem Weg können Informationen über Entwicklungen im Sozialraum verbreitet und das Erfahrungswissen sozialräumlicher Akteure eingeholt werden (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Der Oberbürgermeister 2016).

Weiterführende Informationen:

https://stadterneuerung.gelsenkirchen.de/Gesamtstaedtsche_Themen/Sozialraumgespraeche_in_GE.asp

77. Baustein: Wahl von Planungs-/Sozialraumsprechern

Gremien und Vertreter, die Meinungen und Vorstellungen der sozialräumlichen Bevölkerung repräsentieren, können die lokale Autonomie sowie deren Wahrnehmung durch Verwaltung und Politik stärken. Ein Instrument hierfür kann die Wahl von Planungsraumsprechern sein.

Im Landkreis Görlitz, der nach Planungsräumen gegliedert ist, werden im Rahmen der Planungsraumkonferenzen Sprecher gewählt. Sie dienen zum einem als Ansprechpartner – sowohl für die Akteure im Planungsraum als auch für die Sozialplanung – und koordinieren zum anderen die Planungsraumkonferenzen. Im Landkreis Görlitz handelt es sich bei diesen Sprechern in der Regel um Vertreter freier Träger, die für den mit der Sprecherwahl einhergehenden Mehraufwand eine finanzielle Entschädigung erhalten (vgl. Landkreis Görlitz, Dezernat IV 2010: 20f.).

Das Modell der Görlitzer Planungsraumsprecher lässt sich auch auf Sozialräume übertragen: Im Rahmen von Sozialraumkonferenzen können bspw. Sprecher gewählt werden, die die Bevölkerung gegenüber anderen Sozialräumen, der Politik und der Verwaltung vertreten.

Erstrebenswert erscheint hier die Wahl eines Bewohners als Sprecher, da dieser aus eigener Erfahrung mit den Besonderheiten des Sozialraums und seiner Bevölkerung vertraut ist. Sozialraumkonferenzen bieten sich als Ort für eine solche Wahl an.

Weiterführende Informationen:

http://www.integrierte-sozialplanung.de/downloads/rahmenplan_isp.pdf

78. Baustein: Durchführung von Bürger-/Nutzerbefragungen

Bürgerbefragungen haben nicht nur die Funktion, Bürger an Entscheidungen der öffentlichen Verwaltungen zu beteiligen, sondern sind darüber hinaus auch ein Kommunikationsmittel, das zur systematischen Bedarfsplanung eingesetzt wird. Über die Bürgerbefragung lassen sich der kommunikative und informative Austausch zwischen Sozialplanung und Bürger intensivieren. Die Ergebnisse der Befragungen können nicht nur in zukünftige Planungsprozesse miteinfließen, sondern auch zu einer Enttabuisierung und Sensibilisierung führen.

Vor allem Befragungen, die als fester Bestandteil in das Vorgehen der Sozialplanung aufgenommen werden, können der kontinuierlichen Beteiligung der Menschen im Sozialraum dienen. Gleichzeitig können sie den Startpunkt einer längerfristigen Kommunikation darstellen und in diesem Zuge eine Vertrauens-ebene auf- und Hemmschwellen abbauen.

Bspw. finden in München im Sinne eines partizipativen Vorgehens regelmäßig Bürgerbefragungen statt (Thema: Soziale Entwicklung und Lebenssituation der Münchner Bürger). Die Ergebnisse beeinflussen zukünftige Planungsschritte (vgl. Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2011: 4).

Die Städteregion Aachen sieht sich als Region der Beteiligung und Teilhabe. So wurden im Jahr 2011 in Kooperation mit der „Stiftung Kathy Beys“ 250 Bürger zu ihren Vorstellungen, Gewissheiten, Unsicherheiten, Wünschen und Sorgen befragt. Nach der Auswertung wurde anhand der Interviewergebnisse ein Buch zum Thema Zukunftsszenarien erarbeitet (vgl. Städteregion Aachen, der Städteregionsrat 2011: 74ff.).

Weiterführende Informationen:

<https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/informieren/methoden/buergerbefragung/>

79. Baustein: Implementierung von Runden Tischen

Runde Tische zielen auf die Vernetzung und den Austausch im Sozialraum ab und können der Sozialplanung als Plattform für Beteiligungsprozesse dienen.

Sie sind zumeist themen- und/oder zielgruppenspezifisch und fördern insbesondere den Netzwerkaufbau auf fachlicher und professioneller Ebene. In der Regel bestehen Runde Tische aus einem festen Personenkreis. Interessierten und Betroffenen steht die Teilnahme üblicherweise ebenfalls offen. Zudem können zur Bearbeitung bestimmter Themen Experten eingeladen werden. Die Abstände der Treffen Runder Tische variieren stark, häufig finden sie monatlich bis vierteljährlich statt.

Runde Tische existieren bspw. in der Altenhilfe und der Jugendhilfe.

80. Baustein: Implementierung von Beiräten

Beiräte können sowohl in der Politik als auch in Organisationen, Institutionen und Vereinen ins Leben gerufen werden. Ihre Funktion ist die Beteiligung von Anspruchsgruppen und Experten an Entscheidungsprozessen und im Umkehrschluss die Beratung der Entscheidungsträger durch das vertiefte Wissen der Beiräte.

Bekannte Beispiele für Beiräte sind Elternbeiräte in Schulen sowie Seniorenbeiräte als politisches Gremium. Zudem existieren Kinder- und Jugendbeiräte, deren Funktion darin besteht, Kinder und Jugendliche an kommunalpolitischen Prozessen zu beteiligen. Gewählte Vertreter der Kinder und Jugendlichen einer Kommune prüfen in diesem Zuge bspw. Projekte, unterbreiten Vorschläge, wie die Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigt werden können und bringen Anträge und Beschlussvorlagen zu Themen ein, die Kindern und Jugendlichen wichtig sind. Außerdem sollen Probleme und Schwierigkeiten von Kindern und Jugendlichen aufgedeckt und in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Das im Bezirk Altona der Stadt Hamburg erarbeitete Handlungskonzept „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ sieht in diesem Zusammenhang beispielsweise den Aufbau einer Beteiligungsstruktur in Form eines Kinder- und Jugendbeirats vor, der einen regelmäßigen Austausch ermöglicht (Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2010: 10).

Weiterführende Informationen:

<http://www.hamburg.de/contentblob/4047334/data/download-strategiepapier.pdf>

81. Baustein: Implementierung von themenspezifischen Arbeitsgruppen, -kreisen, Werkstätten und Konferenzen

Themenspezifische Arbeitskreise, Werkstätten und (Zukunfts-)Konferenzen können sowohl fest implementiert als auch kurzfristig zur Bearbeitung akuter Thematiken initiiert werden – ein punktueller Einsatz von Werkstätten (Workshops) ist bspw. zur partizipativen Erarbeitung von Zielen und Themen sinnvoll, während ein monatlich stattfindender Arbeitskreis zur Strategieentwicklung der Sozialplanung beitragen kann. Ebenso unterschiedlich ist die Gruppe möglicher Teilnehmer: Sowohl Arbeitskreise mit Experten als auch Werkstätten, die allen Interessierten offenstehen, sind denkbar. Je nach Zielsetzung können sie somit der Beteiligung von Fachpersonen, anderweitigen Akteuren oder Bewohnern im Sozialraum dienen. Um bspw. den Austausch zwischen verschiedenen Stakeholdern zu fördern und das Verständnis für die unterschiedlichen lebensweltbedingten Perspektiven zu erhöhen, können Arbeitskreise eingerichtet werden, die aus Vertretern der Politik, Sozialplanung und Bevölkerung bestehen.

Die Landeshauptstadt Magdeburg fördert bspw. die Bildung von Arbeitsgruppen, die sich regelmäßig mit den aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen der Stadtteile befassen und an dem Ausbau und der Festigung stadtteilbezogener Netzwerke arbeiten. Auf diese Weise werden Bürger und Fachkräfte ver-

schiedener Fachgebiete zusammengebracht und erarbeiten auf der Basis ehrenamtlicher Arbeit innovative Konzepte für die Sozialplanung (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, Stabsstelle für Jugendhilfe, Sozial- und Gesundheitsplanung 2016).

Im Lahn-Dill-Kreis richtet die Arbeitsgruppe „Altenhilfeplanung“ im Sinne eines beteiligungsorientiertes Vorgehens alle zwei Jahre eine Kreispflegekonferenz aus, zu der Beschäftigte, Ehrenamtliche und Bürger eingeladen werden. Ziel ist die Diskussion aktueller Themen aus den Handlungsfeldern Altenhilfe und Seniorenpolitik (vgl. Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis 2016).

Zudem dient die „AG Finanzen Soziales“ der Städteregion Aachen als Beispiel, in der Vertreter der Verwaltung der Städteregion Aachen und drei regionsangehörige Kommunen (z.B. Bürgermeister, Sozialdezernent, Kämmerer) ressort- und fachbereichsübergreifend zusammenarbeiten. Aufgabe der AG ist es, die zehn regionsangehörigen Kommunen regelmäßig über die Entwicklung im Sozialbereich zu informieren und die Möglichkeit einer Beteiligung zu eröffnen (vgl. Städteregion Aachen, der Städteregionsrat 2011: 64f.).

Weiterführende Informationen:

<http://www.magdeburg.de/Start/B%C3%BCrger-Stadt/Leben-in-Magdeburg/Soziales/Sozialplanung>

<http://www.lahn-dill-kreis.de/buergerservice/soziales/aeltere-menschen/kreispflegekonferenz/>

82. Baustein: Implementierung von Planungs-/Sozialraum-/Stadtteilkonferenzen

Das Aufbrechen von Grenzen zwischen Ressorts, Kulturen, Religionen und Generationen in Form von Netzwerken bildet eine gute Grundlage für eine ganzheitliche Planung im Sozialraum. Dabei kann bspw. in Form von Planungs-/Sozialraumkonferenzen die kontinuierliche Kommunikation im Sozialraum und damit einhergehend die Beteiligung von Bewohnern gefördert werden.

Planungsraum-/Sozialraum-/Stadtteilkonferenzen finden in regelmäßigen Abständen, oftmals halbjährlich statt. Zur Teilnahme sind meist alle Akteure und Bewohner des Sozialraums eingeladen. Dabei ist zu beachten, dass der Zugang nicht nur Akteuren oder Zielgruppen möglich sein darf, die sich im Sozialraum engagieren. Planungs-/Sozialraum-/Stadtteilkonferenzen sollen multidimensional angelegt sein und mögliche Zugangsbarrieren von Beginn an thematisieren und minimieren. Der frühzeitige Kontakt zu Organisationen und Vereinen vor Ort, zu informellen Zusammenschlüssen der Bewohner wie Migrantenselbstorganisationen und zu weiteren Schlüsselpersonen und Multiplikatoren im Sozialraum kann bei der Identifizierung möglicher Hemmnisse sowie bei der Informationsweitergabe hilfreich sein.

Die Moderation von Planungs-/Sozialraum-/Stadtteilkonferenzen kann von lokalen Schlüsselpersonen, der Sozialplanung oder anderen Koordinationskräften im Sozialraum übernommen werden. Im Fokus stehen dabei in der Regel Themen, die für den Sozialraum und die Anwesenden relevant sind. Zudem können Maßnahmen und Veranstaltungen partizipativ geplant und strategische Entscheidungen hinsichtlich der Weiterentwicklung des Sozialraums getroffen werden. Planungs-/Sozialraum-/Stadtteilkonferenzen können auf diesem Weg als Gremium dienen, das die Wahrnehmung des Sozialraums als eigenständiger Gebietskörper durch Politik und Verwaltung fördert. Damit sie jedoch zu einem politisch ernstgenommenen Instrument avancieren können, sind eine Kontinuität der Konferenzen sowie die Weitergabe von besprochenen Informationen an die Politik von besonderer Bedeutung.

Im Landkreis Görlitz liegt der Schwerpunkt von Planungsraumkonferenzen auf der Vernetzung der Ansprechpartner in den Regionen. Die Teilnahme steht allen Interessierten offen. Träger und Einrichtungen, die vom Landkreis gefördert werden, sind allerdings zur Mitwirkung verpflichtet (vgl. Landkreis Görlitz, Dezernat IV 2010: 17ff.).

In Gelsenkirchen veranstaltet das Stadtteilbüro „Südost“ regelmäßig Stadtteilkonferenzen und lädt die

Bürger unter dem Slogan „Bürger als Experten“ ein, um den Kommunikations- und Informationsfluss zu erhöhen (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung 2015: 10).

Weiterführende Informationen:

http://www.integrierte-sozialplanung.de/downloads/rahmenplan_isp.pdf

http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Projektgebiete/Suedost/_Doc/Orangeplatz.pdf

83. Baustein: Durchführung von regionalen Sozialforen

Bei einem regionalen Sozialforum handelt es sich um ein offenes Treffen beispielsweise von Vertretern von Organisationen, Vereinen und Verbänden einer Region. An manchen Sozialforen nehmen auch Bürger teil.

Um einen kontinuierlichen Austausch zwischen dem Landkreis und den Gemeinden sicherzustellen, finden im Landkreis Potsdam-Mittelmark beispielsweise zweimal jährlich regionale Sozialforen statt. Die Beteiligungsprozesse werden von der Sozialplanung des Landkreises organisiert und durchgeführt (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und Operatives Sozialcontrolling 2013: 5).

Für die offenen und thematischen Foren eignen sich beispielsweise Großgruppenverfahren, zu denen unter anderem das Open Space, die Zukunftskonferenz oder das World Café zählen (vgl. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. 2012: 10).

Weiterführende Informationen:

[http://www.potsdam-](http://www.potsdam-mittel-)
[mittel-](http://www.potsdam-mittel-)

[mark.de/fileadmin/Redakteure/Bilder/Bildung%20%26%20Soziales/PDF/Stand_2013_SPL_SBE_LKPM.pdf](http://www.potsdam-mittel-mark.de/fileadmin/Redakteure/Bilder/Bildung%20%26%20Soziales/PDF/Stand_2013_SPL_SBE_LKPM.pdf)

<https://www.deutscher-verein.de/de/empfehlungen-stellungnahmen-2012-empfehlungen-zur-oertlichen-teilhabepanung-fuer-ein-inklusive-gemeinwesen-1-1528,293,1000.html>

84. Baustein: Einrichten von Seniorenbüros

Seniorenbüros fungieren als Anlaufstelle für Bürger, um sie über verschiedene Themen und Hilfsangebote zu informieren (z.B. Hilfen im Alltag und in der Pflege; wohnortnahe Kooperationen; Präventionsangebote und barrierefreies Wohnen). Sie befinden sich in der Regel im Stadtbezirk und sind für die Bürger fußläufig erreichbar. Angestellte Mitarbeiter beraten die Bürger kostenfrei und trägerneutral zu festgelegten Öffnungszeiten. Um umfassend beraten zu können, sind die Seniorenbüros in der Regel mit anderen Angeboten im Stadtteil vernetzt und über das Hilfsangebot im Sozialraum adäquat unterrichtet.

In den Kommunen Stolberg und Herzogenrath wurden Seniorenbüros errichtet. Diese sollen Senioren als Anlaufstelle dienen und zur Vernetzung der Maßnahmen in der Seniorenarbeit beitragen (vgl. Kreis Aachen 2016: 44).

Weiterführende Informationen:

<http://www.staedteregion->

[aachen.de/wps/PA_CI/resource?contentId=OzEyNTcyREYwMDO1ODY0Q3w3V0xHOFg4NDZNRURBMjAwOTEwMDcxNDA3NTJkZULudGVncmF0aW9uc2tvbnplcHQucGRm](http://www.staedteregion-aachen.de/wps/PA_CI/resource?contentId=OzEyNTcyREYwMDO1ODY0Q3w3V0xHOFg4NDZNRURBMjAwOTEwMDcxNDA3NTJkZULudGVncmF0aW9uc2tvbnplcHQucGRm)

85. Baustein: Erarbeitung (sozialer) Wegweiser

In Form sozialer Wegweiser können Gebietskörperschaften die sozialen Einrichtungen und Institutionen, Angebote und Dienstleistungen in der Region vorstellen. So wird den Nutzern eine Orientierung und die Auswahl bedarfsgerechter Leistungen ermöglicht. Wegweiser, die einen Überblick über die sozialen Einrichtungen und Institutionen sowie die Angebote und Dienstleistungen vor Ort geben, können nicht nur auf Stadt-/Kreisebene erstellt werden. Eine kleinräumigere, detaillierte Darstellung ermöglicht und erleich-

tert die Orientierung im Sozialraum und die Auswahl dort verankerter Angebote.

Über Internetportale können themen- und zielgruppenspezifische Institutionen und Hilfsangebote vermittelt werden. Der Vorteil eines virtuellen Wegweisers besteht in der Möglichkeit, schnell auf die gewünschten Informationen zugreifen zu können. Ein virtueller Wegweiser dient insbesondere der Reduktion von Informationsdefiziten auf Seiten der Bevölkerung.

Die Stadt Unna beispielsweise hat einen virtuellen Wegweiser für Senioren erstellt, dem interessierte oder hilfeschuchende Senioren Informationen über Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangebote entnehmen können (vgl. Kreis Unna, der Landrat 2015b).

Seit dem Jahr 2000 schreibt die Sozialplanung des Landkreises Schmalkalden-Meiningen alle zwei Jahre einen „Sozialen Wegweiser“ fort. Dieser bietet den Bürgern eine Orientierungshilfe bei der Suche nach öffentlichen und privat organisierten sozialen Dienstleistungen (vgl. Landratsamt Schmalkalden-Meiningen, Fachbereich Soziales, Jugend und Gesundheit 2014).

Weiterführende Informationen:

http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis_region/leben_im_kreis/senioren.html

86. Baustein: Gründung von Netzwerken

Netzwerke lassen sich metaphorisch als abgegrenzte Menge von Knoten und als Menge der zwischen ihnen verlaufenden Bänder beschreiben: die Knoten repräsentieren die Akteure und die Bänder ihre Beziehungen (vgl. Schubert 2008: 34). Mit dem Begriff der Vernetzung wird die Verbindung der Knoten eines Netzwerks beschrieben, das über Beziehungen strukturiert wird (vgl. ebd.: 35). Im Vordergrund stehen die Verbundenheit zwischen den Akteuren und der Prozess der Beziehungspflege, die das Verhalten, die Interdependenz, die Intensität der Kopplung und die Macht der Akteure bestimmt (vgl. Springer Gabler Verlag, Gabler Wirtschaftslexikon 2016e).

Eine der zentralen Aufgaben der Sozialplanung ist der Auf- und Ausbau von Netzwerken zu lokalen und externen Stakeholdern. Der Austausch zwischen den Fachbereichen und Planungsstellen soll zur Vereinbarung und zur Angleichung von Qualitätsstandards führen. Eine zentrale Koordination ermöglicht die zielorientierte Zusammenfügung und die Bündelung gemeinsamer Aktivitäten und Interessen. Der Zusammenschluss bzw. ein Netzwerk der verschiedenen lokalen Schlüsselpersonen, Institutionen, Vereine und Projekte steigert die Reichweite der sozialplanerischen Aktivitäten.

Als Beispiel für ein Netzwerk, das über die Verwaltung hinausreicht, kann das „GeReNet.Wi“ (Netzwerk für geriatrische Rehabilitation) der Stadt Wiesbaden genannt werden (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, der Oberbürgermeister 2016b).

Die „Kommunale Konferenz Alter und Pflege“ im Kreis Heinsberg fungiert ebenfalls als Netzwerkbeispiel. Vertreter der örtlichen Einrichtungen und Institutionen kommen regelmäßig zusammen, um gemeinsam Entscheidungen bezüglich der Altenhilfe- und Pflegeplanung im Kreis zu treffen und ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen (vgl. Kreis Heinsberg, der Landrat 2016b).

Im „SINN-Netzwerk“ (Senioren in Neuen Netzwerken) haben die Stadt Ahlen sowie der Verein für Alter und Soziales e.V. die Trägerschaft übernommen. Im Vordergrund des Netzwerks stehen der Austausch von Informationen, die Planung gemeinsamer Projekte sowie das Schließen von Kooperationen. Über 150 Angebote werden über die Homepage des SINN-Netzwerks vermittelt. Alle Bürger der Stadt Ahlen sind einmal jährlich eingeladen, an einer SINN-Konferenz teilzunehmen (vgl. Stadt Ahlen 2016).

Weiterführende Informationen:

<http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/aeltere-menschen/content/geriatrische->

[rehabilitation.php](#)

www.senioren-ahlen.de

<https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/mais/moderne-sozialplanung/1215>

87. Baustein: Entwicklung von Leitlinien zur Bürgerbeteiligung

Um eine kontinuierliche Beteiligung der Bewohner eines Sozialraums sicherzustellen, kann es sinnvoll sein, Leitlinien zu erarbeiten, die Rahmenbedingungen, Inhalte sowie wichtige Vereinbarungen zum Thema Beteiligung beinhalten. Die Entwicklung der Leitlinien soll dabei bereits unter Beteiligung der Anspruchsgruppen geschehen.

In der Stadt Wiesbaden fanden im Jahr 2015 sechs Workshops zur Entwicklung von Leitlinien zur Bürgerbeteiligung statt. Zur Teilnahme waren alle Bürger sowie Vertreter der Politik und der Verwaltung eingeladen. Ein Workshop richtete sich speziell an Jugendliche der Stadt.

Im Rahmen der Workshops wurde unter anderem festgelegt, was Bürgerbeteiligung in Wiesbaden bedeutet und umfasst, welche Zuständigkeiten bestehen und wie Informationen und Entscheidungen kommuniziert werden sollen. Sozialräumliche Besonderheiten von Beteiligungsprozessen wurden im Rahmen eines Workshops erörtert, der sich mit Bürgerbeteiligung auf Stadtteilebene befasste (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Der Oberbürgermeister 2016a).

In Anlehnung an die Leitlinien zur Bürgerbeteiligung der Stadt Wiesbaden können auch Absprachen bezüglich anderer planungsrelevanter Thematiken wie bspw. einer bedürfnisorientierten Sozialplanung, entwickelt werden.

Weiterführende Informationen:

<https://www.wiesbaden.de/rathaus/stadtpolitik/buergerbeteiligung/workshops-buergerbeteiligung.php>

88. Baustein: Veröffentlichung von Planungsergebnissen

Planungsprozesse sollen nicht nur partizipativ vorbereitet und durchgeführt werden. Auch die Kommunikation der Ergebnisse gegenüber der Bevölkerung eines Planungs-/Sozialraums ist von Bedeutung. Auf diesem Weg kann die Bereitschaft der Stakeholder zur Mitwirkung gesteigert werden. Außerdem kann den Bürgern und Anbietern über die Präsentation von Ergebnissen verdeutlicht werden, welche Aufgaben die Sozialplanung hat und was sie fachlich leistet. In diesem Zuge empfiehlt sich beispielsweise die regelmäßige Veröffentlichung von Arbeitsergebnissen, Ansätzen, Projekten und Informationen der Sozialplanung. Auch die Bekanntgabe von Partizipationsergebnissen bietet sich an, um Transparenz zu gewährleisten.

Bei der Veröffentlichung von Planungsergebnissen kann sich die Sozialplanung verschiedener Medien bedienen. Denkbar ist beispielsweise eine Übertragung im (lokalen) Fernsehen, in (lokalen) Tageszeitungen oder im Internet. Insbesondere das Internet ist geeignet, um Informationen in einer möglichst hohen Reichweite verfügbar zu machen (z.B. Download auf Websites, Stellungnahmen in Foren, Beteiligung an sozialen Netzwerken wie z.B. Facebook und Twitter).

Die Reihe „Magdeburg sozial“ dient beispielsweise der Vorstellung wichtiger Ergebnisse, neuer Ansätze und Informationen der Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung. Die Materialien stehen als pdf-Dateien zum Download zur Verfügung. In bisher 36 Bänden werden so auch Dokumentationen von Workshops und Fachgesprächen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, Der Oberbürgermeister 2016).

Weiterführende Informationen:

<http://www.magdeburg.de/Start/B%C3%BCrger-Stadt/Leben-in-Magdeburg/Soziales/Sozialplanung>

89. Baustein: Vorstellung der Sozialplanung in verschiedenen Einrichtungen des sozialen und öffentlichen Sektors

Um den Bekanntheitsgrad der Sozialplanung und ihrer Ergebnisse zu erhöhen, ist die regelmäßige Vorstellung in verschiedenen Einrichtungen des Sozialen Sektors (z.B. Seniorenheime, Senioren Cafés, Bürgerzentren) oder im öffentlichen Raum (z.B. Wochenmärkte, Einkaufszentren, Einkaufsmeilen) sinnvoll.

90. Baustein: Förderung ehrenamtlichen Engagements

Die Mitwirkung von Bürgern an Planungsprozessen kann unter anderem durch die Förderung ehrenamtlichen Engagements vorangebracht werden. Durch die Förderung des ehrenamtlichen Engagements wird auch die Beteiligung und somit das Selbstverständnis der Bürger, Inhaber des Sozialraums und Planungsbeteiligte zu sein, gestärkt. Der Planungsprozess sollte in diesem Kontext insbesondere auf die Beteiligung von Selbstorganisationspotenzial und ihrer Kreativität abzielen (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. 2011: 12).

Das Ahlener SINN-Netzwerk (Senioren in Neuen Netzwerken) bietet bspw. in Form von Mitmach-Projekten insbesondere Senioren aber auch anderen Zielgruppen die Möglichkeit, sich ehrenamtlich zu engagieren und so an der Gestaltung der Stadt teilzuhaben (vgl. Stadt Ahlen 2016).

Im Kreis Unna haben zur Stärkung der Seniorenbeteiligung und des Ehrenamtes sowie zur Förderung des Austausches zwischen Altenhilfeorganisationen und Senioren seit 2001 mehrere Kreissenientage und Kreissenienkonferenzen stattgefunden (vgl. Kreis Unna; Zakel 2014).

Weiterführende Informationen:

www.senioren-ahlen.de

<https://www.deutscher-verein.de/de/empfehlungen-stellungnahmen-2011-eckpunkte-fuer-eine-integrierte-sozial-und-finanzplanung-in-kommunen-1-1543,267,1000.html>

91. Baustein: Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte

Um den Schnittstellenproblemen zwischen der Systemwelt fachlicher Dienste und der Lebenswelt der Bürger entgegen zu wirken, ist eine Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte wie z.B. die Einführung eines Lotsenmodells empfehlenswert. Ein Lotse fungiert als „Wegweiser“ und „Vermittler“ zwischen öffentlicher Verwaltung bzw. Sozialplanung und der Lebenswelt der Bürger. In dieser Rolle stellt der Lotse für den Bürger den Anschluss an das bestehende Hilfs- und Informationsangebot des öffentlichen Sektors her. Somit bietet der Lotse eine Orientierungshilfe.

Bürger können die Funktion von Lotsen übernehmen und im Sozialraum Kontakt zu anderen Bürgern aufnehmen, die Fragen zu Hilfs- und Leistungsangeboten etc. haben. Bei der Wahl der Lotsen ist eine Identifikation geeigneter Personen im Vorfeld der Tätigkeitsübernahme wichtig (z.B. Ärzte, Kioskbesitzer), um Missbrauch zu verhindern.

Ein dreidimensionales Lotsensystem setzt sich aus (i) *formellen Lotsen* (professionelle Dienstleister im sozial- und marktwirtschaftlichen Sektor wie z.B. Mitarbeiter ambulanter Pflegedienste oder Pflegestützpunkte), (ii) *informellen Lotsen* (z.B. Familienangehörige, Nachbarn, Kollegen, die sich ehrenamtlich engagieren) und (iii) *intermediären Lotsen* (z.B. Apotheker, Ärzte, Hausmeister von Wohnungsunternehmen) zusammen.

Es handelt sich um ein Infrastrukturmodell von „Wegweisern“, das sowohl die Funktion der Vermittlung von Informationen und Wegen in verschiedenen Feldern des alltäglichen Lebens als auch die Funktion des „Kümmerers“ für die Belange (älterer) Menschen übernimmt. Die Lotsen werden im Vorfeld ihrer Tätigkeitsübernahme im Verlauf einer mehrtätigen Schulung auf ihre Arbeit vorbereitet und sind im Anschluss an die Schulung in der Lage an die richtigen Ansprechpartner (z.B. Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung) themen- und bedarfsspezifisch zu vermitteln. Die Lotsen verfügen nicht nur über fachliche Fähigkei-

ten sondern auch persönliche Kompetenzen, die es ihnen ermöglichen, auf die Bedarfslagen (älterer) Menschen mit passgenauen Informations- und Weitervermittlungsangeboten zu reagieren.

Als Beispiel eignet sich das Referenzprojekt „SONA – Seniorenorientierte Navigation“ der TH Köln, das in Kooperation mit der Stadt Mülheim an der Ruhr in den Jahren 2012 bis 2015 durchgeführt und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der SILQUA-FH-Förderlinie („Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter“) finanziell gefördert wurde. Im Verlauf des Projekts wurden zunächst Themen- und Handlungsfelder festgelegt (z.B. Wohnen, Pflege, ÖPNV) und im Anschluss geeignete Lotsen ausgewählt sowie geschult. Durch die Schulung waren die Lotsen in der Lage, an die richtigen Ansprechpartner („Ankerpersonen“) in den festgelegten Themenfeldern zu vermitteln und somit die Beratungsbedarfe älterer Menschen zu bedienen. Das Lotsensystem konnte im Projektverlauf erfolgreich in die Strukturen der Stadt Mülheim an der Ruhr implementiert werden; es wird von der örtlichen Sozialplanung koordiniert (s. SRM-Arbeitspapier Nr. 56).

Weiterführende Information:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier56_sona_abschlussbericht.pdf

https://www.muelheim-ruhr.de/cms/projektstart_muelheimer_lotsen_sorgen_fuer_gute_nachbarschaft.html

92. Baustein: Einbindung von Multiplikatoren in Planungsprozesse

Häufig geht mit sozialraumorientierten Planungsprozessen der Aufbau neuer Netzwerke einher, obwohl bereits bestehende Netzwerke als Ressourcen des Sozialraums nutzbar gemacht werden könnten. Der Zugang zu solchen Netzwerken kann durch Multiplikatoren erleichtert werden. Sie dienen somit als Vermittler zwischen den Nutzern und der Sozialplanung, weisen auf die Möglichkeiten und Angebote der Sozialplanung hin und können Schnittstellenprobleme reduzieren.

Bei Multiplikatoren handelt es sich in der Regel um Bewohner des Planungs-/Sozialraums, die auf persönlicher oder beruflicher Ebene mit einer großen Anzahl Menschen im Austausch stehen. Ein Kioskbesitzer, die Arztpraxis oder auch der örtliche Bäcker können als Multiplikatoren agieren. In dieser Rolle können sie sowohl als Sprachrohr der Sozialplanung Informationen an die Sozialraumbewohner weiterleiten als auch andersherum den Planern Einblicke in Gegebenheiten, Bedarfslagen und Ressourcen vor Ort geben.

93. Baustein: Gewährleistung eines niederschweligen Zugangs

Der Verwaltung kommt zum einen die Position als Dienstleister zu. Gleichzeitig hat sie die Aufgabe der Administration und Planung. Zum anderen dient sie der Gewährleistung einer Bürgerkommune mit niederschwelligem Zugang.

Dieser kann beispielsweise durch eine Veranstaltung wie „Kultur der offenen Türen“ sichergestellt werden. Eine solche informelle Veranstaltung verringert die Zugangsbarrieren und spricht auch Menschen im Sozialraum an, die bislang keinen Gebrauch von den Angeboten der Sozialplanung gemacht hatten.

94. Baustein: Innovationsoffenheit des Sozialplaners

Sozialplaner sollen sich als innovative Dienstleister verstehen. Neben dem Innehaben einer offenen Haltung für neue Vorgehen, sollen Sozialplaner dieses Verständnis auch nach außen tragen, um die Innovationsbereitschaft anderer Akteure zu fördern.

Sozialplaner stehen vor der Herausforderung auf Wandelprozesse im Sozialraum zu reagieren und bestehende Konzepte neuen Entwicklungen anzupassen. Um als innovativer Dienstleister wahrgenommen zu werden und Veränderungen voranzutreiben, soll die Sozialplanung Pilotprojekten und neuen Methoden

offen gegenüberstehen. Ein weiterer erfolversprechender Faktor ist die Zusammenarbeit mit Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Hier kann wichtiges Wissen bezüglich der Gestaltung von Innovationen generiert werden.

Weiterführende Information:

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/innovationsmanagement.html>

95. Baustein: Aufbau eines verwaltungsinternen Innovationsmanagements

Um auch Ideen, die nicht umgehend umgesetzt werden können, zu sammeln und deren Handhabung zu standardisieren, soll die Sozialplanung ein internes Innovationsmanagement aufbauen. Ein internes Innovationsmanagement legt Standards für die Ausführung, Koordination und Moderation von Weiterentwicklungsprozessen fest. Zur Generierung von Ideen können regelmäßige Workshops das Innovationsmanagement voranbringen.

Die Implementierung eines Innovationsmanagements kann durch die Entwicklung praxisnaher Handlungsrichtlinien die Innovationsprozesse standardisieren. Neben einer sichereren Handhabung von Innovationen können so auch Zeiteinsparungen vorgenommen werden.

96. Aufbau eines verwaltungsexternen Innovationsmanagements

Nicht nur Ideen der Sozialplanung bzw. der Verwaltung selbst sollen festgehalten und genutzt werden. Ein externes Innovationsmanagement bezieht auch Bürger und weitere Akteure vor Ort in die Weiterentwicklung ein. Ideen werden im Rahmen von Werkstätten (Workshops) oder Arbeitsgruppen generiert. Weitere Ideen können durch „schwarze Bretter“ oder „Kummerkästen“ gesammelt und ausgewertet. Wichtig ist dabei jedoch die Verwertung ebendieser Ideen, um den Sinn und die Ernsthaftigkeit der Vorschläge der Bürger und somit des Innovationsmanagements zu verdeutlichen.

97. Baustein: Erarbeitung innovativer Konzepte

Durch die Erarbeitung neuer Sozialplanungskonzepte können Herausforderungen innovativ angegangen werden.

Die Stadt Ahlen entwickelte bspw. das „Ahlener System“, das die Vernetzung der Leitstelle „Älter werden in Ahlen“ und des Vereins „Alter und Soziales e.V.“ in Form von Projekten beinhaltet (vgl. Stadt Ahlen, Sozialabteilung 2007: 8). Auf diese Weise soll die Wirkungskraft der Einzelprojekte verstärkt werden. Das Ahlener System wird als innovative und effektive Arbeitsstruktur für die Weiterentwicklung der Altenarbeit und Seniorenarbeit in der Stadt Ahlen bezeichnet (vgl. Verein Alter und Soziales e.V. 2016).

Weiterführende Information:

http://web1-demnet.dzne.med.uni-greifswald.de//anhang/?display_attachment=1646

98. Baustein: Wahl des richtigen Zeitpunktes für Innovationen

Bei der Planung und Umsetzung von Innovationen spielt die Wahl des Zeitpunktes eine entscheidende Rolle.

Solange bereits erprobte Vorgehen ihren Zweck erfüllen, wird die Innovationsbereitschaft der Beteiligten voraussichtlich gering sein. Dennoch muss auf Veränderungen zeitnah reagiert werden. Deshalb sollen feste Strukturen zur Beobachtung von Veränderungen und zum Umgang mit Innovationen implementiert werden, die eine schnelle Reaktion ermöglichen, wenn herkömmliche Ansätze nicht mehr passgenau sind.

99. Baustein: Nutzung von Gelegenheiten und Veränderungen für Innovationen

Gelegenheiten für Innovationen, die sich bspw. verwaltungsintern durch Umstrukturierungen oder Perso-

nalwechsel und im Sozialraum durch gesellschaftliche Veränderungen ergeben, müssen erkannt und genutzt werden.

Die kontinuierliche Beobachtung verwaltungsinterner und -externer Prozesse ist somit für die Entstehung von Innovationen von Bedeutung.

100. Baustein: Einbezug innovativer Vorgehen anderer Gebietskörperschaften

Durch den Austausch mit anderen Gebietskörperschaften über Möglichkeiten der Innovation und den Vergleich des eigenen Vorgehens mit Modellen anderer Städte können neue Erkenntnisse und Handlungsweisen gewonnen werden. Die Bestandserhebung und Analyse kann entweder von der Sozialplanung oder einem beauftragten Kooperationspartner (z.B. Hochschule, Forschungsinstitut) vorgenommen werden.

Auch der Einbezug anderer Planungsstellen kann neue Anreize für eigene Projekte schaffen und das Handlungsrepertoire der Sozialplanung erweitern.

Weiterführende Informationen:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_gute_beispiele_integrierter_sozialplanung_in_deutschland_fin.pdf

4 Ausblick

Die Module des Modells einer integrierten Sozialplanung sowie deren Bausteine verdeutlichen, welche Aufgaben und Themenbereiche von besonderer Relevanz für eine integrierte Sozialplanung sind:

Hinsichtlich der Dimension des Steuerungsverständnisses in der sozialen Planung stellt sich insbesondere ein politischer Auftrag, der die Planung legitimiert als wichtig heraus. Für seine Klärung empfiehlt sich zum einen der Einbezug der Politik in die Planungsprozesse und zum anderen ein fachbereichs- und ressortübergreifendes Vorgehen. Auf diesem Weg können Synergien genutzt, Parallelstrukturen vermieden und mit einem effektiven und effizienten Vorgehen für die integrierte Sozialplanung vor Ort geworben werden.

Neben diesen zentralen Aufgaben der Sozialplanung gilt es in den Gemeinden und Sozialräumen auch dezentral aktiv zu werden. Voraussetzung hierfür ist die Festlegung der Planungseinheiten, wobei abgesehen von natürlichen, künstlichen und administrativen Grenzen vor allem auch die Nutzerperspektive zu berücksichtigen ist. Des Weiteren sollen Planungsräume stets im Rahmen fachbereichs- und ressortübergreifender Prozesse definiert werden, da auf Basis einer gemeinsamen Planungsgrundlage weiterführende Kooperationen geschlossen werden können.

Auch bei der Erarbeitung und Durchführung der Planungsschritte kommt der Beteiligung aller Stakeholder eine besondere Bedeutung zu, denn unter Einbezug der Nutzerperspektive können bedarfsgerechte, passgenaue Angebote und Maßnahmen entwickelt werden. Im Rahmen umfangreicher Netzwerke in der Gemeinde und im Sozialraum können dabei notwendige Informationen gewonnen und mögliche Barrieren überwunden werden. Ein wertschätzender Umgang mit den Betroffenen sowie die Nutzung bestehender Vernetzungen – bspw. über Multiplikatoren in der Gemeinde und im Sozialraum – sind erstrebenswert.

Sowohl bei der Entwicklung von Maßnahmen als auch bei der Betrachtung der weiteren Planungsschritte ist ein innovatives Vorgehen notwendig, um der Vielfalt und Geschwindigkeit aktueller gesellschaftlicher und sozialer Entwicklungen gerecht werden zu können. Die Innovationsbereitschaft aller Beteiligten – insbesondere der Sozialplanung selbst – ist dabei ebenso wichtig wie das Erkennen und Nutzen passender Gelegenheiten.

5 Verzeichnisse

5.1 Literaturverzeichnis

- Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement (2010): Vorläufiges Handlungskonzept Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Bezirk Altona. Online: <http://www.hamburg.de/contentblob/4047334/data/download-strategiepapier.pdf> [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement (2016a): Fachamt Sozialraummanagement. Integrierte Sozialplanung. Online: <http://www.hamburg.de/altona/sozialplanung/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 15.03.2016].
- Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement (2016b): Fachamt Sozialraummanagement. Partizipation. Online: <http://www.hamburg.de/altona/partizipation/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 14.01.2016].
- Bundeszentrale für politische Bildung; Rippin, N. (2015): Verteilungsgerechtigkeit in der Armutsmessung. Online: <http://www.bpb.de/apuz/201657/verteilungsgerechtigkeit-in-der-armutsmessung?p=all> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Caritasverband Wetzlar; Lahn-Dill-Eder e.V.; Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises (2012): Partizipative Sozialplanung im Lahn-Dill-Kreis. Fachtagung. Online: http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/vortraege/2012-11-16_MAIS_Partizipative_Sozialplanung_im_LDK.pdf [letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Deutsche Gesellschaft für Supervision e.V. (2016): Supervision. Online: <http://www.dgsv.de/supervision/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2011): Eckpunkte für eine integrierte Sozial- und Finanzplanung in Kommunen. Online: <https://www.deutscher-verein.de/de/empfehlungen-stellungnahmen-2011-eckpunkte-fuer-eine-integrierte-sozial-und-finanzplanung-in-kommunen-1-1543,267,1000.html> [letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2012): Empfehlungen zur örtlichen Teilhabepflicht für ein inklusives Gemeinwesen. Online: <https://www.deutscher-verein.de/de/empfehlungen-stellungnahmen-2012-empfehlungen-zur-oertlichen-teilhabepflicht-fuer-ein-inklusives-gemeinwesen-1-1528,293,1000.html> [letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2016): Das Forum des Sozialen. Online: <https://www.deutscher-verein.de/de/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Drescher, P. (2003): Moderation von Arbeitsgruppen und Qualitätszirkeln: Ein Handbuch. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Ehrenamt Agentur Essen e.V. (2016): Wir machen Helfen möglich. Online: <http://www.ehrenamtessen.de/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 31.03.2016].

- Fachhochschule Münster (2008): Kundenzufriedenheitsanalyse. Messung der Kundenzufriedenheit in den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen im Rahmen des Qualitätsmanagements für den Kreis Heinsberg. Online: http://www.kreis-heinsberg.de/download_redirektor.php?FILEPATH=../../files/&FILE=Ergebnisse%20zur%20Kundenbefragung%20in%20der%20ambulanten%20und%20station%E4ren%20Altenpflege%20im%20Kreis%20Heinsberg.pdf [letzter Zugriff am 13.01.2016].
- Feuerhelm, W. (2007): Evaluation. In: Feuerhelm, W. (Hg.): Taschenlexikon der Sozialarbeit. Wiebelsheim: Quelle und Meyer Verlag. S. 180-181
- Geschäftsstelle Städtenetz Soziale Stadt NRW (2015): Programmhintergrund. Online: <http://www.soziale-stadt.nrw.de/programmhintergrund/> [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Geschäftsstelle Städtenetz Soziale Stadt NRW (2016): Stadtteilmanagement. Online: http://www.soziale-stadt.nrw.de/kooperation_steuerung/stadtteilmanagement.php [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Gesellschaft für Evaluation e.V. (2016): Gesellschaft für Evaluation e.V. Online: <http://www.degeval.de/home/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Gesellschaft für Evaluation e.V. (2016): Selbstevaluation. Online: <http://www.degeval.de/de/publikationen/selbstevaluation/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Humrich, M. (2007): Partizipation. In: Feuerhelm, W. (Hg.): Taschenlexikon der Sozialarbeit. Wiebelsheim: Quelle und Meyer Verlag. S. 455
- Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (2014): Bericht des ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH. Evaluation zum Integrationskonzept der Stadt Aachen. Online: http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/integration/dokumente_pdf/integrationskonzept_evaluation.pdf [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Kessl, F.; Reutlinger, C. (Hg.) (2013): Urbane Spielräume: Bildung und Stadtentwicklung. Wiesbaden: Springer VS.
- Kreis Aachen (2016): Miteinander. Integrationskonzept des Kreises Aachen. Online: http://www.staedteregion-aachen.de/wps/PA_CI/resource?contentId=QzEyNTcyREYwMDQ1ODY0Q3w3V0xHOFg4NDZNRURBMjAwOTEwMDcxNDA3NTJkZUJludGVncmF0aW9uc2tvbnplcHQucGRm [letzter Zugriff am 05.01.2016].
- Kreis Heinsberg, der Landrat (2016a): Leben im Quartier. Online: http://www.kreis-heinsberg.de/cms/front_content.php?idcat=137&ID=665 [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 13.01.2016].
- Kreis Heinsberg, der Landrat (2016b): Kommunale Pflegeplanung (2015-2018). Online: http://www.kreis-heinsberg.de/cms/front_content.php?idcat=137&ID=753 [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 09.02.2016].
- Kreis Unna, der Landrat (2015a): Planung und Mobilität. Online: http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis_region/politik_verwaltung/kreisverwaltung/planung_und_mobilitaet.html [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 19.01.2016].

- Kreis Unna, der Landrat (2015b): Senioren. Online: http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis_region/leben_im_kreis/senioren.html [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 29.12.2015].
- Kreis Unna, der Landrat (2016): Stabsstelle Planung und Mobilität. Online: http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user_upload/Organigramm_PM_neu_19.01.16.pdf [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 08.02.2016].
- Kreis Unna; Zakel, H. (2014): Seniorenbeteiligung, Kreissenientag und Kreissenientenkonferenz. Online: http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user_upload/Kreishaus/kfp/pdf/Kreissenientenkonferenz/Za_KSK_Seniorenbeteiligung_Historie102014.pdf [letzter Zugriff am 29.12.2015].
- Kreis Unna; Zakel, H. (2015): Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2015. Kreis Unna – Der Landrat (Hg.). Online: http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user_upload/Kreishaus/kfp/pdf/Soziales/Pflegebedarfsplan_2015_verabschiedet_10.03.2015.pdf [letzter Zugriff am 29.12.2015].
- Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis (2015): Sozialplanung. Online: http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/de/lebenimlahndillkreis/gesellschaftsoziales/sozialplanung/sozialplanung_1.html [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis (2016): Kreispflegekonferenzen 2016. Online: <http://www.lahn-dill-kreis.de/buergerservice/soziales/aeltere-menschen/kreispflegekonferenz/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Lahn-Dill-Kreis, Sozialplanung (2010): Demographische Entwicklung im Lahn-Dill-Kreis: Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Demographie 2008-2010. Online: http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/berichte_sozialplanung/Demographiebericht_LDK.pdf [letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Land Berlin (2012): Die Organisationseinheiten „Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination des öffentlichen Gesundheitsdienstes“ im Land Berlin. Abschlussbericht der bezirksübergreifenden Arbeitsgruppe „Qualitätszirkel der OE QPK“. <https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/interne-dienste/sozial-und-gesundheitsplanung/gesundheits-und-sozialberichterstattung/artikel.202201.php> [letzter Zugriff am 12.01.2016].
- Landesgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH (2014): Demografiecheck Raum Parchim. Modellvorhaben des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Endbericht. Landkreis Ludwigslust-Parchim. Online: http://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/.galleries/PDF-LUP1/PDF-FD60/Demografiecheck/DemografieCheck_Parchim_Endbericht_Maerz_2014.pdf [letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Landeshauptstadt Hannover, Jugend- und Sozialdezernat (2013): Die Vielfalt Hannovers. Sozialbericht 2013. Soziale Lagen und Soziale Räume. Online: <http://www.hannover.de/content/download/442316/9163576/file/sozialbericht2013.pdf> [letzter Zugriff am 14.01.2016].
- Landeshauptstadt Hannover, Jugend- und Sozialdezernat (2014): Familien in Hannover. Familienmonitoring 2014. Online:

http://www.hannover.de/content/download/510213/11269098/file/komplett-hoch-und-querformat_online_2015-02-02.pdf [letzter Zugriff am 14.01.2016].

Landeshauptstadt Kiel (2013): Kieler Demografiemonitoring. Indikatoren und Grundzahlen. Fortschreibung 2013. Online: <http://www.kiel.de/leben/sozial/demografie/Demografiemonitoring.php> [letzter Zugriff am 30.12.2015].

Landeshauptstadt Kiel (2016): Kieler Demografiestrategie. Online: <http://www.kiel.de/leben/sozial/demografie/demografiestrategie/index.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 10.02.2016].

Landeshauptstadt Kiel; Wichmann, B. (2011): Sozialraumbericht 2011 Gaarden. Online: https://www.kiel.de/leben/sozial/Sozialraumplanung/sozialraumplanung_gaarden/Sozialraumbericht11Gaarden.pdf [letzter Zugriff am 30.12.2015].

Landeshauptstadt Magdeburg, Stabstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung 2016: Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit in Magdeburg. Online: <http://www.magdeburg.de/Start/B%C3%BCrger-Stadt/Leben-in-Magdeburg/Soziales/Sozialplanung> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 19.04.2016].

Landeshauptstadt München, Sozialreferat (2011): Münchner Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2010. Soziale Entwicklung und Lebenssituation der Münchner Bürgerinnen und Bürger. Kurzfassung. Online: <http://www.muenchen.de/rathaus/dms/Home/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/stadtentwicklung/grundlagen/Buergerbefragung-2010-kurz/Bu>

Landeshauptstadt München, Sozialreferat (2012): Kommunale Sozialplanung München. Online: http://www.muenchen.info/soz/pub/pdf/444_kommunale_sozialplanung_muenchen.pdf [letzter Zugriff am 21.12.2015].

Landeshauptstadt München, Sozialreferat (2015): Monitoring für das Sozialreferat. Tabellenband 2013 – 2014. Online: http://www.muenchen.de/rathaus/dms/Home/Stadtverwaltung/Sozialreferat/leitung-zentrale/sozplanung/monitoring-sozialreferat_2014_tabellen.pdf [letzter Zugriff am 21.12.2015].

Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit (2006): Endbericht zur Untersuchung zur Versorgung älterer Menschen nach Klinikaufenthalt in Wiesbaden. Online: https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/gesellschaft-soziales/sozialplanung/Untersuchung_zur_Versorgung_aelterer_Menschen_nach_Klinik.pdf [letzter Zugriff am 02.01.2016].

Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit (2014): Wiesbadener Sozialraumanalyse. Entwicklung der sozialen Bedarfslage in den Stadtteilen. Online: https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/gesellschaft-soziales/sozialplanung/Wiesbadener_Sozialraumanalyse-Entwicklung_der_sozialen_Bedarfslage_in_den_Stadtteilen_korr._Vers._S.118.pdf [letzter Zugriff am 02.01.2016].

- Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für soziale Arbeit (2016): Wiesbadener Sozialatlas. Online: <https://sozialatlas.wiesbaden.de/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 17.02.2016].
- Landeshauptstadt Wiesbaden, Der Oberbürgermeister (2016a): Workshops zu Leitlinien der Bürgerbeteiligung. Online: <https://www.wiesbaden.de/rathaus/stadtpolitik/buergerbeteiligung/workshops-buergerbeteiligung.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 16.03.2016].
- Landeshauptstadt Wiesbaden, Der Oberbürgermeister (2016b): Netzwerk für geriatrische Rehabilitation (GeReNet.Wi). Online: <http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/aeltere-menschen/content/geriatrische-rehabilitation.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Landkreis Görlitz, Dezernat IV (2010): Rahmenplan Integrierte Sozialplanung im Landkreis Görlitz. Online: http://www.integrierte-sozialplanung.de/downloads/rahmenplan_isp.pdf [letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling (2008): Integrierte Sozialplanung im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Online: https://www.kreis-pinneberg.de/pinneberg_media/Dokumente/Sozialplanung/Sozialplanung+Landkreis+Potsdam_Mittelmark-p-9758.pdf [letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling (2010): „Daten für Taten“. Das Konzept integrierter Sozialberichterstattung im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Online: http://www.potsdam-mittelmark.de/fileadmin/Redakteure/Bilder/Bildung%20%26%20Soziales/PDF/Integrierte_Sozialberichterstattung.pdf [letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling (2013): Integrierte Sozialplanung im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Online: http://www.potsdam-mittelmark.de/fileadmin/Redakteure/Bilder/Bildung%20%26%20Soziales/PDF/Stand_2013_SPL_SBE_LKPM.pdf [letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Landratsamt Schmalkalden-Meiningen, Fachbereich Soziales, Jugend und Gesundheit (2014): Jugendförderplan des Landkreises Schmalkalden-Meiningen. Fortschreibung Planungszeitraum 2015 bis 2017. Online: <http://www.lra-sm.de/wp-content/uploads/2015/02/Jugendförderplan-2015-2017.pdf> [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Landratsamt Schmalkalden-Meiningen (2015): Sozialplanung. Online: http://www.lra-sm.de/?page_id=8033 [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Landratsamt Schmalkalden-Meiningen (2016a): Richtlinien des Landkreises Schmalkalden-Meiningen zur Förderung von Maßnahmen der offenen Altenhilfe. Online: http://www.lra-sm.de/wp-content/uploads/2015/02/Richtlinie_zur_Foerderung_von_Ma%C3%9Fnahmen_der_offenen_Altenhilfe.pdf [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 21.01.2016].
- Landratsamt Schmalkalden-Meiningen (2016b): Richtlinie des Landkreises Schmalkalden-Meiningen zur Förderung von Maßnahmen der Jugendarbeit. Online: <http://www.lra-sm.de/wp-content/uploads/2015/02/Richtlinie-Massnahmen-Jugendarbeit.pdf> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 10.02.2016].

- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2016): Sozialberichterstattung NRW - Basis für eine vorausschauende Politik. Online: <http://www.sozialberichte.nrw.de/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Nell, W. (2007): Demographie. In: Feuerhelm, W. (Hg.): Taschenlexikon der Sozialarbeit. Wiebelsheim: Quelle und Meyer Verlag. S. 114
- NRW.ProjektSoziales GmbH (2016): FSA - Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung. Online: <https://www.nrw-projektsoziales.de/fsa> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 17.05.2016].
- Nussbaum, M. C. (2014): Die Grenzen der Gerechtigkeit. Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Pauels, J.; Meister, A. (2014): Zusammenarbeit zwischen Stadtplanung und Sozialplanung im Kreis Unna. In: Sozialplanung und Stadtentwicklungsplanung. Gute Beispiele von Kommunen und Kreisen. Dokumentation der Fachtagung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein Westfalen am 15. November 2013 in Düsseldorf. Online: http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialberichterstattung_nrw/Veranstaltungen/Dokumentation_Sozialplanung_Stadtentwicklungsplanung.pdf [letzter Zugriff am 10.02.2016].
- Petendra, B. (2005): Sozialräumliche Integration von Zuwanderern. Best-practice-Projekte. Online: https://www.schaderstiftung.de/uploads/tx_schaderstiftung/2005_Sozialraeumliche_Integration_best-practice_Petendra.pdf [letzter Zugriff am 05.01.2016].
- Reichwein, A. et al. (2012): Moderne Sozialplanung. Ein Handbuch für Kommunen. Düsseldorf, Eigenverlag des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Online: <https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/mais/moderne-sozialplanung/1215> [letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung; Lahn-Dill-Kreis (2007): Abschlussbericht des Forschungsprojektes „Neustrukturierung und Kommunalisierung sozialer Hilfen in Hessen. Online: http://www.lahn-dill-kreis.de/fileadmin/LDK/Wissenswertes/Planungsberichte/Sozialplanung/Abschlussbericht_des_Forschungsprojektes_Kommunalisierung_Lahn-Dill-Kreis.pdf [letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Riege, M.; Schubert, H. (2016): Einleitung: Zur Analyse sozialer Räume – Ein interdisziplinärer Integrationsversuch. In: Riege, M.; Schubert, H. (Hg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Köln: Verlag Sozial • Raum • Management.
- Sänger, R. (2007): Netzwerk, soziales. In: Feuerhelm, W. (Hg.): Taschenlexikon der Sozialarbeit. Wiebelsheim: Quelle und Meyer Verlag. S. 429-431.
- Schubert, H. (2008): Netzwerkmanagement. Koordination von professionellen Vernetzungen – Grundlagen und Beispiele. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schubert, H.; Veil, K. (2014): Der „Sozialraumgenerator“ als Ableitung aus der egozentrierten Netzwerkanalyse. In: sozialraum.de, Ausgabe 1/2014. Online: <http://www.sozialraum.de/der->

- sozialraumgenerator-als-ableitung-aus-der-egozentrierten-netzwerkanalyse.php [letzter Zugriff am 17.03.2016].
- Schubert, H.; Veil, K.; Vukoman, M. (2014): Öffnung des Wohnquartiers für das Alter Entwicklung einer kommunikativen Informationsinfrastruktur zur Überbrückung struktureller Lücken im Sozialraum Teilbericht: Handlungsleitfaden für die Umsetzung der Informationsinfrastruktur im Wohnquartier. Online: https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier48_oeffna_handlungsleitfaden.pdf [letzter Zugriff am 23.06.2016].
- Schubert, H.; Bremstahler, S.; Papenfuß, K.; Spieckermann, H. (2015): Wege finden – Seniorenorientierte Navigation (SONA). Entwicklung und Implementierung eines „Lotsensystems“ für ältere Menschen in Mülheim an der Ruhr. Abschlussbericht. Online: https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier56_sona_abschlussbericht.pdf [letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Schubert, H.; Bremstahler, S.; Hensel, A.; Georg, M.; Zinn, J. (2016): Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland. Online: https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_gute_beispiele_integrierter_sozialplanung_in_deutschland_fin.pdf [letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Schubert, H., Bremstahler, S.; Hensel, A.; Hammes, M.; Kappler, K.; Nutz, A.; Schächinger, A.; Zinn, J. (2016): Neue Planungsmodelle für das Soziale! Erfahrungsaustausch und Prototyping unter deutschen und Schweizer Expertinnen und Experten. Dokumentation der Fachtagung am 28. und 29. Januar 2016 in der Technischen Hochschule Köln im Rahmen des Forschungsvorhabens „Integrierte Sozialplanung als Innovation für die Versorgung im Alter“ (ISPIInVA). Online: https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier62_ispinova_tagungsdokumentation_23_06_2016.pdf [letzter Zugriff am 07.07.2016].
- Springer Gabler Verlag (Hg.), Gabler Wirtschaftslexikon (2016a): Neues Steuerungsmodell (NSM), online im Internet: [35/Archiv/12887/neues-steuerungsmodell-nsm-v12.html](http://www.gabler.de/Archiv/12887/neues-steuerungsmodell-nsm-v12.html) [letzter Zugriff am 11.05.2016].
- Springer Gabler Verlag (Hg.), Gabler Wirtschaftslexikon (2016b): Koordination. Online: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/4540/koordination-v8.html> www.senioren-ahnen.de [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 24.03.2016].
- Springer Gabler Verlag (Hg.), Gabler Wirtschaftslexikon (2016c): Verein. Online: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/9688/verein-v11.html> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 23.03.2016].
- Springer Gabler Verlag (Hg.), Gabler Wirtschaftslexikon (2016d): Richtlinie (R). Online: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/13422/richtlinie-r-v10.html> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.03.2016].
- Springer Gabler Verlag (Hg.), Gabler Wirtschaftslexikon (2016e): Netzwerk. Online: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/55260/netzwerk-v9.html> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 23.03.2016].

- Springer Gabler Verlag (Hg.), Gabler Wirtschaftslexikon (2016f): Innovationsmanagement. Online: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/innovationsmanagement.html> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Staatsministerium Baden-Württemberg, Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung (2016): Bürgerbeteiligung. Online: <https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/informieren/methoden/buergerbefragung/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Stadt Aachen, der Oberbürgermeister (2016): Stadtteilfonds. Online: http://www.aachen.de/de/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/stadtteilkonferenzen/stadtteifonds.html [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Stadt Aachen; Köster, G. (2007): Sozialraumbezogene Altenhilfe- und Pflegeplanung in Aachen. Online: http://www.aachen.de/BIS/FO/Sozialraumbezogene_Altenhilfeplanung.pdf [letzter Zugriff am 31.12.2015].
- Stadt Ahlen (2016): Mitmachprojekte. Online: www.senioren-ahlen.de [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 14.01.2016].
- Stadt Ahlen, Sozialabteilung (2007): Das Ahlemer System. Online: http://web1-demnet.dzne.med.uni-greifswald.de//anhang/?display_attachment=1646 [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Arnsberg, Der Bürgermeister (2015): KIDZELN – Kindern Demenz erzählen. Online: <http://www.arnsberg.de/zukunft-alter/projekte/kidzeln/KiDzeln.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Stadt Bielefeld, Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention (2014): 1. Plattform Inklusions – Impulse. Freitag, 09. Mai 2014. Dokumentation Teil 1. Online: <http://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/PlattformInklusionsImpulse1DokuTeil1.pdf> [letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Stadt Bielefeld, Der Oberbürgermeister (2007): Demographischer Wandel als Chance? Das Bielefelder Konzept. In: „Zukunft Stadt“. 2007, Heft 3. Bielefeld. S. 2. Online: <https://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/Demo-Heft3.pdf> [letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Stadt Bielefeld, Der Oberbürgermeister (2016a): Termine/Veranstaltungen. Online: <https://www.bielefeld.de/de/biju/pkd/tuv/> [letzter Zugriff am 21.03.2016].
- Stadt Bielefeld, Der Oberbürgermeister (2016b): Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention. Online: https://www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/isp/ [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Stadt Bielefeld, Dezernat 5 (2009): Konzept „Seniorenfreundliches Bielefeld“ (KSB). Online: <https://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/KonzeptSeniorenfreundlichesBielefeld.pdf> [letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Stadt Gelsenkirchen, Der Oberbürgermeister (2016): Sozialraumgespräche in Gelsenkirchen. Online: http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Gesamtstaedtische_Themen/Sozialraumgespraeche_in_GE.asp [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 09.02.2016].

- Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung (2015): Bürgergarten Orangeplatz. Ein Projekt der Stadtteilerneuerung in Gelsenkirchen-Südost. Online: http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Projektgebiete/Suedost/_Doc/Orangeplatz.pdf [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Mülheim an der Ruhr (2016): Projektstart: Mülheimer Lotsen sorgen für gute Nachbarschaft. Online: https://www.muelheim-ruhr.de/cms/projektstart_muelheimer_lotsen_sorgen_fuer_gute_nachbarschaft.html [letzter Zugriff am 22.06.2015].
- Städteregion Aachen, der Städteregionsrat (2011): Zukunftsprogramm Städteregion Aachen. Fortschreibung 2011. Arbeitsprogramm, Bürgerbeteiligung und Kommunikation. Online: http://www.staedteregion-aachen.de/wps/portal/internet/home/staedteregion/zukunftsprogramm/!ut/p/c5/dcpLDolwFEDRHfleC4V2yEeiUTCsGIUJqVCQCIXwMyEuXjZg7vBcSGFLy6Wu5FR3WjbgwNtKokCcXJc4yEPPxOMlvkVCMlo2QgKJ_d8NuA9q7OYhVxB7hDKb-gGiybhlel8e8wNnzKDh3ncoEooULWIwTgQiFmqd37Mup7EfumqQbbstJPuoJ9n1RQnXXOYvdVaLaoK5aaDXq_MDusBmyw!!/ [letzter Zugriff am 12.01.2016].
- Technische Hochschule Köln, Forschungsschwerpunkt Sozial Raum Management (2016a): Integrierte Sozialplanung als Innovation für die Versorgung im Alter. Online: https://www.th-koeln.de/angewandte-sozialwissenschaften/integrierte-sozialplanung-als-innovation-fuer-die-versorgung-im-alter_17380.php [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Technische Hochschule Köln, Forschungsschwerpunkt Sozial Raum Management (2016b): Veröffentlichungen. Online: https://www.th-koeln.de/angewandte-sozialwissenschaften/publikationen-des-forschungsschwerpunkts-sozial-raum-management_15361.php [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2016): Stabsstelle für Strategische Sozialplanung. Online: <http://www.thueringen.de/th7/tmasgff/wirueberuns/organigramm/stabsstelle/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 17.05.2016].
- Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaften (2016): Wissenschaftliche Begleitung des KIGS-Projekts der Stadt Bielefeld. Zwischenfazit zum ersten Einschulungsjahrgang. Online: http://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/KIGS_Zwischenfazit.pdf [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Verein Alter und Soziales e.V. (2016): Das „Ahlener System“ – eine innovative und effektive Arbeitsstruktur für die Weiterentwicklung der Altenhilfe und Seniorenarbeit in der Stadt Ahlen. Online: <http://www.alter-und-soziales.de/der-verein/konzept/ahleener-system/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 14.01.2016].
- Verein für Sozialplanung e.V. (2016): Akademie. Online: <http://www.vsop.de/index.php?page=114408260&f=1&i=114408260> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].
- Verein für Sozialplanung e.V. (2016): Verein für Sozialplanung e.V. Online: <http://www.vsop.de/index.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.06.2016].

5.2 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Steuerungsverständnis in der sozialen Planung	8
Tabelle 2: Orientierung am Sozialraum.....	11
Tabelle 3: Beteiligung und Partizipation.....	14
Tabelle 4: Innovation in Strukturen und Prozessen.....	17
Tabelle 5: Bausteine einer integrierten Sozialplanung.....	17
Tabelle 6: Workshops am 28.01.2016.....	65
Tabelle 7: Design Thinking und Entwicklung von Prototypen am 29.01.2016.....	68

5.3 Anhang

Tabelle 6: Workshops am 28.01.2016

	Workshop: „Orientierung am Sozialraum“	Workshop: „Orientierung an den Bedürfnissen der Adressa- ten“	Workshop: „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“	Workshop: „Innovationen in Strukturen und Prozessen“	Workshop „Beteiligung und Partizipa- tion“
F	<p>Birgit Anders (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)</p> <p>Volker Dörr (Kreis Heinsberg)</p> <p>Rita Gisler (Schweizer Netzwerk altersfreundlicher Städte RITA GISLER . STRATEGIEN für Alter und Gesundheit)</p> <p>Johannes Weber (Stadt Wiesbaden)</p> <p>_____</p> <p>Annika Hensel (TH Köln)</p> <p>Holger Spieckermann (TH Köln)</p>	<p>Karin Knaup (Stadt Wiesbaden)</p> <p>Martin Polenz (Stadt Arnshausen)</p> <p>Bernd Quick (Stadt Mainz)</p> <p>Simon Stocker (Stadt Schaffhausen)</p> <p>_____</p> <p>Annabelle Schächinger (TH Köln)</p> <p>Prof. Dr. Herbert Schubert (TH Köln)</p>	<p>Anna Hampe (Stadt Hamburg, Bezirk Altona)</p> <p>Uwe Hellwig (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.)</p> <p>Prof. Dr. Gerrit Köster (Stadt Aachen)</p> <p>Annina Meinherz (Stadt Chur)</p> <p>_____</p> <p>Katharina Kappler (TH Köln)</p> <p>Prof. Dr. Jürgen Stremlow (Hochschule Luzern)</p>	<p>Matthias Reuter (Landkreis Görlitz)</p> <p>Enrico Stehr (Stadt Chur)</p> <p>Manfred Wittmann (Stadt Viersen)</p> <p>-----</p> <p>Mareike Hammes (TH Köln)</p> <p>Werner Riedweg (Hochschule Luzern)</p>	<p>Bernadette Bueren (Stadt Bielefeld)</p> <p>Yvonne Krosse (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)</p> <p>Andrea Schumacher (Sozialplanung, Stadt Neuss)</p> <p>Helge Wallmeier (Verein für Sozialplanung e.V., Jugendhilfeplanung Stadt Neuss)</p> <p>-----</p> <p>Stephanie Bremstahler (TH Köln)</p> <p>Gena Da Rui (Hochschule Luzern)</p>
Bedeutung der Dimension in der Kommune	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherstellen, dass Planung in den „richtigen“ Stadtteilen ansetzt • ausreichender Bestand an Belastungs-Indikatoren für eine Identifizierung von Planungsbedarfen • passgenauer Ressourceneinsatz 	<ul style="list-style-type: none"> • vordergründige Befriedigung der Grundbedürfnisse • keine ausreichende Berücksichtigung der Dimensionen der Lebenslagen in Verbindung mit rechtlichen Bedarfsgrundlagen möglich • Begrenzung des Blickwinkels der Sozialplanung aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Trennung von Steuerung und Planung nicht möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • Abhängigkeit und wechselseitiger Prozess von Innovationen (Faktoren Personen, idealer Zeitpunkt und passende Situation) • Zusammenhang zwischen Innovationen und Hierarchien →New Public Governance auf normativer Ebene • Mangel an Ressourcen als Innovations-treiber 	<ul style="list-style-type: none"> • Einbezug und Partizipation nur in einigen Planungsbereichen gegeben (z.B. offene Jugendarbeit) • Fehlende Wertschätzung gegenüber den Angebotsnutzern • Schwierigkeit, Bedarfe einer Lebenssituation, die in der Zukunft liegen, zu erfassen • Fehlende Finanzmittel erschweren differenzierte Beteiligungsprozesse

Module einer integrierten Sozialplanung

		<ul style="list-style-type: none"> • Diskrepanz zwischen den Bedarfen, die Experten formulieren und tatsächlichen Bedürfnissen der Adressaten <ul style="list-style-type: none"> → übergeordnete Projektarbeit → Rückkopplungsmöglichkeiten zwischen den Abteilungen der Verwaltung und Stärkung von Selbstorganisation, bspw. durch Regelkreise im Sozialraum der Adressaten → Durchführung von Maßnahmen, die mit Bürgern und Verwaltung abgestimmt sind sowie integrierte Planung → Aufbau einer informellen und formellen Kommunikationsstruktur • Diskrepanz zwischen gesetzlich bestimmten Bedarfen und tatsächlichen Bedarfen Kommunikationsschwierigkeiten hinsichtlich der Angebotswahrnehmung 		<ul style="list-style-type: none"> • Ressourcen jedoch Voraussetzung für Prävention von Mangelerscheinungen und eine Innovationsentwicklung 	se
<p>Bedingungen, die für Umsetzung der Dimension relevant sind</p>	<ul style="list-style-type: none"> • unterschiedliche rechtliche, organisatorische Grundlagen und Strategien der Landkreise und Kommunen <ul style="list-style-type: none"> → Berücksichtigung bei der Sozialplanung 	<ul style="list-style-type: none"> • besondere Bedeutung bezüglich der Koordination von Aktivitäten auf operationaler sowie strategischer Ebene • enge Verzahnung von internen und externen Kooperationen zum Thema bedürfnisorientierte Sozialplanung wichtig für Austausch zwischen „verwaltungsintern“ und „verwaltungsextern“ • enger Bezugsrahmen von bedürfnisorientierter Planung und Zeit (je schneller ein Angebot realisiert werden kann, desto erfolgreicher die bedürfnisorientierte Planung) • Bedürfnisbefriedigung abhängig von der Kommunikation mit Nutzern und Sicherstellung der Problemlösung • enger Bezugsrahmen von bedürfnisorientierter Planung und Akti- 	<ul style="list-style-type: none"> • häufiges Fehlen eines politischen Auftrags (politischer Auftrag als wesentliche Unterstützung für die Steuerung und Planung) <ul style="list-style-type: none"> → Stabstelle vorteilhafter für die Durchsetzung von Befugnissen als Linienstelle, da Stabstelle Übersicht und Zugriff auf unterschiedliche Bereiche nehmen kann. • hohes Anforderungsprofil und Methodenkompetenzbreite des Sozialplaners gefordert <ul style="list-style-type: none"> → Idealfall: Teilen der Zuständigkeit mit weiteren Kollegen → Alternative: bestehende Verbindung zu Sozialplanernetzwerken → Vernetzung und Einbindung externer Kooperationspartner → positive Einstellung/Haltung des Sozialplaners 	<ul style="list-style-type: none"> • Partizipation und Beteiligung verschiedener Akteure eine Voraussetzung, um Innovationen zu gestalten und umzusetzen • häufig zu späte Implementierung von Innovationen • Förderung von Innovationen durch Zusammenarbeit verschiedener Fachbereiche und Gleichstellung von Sozialplaner und Amtsleiter • Erfolgsfaktoren von Innovationen: politischer Auftrag, Einbezug der Öffentlichkeit, Nutzung verschiedener Kommunikationsmedien (z.B. mediale Kommunikation und direkte Kommunikation), Marktanalyse, Schriftlichkeit und Ausformulierung der Innovation, Vergleich mit anderen Städten und Modellen, Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen und Pilotprojekten) • Schwierigkeit, Veränderungen zuzulassen 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung partizipativer Prozesse durch Zusammenschluss in Netzwerken, Gremien und Ausschüssen • fehlende personelle Ressourcen für Partizipation • fehlende Zeitressourcen und hohe Auslastung der Mitarbeiter mit dem Tagesgeschäft • Rückhalt der Politik und Verwaltung wichtig • Transparenz hinsichtlich der partizipativen Prozesse wichtig • Methodenfrage: Diskussion über geeignete Methoden wichtig und nötig • Zahlreiche Vorteile von Partizipation (z.B. erhöhte Aussagekraft, praxisnähere Ergebnisse, sachgerechtere Lösungen) stehen dem Missbrauch des Ehrenamts entgegen

Module einer integrierten Sozialplanung

		<p>vierung</p>		<p>→positive Haltung, Innovationsbereitschaft, Zusammenarbeit mit Forschungs- und Bildungseinrichtungen wichtig</p>	<ul style="list-style-type: none"> • häufige Ansprache und Erreichen der immer gleichen Zielgruppe • unzureichende Befragungsergebnisse bezüglich der Bedürfnisse
<p>Entwicklungsperspektiven</p>	<ul style="list-style-type: none"> • bessere Bündelung der Ressourcen • Förderung eines wirkungsorientierten Steuerungsansatzes • Einbezug der Wissenschaft als Beteiligter für Wissensgenerierung und Durchsetzung sozialraumorientierter Planungsvorgänge • Förderung von Transparenz von sozialen und kulturellen Wandelprozessen angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation →regelmäßige Evaluationen • Berücksichtigung der demografischen Entwicklung →Entwicklung von Demografiekonzepten • Berücksichtigung von Bildungswanderung →Planung, wie leerstehender, ungenutzter Wohnraum eingesetzt werden kann 	<ul style="list-style-type: none"> • gezielte Nutzung verschiedener Medien als Grundlage einer bedürfnisorientierten Planung wichtig • Reduzierung einer reinen Versorgungslandschaft: Identifikation und Aktivierung der Potenziale der vulnerablen Bevölkerung („Proaktiv statt reaktiv“) • Kritisches Hinterfragen einer Defizitbetrachtung und Zielgruppenstigmatisierung • Reduzierung von Exklusion (Fokussierung einer bestimmten Personengruppe) zugunsten von Inklusionsstrategien • Implementierung einer gesetzlichen Grundlage zur Sozialplanung, um Bedürfnisse zu befriedigen, die über gesetzlichen Auftrag hinausgehen (nach SGB VIII Logik, nicht nach SGB XII Logik) 		<ul style="list-style-type: none"> • Selbstverständnis Sozialplaner: innovativer Dienstleister • Zusammenhang Sozialplanung mit Finanzplanung • Objektivität als Bezugsrahmen 	<ul style="list-style-type: none"> • regelmäßige und quartiersbezogene Partizipation • Bereitstellung der finanziellen und personellen Mittel • ausreichende Wertschätzung der Nutzergruppen • ausreichender normativer Rückhalt nötig • öffentliche Bekanntgabe der Partizipationsergebnisse • regelmäßige Wirkungsevaluation

Module einer integrierten Sozialplanung

Tabelle 7: Design Thinking und Entwicklung von Prototypen am 29.01.2016

	Arbeitsgruppe: „Altstädter“	Arbeitsgruppe: „Ehrengarde“	Arbeitsgruppe: „Blaue Funken“	Arbeitsgruppe: „Rote Funken“	Arbeitsgruppe: „Nippeser Bürgerwehr“
F	<p>Volkhard Dörr (Kreis Heinsberg)</p> <p>Uwe Hellwig (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.)</p> <p>Karin Knaup (Stadt Wiesbaden)</p> <p>Helge Wallmeiern (Verein für Sozialplanung e.V.)</p>	<p>Birgit Anders (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)</p> <p>Gerrit Köster (Stadt Aachen)</p> <p>Andrea Schumacher (Stadt Neuss)</p> <p>Enrico Stehr (Stadt Chur)</p> <p>Simon Stocker (Stadt Schaffhausen)</p>	<p>Anna Hampe (Stadt Hamburg, Bezirk Altona)</p> <p>Yvonne Krosse (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)</p> <p>Matthias Reuter (Landkreis Görlitz)</p> <p>Johannes Weber (Stadt Wiesbaden)</p> <p>Martin Polenz (Stadt Arnshausen)</p>	<p>Annina Meinherz (Stadt Chur)</p> <p>Bernd Quick (Stadt Mainz)</p> <p>Manfred Wittmann (Stadt Viersen)</p>	<p>Team TH Köln und Hochschule Luzern</p>
Problemanalyse	<ul style="list-style-type: none"> • Autonomie im Alter (bei Pflegebedürftigkeit) • Bedürfnisbefriedigung im Alter (z.B. Versorgung, Aktivitäten, Freizeit) 	<ul style="list-style-type: none"> • Definition Nutzergruppe (→ „Alte Menschen“, Demenzerkrankte, Angehörige und soziales Umfeld) • Problemvielfalt bei Betroffenen, Angehörigen, fernen Angehörigen sowie sozialem Umfeld • schlecht ausgebaute Schnittstelle zwischen Betroffenen und fachlicher Hilfe, ungenutzte Angebote, fehlendes Wissen und fehlende gesellschaftliche Akzeptanz, die zu Rückzug und Isolation führt • Überangebot von fachlichen Hilfen im Alter (ambulante Pflege, Seniorenkreise, Selbsthilfegruppen etc.) 	<ul style="list-style-type: none"> • Definition des Nutzers (→ Bevölkerung und Vorstellung einer „Gesamtstadt“) • Erkenntnislage der Sozialplanung • Zugang zum Nutzer oft erschwert • unzureichender Kenntnisstand über den Lebensraum der Bevölkerung • fehlender direkter Kontakt zur Bevölkerung (insbesondere bei Landkreisen) • fehlende Kommunikationskanäle im Umgang mit den Bürgern und fehlende Beteiligungsmöglichkeiten • Sozialplanung für den Bürger kein Begriff • Sozialplaner für Bürger nicht präsent 	<ul style="list-style-type: none"> • Definition des Nutzers (→ ältere Menschen) • „Time lag“, d.h. Sozialplaner bewegt sich im langfristigen und zukünftigen Zeithorizont, der Nutzer denkt kurzfristig • dadurch Lücken in der Versorgung, da Sozialplanung sich oft in der Zukunft bewegt • die Bedürfnisse des Nutzers spielen jedoch in der Gegenwart eine Rolle • Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Nutzer und Sozialplaner • mangelnder Informationsfluss • Nutzer oft nicht in der Lage, Bedürfnisse zu formulieren • Angebote werden den Bedürfnissen manchmal nicht gerecht • Diskriminierung und Bevormundung älterer Menschen • Angebote berücksichtigen häufig nicht 	<ul style="list-style-type: none"> • Wunsch der Adressaten nach individuellen, situativen Lösungen und Angeboten erfordert schnelles und flexibles Handeln der Sozialplanung • Bedürfnisbefriedigung sollte möglichst im Sozialraum erfolgen („lebende Räume“) • Berücksichtigung der individuellen Räume als eigenständige Körper wichtig (→ Raumkörper) • virtuelle Räume als neues Handlungsfeld der Sozialplanung denkbar • Erhalt der Autonomie der Adressaten • Frage, inwiefern Partizipation den Bedürfnissen der Adressaten entspricht

Module einer integrierten Sozialplanung

				<ul style="list-style-type: none"> alle Rollen eines älteren Menschen (Vater, ehrenamtliche Person, Sportler) Profitdenken der Anbieter beeinflusst Angebotsgestaltung wirtschaftliche Interessen der Anbieter spielen große Rolle 	<ul style="list-style-type: none"> Definition der Zielsetzung der Sozialplanung: Steuerer oder Befähiger? Messbarkeit der Wirkung wichtig Schaffung eines Werterahmens Sozialplanung als kommunizierende Röhre zwischen Adressaten, Administration und Politik
Ideensammlung	<ul style="list-style-type: none"> frühe Prävention Beschäftigung mit Tabuthemen bereits im jungen Alter aktive Gestaltung des Alters und Erlernen von Neuem altersgerechte und umfassende Bereitstellung von Informationsmöglichkeiten zum Thema Pflege Bereitstellung von Pflegebudgets, mit denen Nutzer Leistung einkaufen kann Nutzung der neuen Medien zur Vernetzung 	<ul style="list-style-type: none"> Informationsoffensive zur Thematisierung und Sensibilisierung Ernennung eines Demenzbotschafters Verpflichtende Fortbildungen für alle Mediziner Standardisierte Einladungen an alle Bürger zur Demenz-Vorsorge-Untersuchung Informationstage Infowochen im Sozialraum Werbekampagne zur Förderung der gesellschaftlichen Anerkennung und Wissen über die Erkrankung 	<ul style="list-style-type: none"> Identifikation von Personen im Stadtteil, die als „Lotse“ im Sozialraum auftreten (z.B. Kioskbesitzer, Wochenmarkt) Sozialplaner als aktivierende und begleitende Rolle Nutzung vorhandener Netzwerkstrukturen im Stadtteil und Einbindung von Multiplikatoren (Hausärzte, Frauenärzte, Vertreter von Kirchengemeinden) 	<ul style="list-style-type: none"> Bereitstellung individueller Angebote, die der Komplexität des Nutzers gerecht werden Berücksichtigung der kulturellen Traditionen und Vorstellungen der Nutzer Entwicklung einer Balance zwischen Expertenwissen und gefühltem Wissen Partizipation der Nutzer 	<ul style="list-style-type: none"> Einführung einer bedingungslosen Grundversorgung Bereitstellung eines Budgets, das der Bürger entsprechend der Bedarfe für die Sozialplanung und Entwicklung von Maßnahmen einsetzen kann Entwicklung eines virtuellen Marktplatzes Auflösung von Sozialplanungsabteilungen zugunsten einer Verankerung der Sozialplanung in allen Planungsbereichen Regulierung der Sozialplanung über Angebot und Nachfrage (Preisbildung) dezentrale Verankerung der Sozialplanung im Sozialraum Festlegung der Sozialräume alle zwei bis vier Jahre anhand eines Stimmungsbarometers, das Zugehörigkeitsgefühle misst (Ober-)Bürgermeister versteht sich als oberster Sozialplaner der Kommune/des Landkreises. Einführung eines neuen Ausbildungssystems Sozialplanung als ein sich selbst organisierendes System Sozialplanung als Krake, deren Tentakel in alle Sozialräume reicht. Kopf der Krake bildet

Module einer integrierten Sozialplanung

					<p>Politik und Verwaltung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sozialplanung als Planetensystem: im Inneren des Systems kreisen Planeten, die schnelllebige, kurzfristige Handlungen darstellen, die äußeren Kreise stehen für langwierige und langfristige Entscheidungen. Investition des Budgets in beide Planungsbereiche • Wahl des Sozialplaners vom Nutzer • Implementierung eines Sozialplanungsteams, das sich aus Sozialplaner und Bürger zusammensetzt. • Sozialplanung als Überflieger, der alles überblickt • Sozialraum als eigener Körper • Sozialplaner als Gärtner, der den Sozialraum-Baum regelmäßig gießt. Die Wurzeln stellen die Bürger dar, die Vögel essen die Früchte und stehen für die Verwaltung
Selektion	<ul style="list-style-type: none"> • Fokussierung der Ressourcen und Autonomie im Alter • Stärkung des „ICHs“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Metaphern: „<i>VergissMeinNicht</i> – Die Gesellschaft von heute sind die Demenzen von morgen“ und „Ich habe Schweizerkäse im Kopf“ • Aus <i>Schweizerkäse</i> (Kopf bzw. Gehirn des Demenzerkrankten) wachsen Blumen (Gesellschaft) und Vergissmeinnicht (Demenzerkrankte) zur Darstellung einer Integration der erkrankten Menschen in der Gesellschaft. 	<ul style="list-style-type: none"> • Reduktion professioneller Zugänge • Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte • Sozialplanung als Ermöglichung, Befähigung und Prozessbegleitung 	<ul style="list-style-type: none"> • Netzwerk, Vielfalt und Wahlfreiheit, d.h. ausreichende Kommunikation, Neutralität und Sachorientierung • Metapher: <i>Lagerfeuer</i> (=Treffpunkt im Quartier) und <i>Brücke</i> (=verbindet Experte und Nutzer) 	<p>1. <i>Baum als Sozialraumkörper und eigenständiges Ökosystem</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Sozialplaner wirken nicht als externer Faktor auf das System ein (Gärtner) sondern sind Teil des Systems. • Sozialplanung als Stamm, zuständig für den Transport von Informationen, Verbindung zwischen Wurzeln und Blättern sowie die Befähigung zum Wachstum. • Bevölkerung als Wurzeln des Baumes • Politik als Blätter des Baumes • Früchte als Angebote <p>2. <i>Supermarktkette als ökonomisches Modell.</i></p> <p>3. Supermarkt als Genossen-</p>

Module einer integrierten Sozialplanung

					<p>schaft</p> <ol style="list-style-type: none"> 4. Bürger = Genossen, die über Anteile verfügen 5. Steuernder und koordinierender Teil der Sozialplanung befindet sich in Zentrale 6. Sozialplaner als Angestellter vor Ort tätig 7. Politik als Geschäftsführung und Filialeitung
Konstruktion	<ul style="list-style-type: none"> • Metapher des Baums (Baum=Nutzer) • Unterstützungssystem ist auf jeden einzelnen Baum abgestimmt • Stärkung des Nutzer schon vor dem Seniorenalter • Querverbindungen unter den verschiedenen Planungsbereichen und gegenseitige Beeinflussung • Individuumszentrierte Planung als flexibles Modell und individuelle Auswahl an Unterstützungsleistungen 		<ul style="list-style-type: none"> • Gesamtstadt bei der alle Teilgruppen einer Gesellschaft als Nutzer identifiziert werden • Gerader Weg (Sozialplanung schraubt an einer Anpassungsstrategie) vs. Umweg (Außerkräftsetzen von Standards) • Sozialplaner als Architekt, der Pläne erstellt, sich im BackOffice organisiert, mit Bauzeichner etc. kooperiert und Ressourcen bereitstellt • Sozialplaner als Moderator, Dolmetscher und Vermittler 	<ul style="list-style-type: none"> • Nutzer im Zentrum • Sozialplaner ebenfalls in Mitte und mit Nutzer verbunden • Sozialplaner bezieht Wissen, Ideen und Vergleiche, z.B. durch Vergleich anderer Projekte in anderen Städten • Heterogene Vernetzungen = Brücken, die gleichzeitig Wahlfreiheit signalisieren • Kerzen= Emotionen, Wärme und Wertschätzung gegenüber der Zielgruppe und „Feuer machen“ (Zeit- und Zielvorgaben einzuhalten) 	<ul style="list-style-type: none"> • Molekulare Anordnung und Verbindung runder Styroporkugeln und Strohalme zu einer genossenschaftlichen Supermarktkette. • Mitte des Modells gekennzeichnet durch große Styroporkugel (= Zentrale des Supermarkts und Politik) • Sozialplanung als Krake, deren Tentakel in die Sozialräume und Filialen hineinreichen • Sozialplaner als Sortimentsmanager • Bürger als Alukugeln, die das Sortiment des Supermarktes entsprechend ihrer Bedürfnisse mitbestimmen